

**72/KOMM XXIII. GP**

---

# Kommuniké

## des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

### Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 36. Sitzung, 21.05.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

#### PROTOKOLL

#### Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen

#### 36. Sitzung / öffentlicher Teil

Montag, 21.05.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:09 Uhr – 18:51 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

**Jochen Pack**

Schriftführer

**Dr. Peter Pilz**

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

betreffend

## Beschaffung von Kampfflugzeugen



### **PROTOKOLL**

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

#### **36. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**Montag, 21. Mai 2007**

Gesamtdauer der 36. Sitzung:  
9.09 Uhr – 18.51 Uhr

**Lokal VI**

## Beginn der Sitzung: 9.09 Uhr

**Obmann Dr. Peter Pilz** *eröffnet* die Sitzung des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen, begrüßt alle Anwesenden und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson Herrn Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)* Der Obmann begrüßt Herrn **Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und bemerkt, dass die Personalien bereits bekannt seien.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung sei bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen worden.

Nach § 6 der Verfahrensordnung dürfe sich die Auskunftsperson als öffentlicher Bediensteter nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen.

Von der Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, möchte die Auskunftsperson nicht Gebrauch machen.

\*\*\*\*\*

**Obmann Dr. Peter Pilz** teilt Folgendes mit:

Wie Sie wissen, warten wir schon seit längerer Zeit auf Akten aus dem Finanzministerium. Am 5. Mai hat der zuständige Beamte, Herr Mag. Wallner, eine Reihe von Akten erhalten und sie nicht dem Ausschuss weitergeleitet, sondern ein Mitglied des Kabinetts hat diese Akten abgeholt und offensichtlich bis letzten Freitag im Kabinett verwahrt. Dazu werden wir heute Fragen stellen können.

Das ist aber jetzt gar nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt ist: Wir sind mit einem Schreiben vom 18. Mai verständigt worden, dass Aktenkopien in Bezug auf Creativ Promotion, Euro Business, Peter Ott und Peter Ott GmbH übersandt worden sind. Ich werde mich dann selbst einmal überzeugen, wie viel davon da ist, weil es wieder einen dezidierten Schwärzungsauftrag gegeben hat.

Ich lese Ihnen aber etwas anderes vor:

Kein Bezug zum Untersuchungsgegenstand war gemäß Aktenlage für die zuständigen Finanzämter bei folgenden Firmen herstellbar ...

Da ist also unserer Meinung nach wieder **ohne ausreichende gesetzliche Grundlage** geschwärzt worden. (*Abg. Dr. Fekter: Zur Geschäftsordnung!*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP)** (*zur Geschäftsbehandlung*): Herr Kollege Pilz, dies ist **absolut unkorrekt**. Was Sie jetzt da tun, ist eine geradezu klassische Geschäftsordnungssitzung, die eigentlich **vertraulich** sein sollte.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nein, ich bringe nur Folgendes öffentlich zur Kenntnis: Nicht übermittelt worden sind: Steuerakt Mag. Erich Wolf, Steuerakt Anna Maria Frühstück-Wolf.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Immerhin sitzt die Auskunftsperson ja schon da, die man ja eigentlich befragen müsste. Können Sie das nicht verschieben auf ein bisschen später?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nein, weil ich zur Vorgangsweise etwas sagen werde, was für alle Beteiligten wichtig ist. Accutronic Handel ..., Special Public Affairs PR – Beratung und Lobbying GmbH, Steuerakt Mag. Keglevich, Dr. Klaus-Dieter Bergner Advanced Aeronautics Defense Systems und OMESCO Offset Management Services.

Ich schlage Folgendes vor: dass wir Herrn Professor Aicher als **Sachverständigen** befragen, dann die beiden Beamten des Finanzministeriums zur ganzen Vorgangsweise Aktenschwäzungen befragen und dann die Sitzung zu einer Geschäftsordnungssitzung unterbrechen, um einmal zu besprechen, wie wir mit der sich offensichtlich verschärfenden Situation und mit dem offensichtlich weiter anwachsenden Konflikt mit dem Finanzministerium umgehen. – Das ist eigentlich alles, was ich dazu sagen wollte. Wir werden die Befragungen zügig durchführen.

Ich ersuche jetzt Herrn Professor Aicher, mit seiner Erklärung zu beginnen.

\*\*\*\*\*

**Sachverständiger Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher (Universität Wien-Juridicum; Institut für Wirtschafts- und Unternehmensrecht):** Sehr geehrter Herr Obmann! Hoher Ausschuss! Ich darf vor meiner Aussage eine kurze Erklärung abgeben. Ich habe für das **Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit** ein **Gutachten** erstattet zur Frage, ob Aufträge, die auf Grund eines Vergabeverfahrens durch öffentliche Auftraggeber vergeben werden, als **Gegengeschäfte** anrechenbar sind. Nach dem Werkvertrag, den ich abgeschlossen habe, bin ich zur **Verschwiegenheit** verpflichtet. Um hier aussagen zu können, habe ich gebeten, dass ich von dieser vertraglichen Verschwiegenheitspflicht befreit werde. – Dies ist geschehen. Ich darf dem Herrn Verfahrensanwalt das Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit übermitteln. *(Dem Verfahrensanwalt wird ein Schriftstück überreicht.)*

Ich darf dazu sagen, dass ich im Zuge dieses Gutachtens keine Kenntnis vom Gegengeschäftsvertrag erhalten habe und ich ihn auch heute noch nicht kenne. Ich habe lediglich eine vierseitige **Zusammenfassung** der Eckpunkte des Gegengeschäftsvertrages bekommen und **vier Beispiele** für Gegengeschäftsmeldungen durch die Eurofighter GmbH, versehen mit der Gegengeschäftsbestätigung des österreichischen Partnerunternehmens.

Im Zuge der Gutachtenserstellung – das war reiner Zufall – hat der **Rechnungshof** seinen Bericht über Bewertung und Dokumentation der **Gegengeschäfte** veröffentlicht, sodass es mir möglich war, aus diesem Rechnungshofbericht ergänzende Informationen für mein Gutachten zu verwerten. Aber noch einmal: Ich kenne den Gegengeschäftsvertrag bis heute **nicht** in seinen Bestimmungen, und ich bin auch **nicht** informiert über ganz bestimmte Gegengeschäfte und dabei aufgetretene Anrechnungsprobleme.

Das wollte ich nur zu Beginn klarstellen. – Danke schön.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Danke auch. – Wie wir das bei Sachverständigen machen, stelle ich im Namen des Ausschusses am Anfang ganz wenige Fragen und ersuche Sie, das zu erläutern. Dann werden wir mit ganz normalen Fragerunden beginnen.

Mir geht es bei Ihrer Bewertung oder Darstellung einer sinnvollen Vorgangsweise in Bezug auf Anrechnung von Gegengeschäften um mehrere Punkte.

Der erste Punkt ist: Können Sie sagen, wer überhaupt Nachweise erbringen muss beziehungsweise darf, dass es sich bei Gegengeschäften um Gegengeschäfte und nicht um Scheingegengeschäfte handelt.

Ich gehe davon aus, dass die erste Möglichkeit selbstverständlich der Vertragspartner, das heißt die – wie Sie es in den Verhaltensregeln bezeichnet haben – **Bieterseite** ist.

Die zweite Möglichkeit ist, dass die Bieterseite den Nachweis erbringt, dass das Geschäft auf Ihre Intervention hin zustande gekommen ist. Und da würde mich interessieren, dass Sie das schon detaillierter schildern, in welcher Art und in welcher Tiefe dieser Nachweis zu erbringen ist. – Reichen da Bestätigungen oder in welcher Art und Weise hat das zu geschehen?

Damit verbunden gleich ein Spezialfall: Was heißt das rechtlich, wenn der Käufer eines österreichischen Produktes im Rahmen eines Gegengeschäftes eine öffentliche Stelle eines anderen Staates ist? Konkretes Beispiel: Das britische Verteidigungsministerium kauft 800 LKW der Type MAN. Würde jetzt der Bieterseite der Nachweis gelingen, dass auf ihre Intervention dieses Geschäft zustande gekommen ist beziehungsweise – und das ergänze ich gleich zur Frage Nummer zwei – dass ohne ihre Intervention dieses Geschäft nicht zustande gekommen wäre, was würde das dann für das **britische Vergabeverfahren** bedeuten?

Nämlich umgekehrt: Würde in einem umgekehrten Fall der Nachweis gelingen, dass eine Bieterseite in Österreich interveniert hat, was würde das dann nach österreichischem Recht und insbesondere nach österreichischem Strafrecht heißen, nachdem ich davon ausgehe, dass wir hier im Ausschuss detaillierte Fragen des britischen Strafrechtes nicht klären werden können?

Das sind die wesentlichen Punkte in diesem Zusammenhang.

Letzter ganz konkreter Punkt ist: Wenn Gegengeschäfte angerechnet werden, dann geht es ja auch um die Höhe und den Wert der Gegengeschäfte. Dürfen das ausschließlich Vertragssummen sein oder können das auch **Wertschöpfungskennzahlen** sein?

Ich frage Sie aus einem ganz einfachen Grund: Bei der Befragung einer Auskunftsperson hat sich herausgestellt, dass einzelne Gegengeschäfte mit Input-Output-Matrizen auf ihre Wertschöpfungskette hin geprüft werden, und da kann sich – ich sage nur ein konkretes Beispiel – herausstellen, dass die Wertschöpfungstiefe im Aggregat einen zwei- bis dreifachen Wert, verglichen mit dem Grundgeschäft, ergibt.

Das heißt: Es kauft irgendwer in der Republik Österreich im Rahmen der Gegengeschäfte etwas um 1 Million €, die Wertschöpfungskette wird berechnet, und der berechnende Ökonom oder wer auch immer kommt zum Schluss: Okay, aber Gesamtwertschöpfung, die erzeugt wird, sind 3 Millionen €. Dürfen – insbesondere weil im Grundgeschäft ja keine Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden – bei einem gegebenen Erfüllungsprozentsatz Wertschöpfungsmultiplikatoren in Anschlag gebracht werden – oder ist das unzulässig?

Das kann eine Frage sein, die bei der endgültigen Bewertung, in welchem Umfang es überhaupt Gegengeschäfte gibt, durchaus von Relevanz sein könnte.

Das sind einleitende Fragen. (*Abg. Dr. Fekter: Da ging es um ein Universitätsinstitut und Investitionen in Bildungseinrichtungen!*) Das wissen wir noch nicht ganz genau, weil wir uns die Liste anschauen müssen. Ich bin dafür, dass wir mit Sachverständigen die Fragen im Grundsätzlichen prüfen und das dann im Detail anhand der Akten mit

den Auskunftspersonen aus diesen Bereichen durchgehen. Aber die Frage ist nun einmal, ob das grundsätzlich als möglich und auch als sinnvoll erachtet wird.

Gibt es einleitend noch ergänzende grundsätzliche Fragen? Es wird dann natürlich noch jede Menge konkreter Fragen geben, aber fehlt noch etwas bei der ersten grundsätzlichen Befragung? – Wenn das nicht der Fall ist, Herr Professor Aicher, bitte.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Zur ersten Frage, wer den **Nachweis** erbringen muss, ob ein anrechnungsfähiges Gegengeschäft vorliegt, darf ich vielleicht etwas weiter ausholen, weil es ganz verschiedene Typen von anrechenbaren Gegengeschäften gibt.

Im Gegengeschäftsvertrag sind im Wesentlichen **drei Gruppen** von anrechenbaren Gegengeschäften umschrieben.

Da geht es zuerst einmal um eine inhaltliche Festlegung, also die Gegengeschäfte müssen vertraglich **festgeschriebene Ziele** erreichen, müssen in bestimmten Schwerpunktbereichen ihren Platz haben und müssen auch in bestimmten wirtschaftlichen Stärkefeldern abgeschlossen werden. Was die Ziele sind, was die technologiepolitischen Schwerpunkte sind, was die wirtschaftlichen Stärkefelder sind, das ist alles in diesem Vertrag laut Rechnungshofbericht genau aufgezählt.

Dazu kommt jetzt – und das ist das Entscheidende –, dass nicht nur Gegengeschäfte anrechenbar sind, die die Eurofighter GmbH, die EADS-Gruppe, andere Tochterfirmen der EADS mit österreichischen Unternehmen abschließen, sondern dass auch Geschäfte anrechenbar sind, die **Zulieferer** dieser Unternehmensgruppe mit **österreichischen Unternehmen** abschließen.

Schließlich – und das ist eine bemerkenswerte Besonderheit – sind auch solche Geschäfte anrechnungsfähig, die eines der genannten Unternehmen, beginnend von Eurofighter GmbH, über der EADS-Gruppe zugehörige Unternehmen und Zulieferer der Gruppe mit **vermittelt** haben, also das **Geschäft mit Dritten** abgeschlossen wird. Und solche vermittelten Dritte können auch **öffentliche Auftraggeber** sein.

Nach dem Vertrag, wenn es dort jetzt nicht – was ich nicht weiß, weil ich ihn nicht kenne – besondere Vorschriften gibt, ist nach allgemeinen Beweislastverteilungsgrundsätzen davon auszugehen, dass derjenige, der eine anspruchsbegründete Tatsache behauptet, also die Anrechnungsfähigkeit, diese auch zu **beweisen** hat. Es obliegt daher der Gegengeschäftsvertragspartei, der Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH, den **Nachweis** zu erbringen, dass ein konkretes Geschäft in den inhaltlichen Kreis der anrechnungsfähigen Geschäfte gehört, mit einem der genannten Unternehmen abgeschlossen wurde oder von einem der genannten Unternehmen – und da heißt es im Vertrag ausdrücklich: **nachweislich mit einem Dritten** – vermittelt wurde. Wenn dieser Nachweis geführt werden kann, dann werden auch solche Geschäfte mit Dritten anrechnungsfähig sein.

Es gibt – das habe ich aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen entnehmen können – Formulare, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten offenbar bei allen Kompensationsgeschäften verwendet. Das ist ein **Antragsformular** der Gegengeschäftsvertragspartei, also Eurofighter GmbH, mit dem ein ganz bestimmtes Geschäft gemeldet wird – im Wesentlichen umfassen diese Formulare ein, zwei Seiten mit vorgedruckten Rubriken –, und ein Formular, in dem das österreichische begünstigte Unternehmen, der österreichische Vertragspartner eben dann – jetzt speziell bezogen auf die vermittelten Geschäfte – die Verdienstlichkeit, die Ursächlichkeit der Intervention von EADS oder eines gruppenzugehörigen Unternehmens bestätigt.

In den mir übermittelten Bestätigungen des österreichischen Vertragspartners war im Wesentlichen diese Bestätigung zwei, drei Zeilen, worin eben gesagt wurde, dass man

sich für die Unterstützung von **EADS** oder von **Euro Business Development** – das ist eine GmbH, denke ich, die die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH eingerichtet hat zur Vermittlung und zur Abwicklung dieser Gegengeschäfte – bedankt, dass mit deren Hilfe der Auftrag zustande gekommen ist. Welche Art der Hilfestellung konkret Eurofighter oder EADS geleistet hat, ist diesen Antragsformularen **nicht** zu entnehmen. Man bedankt sich für Türöffnerfunktionen, für Unterstützung bei Gesprächen mit lokalen Behörden, aber welche **konkreten Aktivitäten** gesetzt wurden, ist daraus **nicht** zu entnehmen.

Das ist anders, wenn es eine sogenannte **Vorabzustimmung** gab. Das ist ein im Vertrag vorgesehenes Verfahren für Geschäfte von **höherem Gegengeschäftswert**, wo schon avisiert wird, dass ein solches Geschäft angebahnt wird. Da erkundigt sich der Gegengeschäftsvertragspartner Eurofighter beim BMWA, ob dieses Geschäft in den Kreis der anrechnungsfähigen Geschäfte fällt. Da habe ich eine Unterlage zur Einsicht bekommen, nach der die **zuständige Fachabteilung** des **BMWa** auf das erste Schreiben von EADS – in dem eben gesagt wird, man ist verdienstlich im Wesentlichen – gefragt hat: Und was sind die konkreten Unterstützungsleistungen? Und dann kam ein Antwortschreiben von, ich glaube, es war in dem Fall sogar EADS, wo ausgeführt wurde, dass es möglich war, durch einen lokalen Berater den spezifischen Ansatz des Lösungskonzepts des österreichischen Unternehmens, das vermittelt wurde, darzulegen.

Also meine Einschätzung von der juristischen Ausgangsposition her ist klar: EADS, Eurofighter trägt die **Beweislast** für die **Anrechenbarkeit**. Das Problem liegt darin, wie der Nachweis für die Ursächlichkeit der Intervention zu führen ist. Aus den mir bekannten Formularen sind die Unterstützungsschritte regelmäßig **nicht** zu entnehmen gewesen.

Damit komme ich auch zu dem Punkt, der Gegenstand meines Gutachtens war: Wie kann es denn überhaupt möglich sein, dass eine verdienstliche Intervention, eine **Vermittlung** Platz greift in einem **ausländischen Vergabeverfahren** eines **öffentlichen Auftraggebers**? Da ist es doch so, dass es, wie in Österreich, gesetzliche Regelungen gibt, wie das Vergabeverfahren abzulaufen hat. Und wo soll da die Intervention eines Dritten Platz haben? Das war die Fragestellung, die auch dem BMWa aufgestoßen ist, und das war der Anlass für mein Gutachten.

Nun ist es so, dass man in erster Linie denkt: Von Österreich aus ist das ja schwer zu beurteilen. Wer kennt denn die Vergaberechte von 25 Mitgliedstaaten oder gar von Nichtmitgliedstaaten? Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist das nicht so schwierig, weil alle öffentlichen Auftraggeber im Wesentlichen an das gleiche Vergaberegime gebunden sind, weil die Gemeinschaft **Vergaberichtlinien** erlassen hat, die in **allen Mitgliedstaaten**, auch in den neuen Mitgliedstaaten, sehr rasch umzusetzen waren.

Da muss man jetzt folgendermaßen differenzieren: Es gibt die **klassischen öffentlichen Auftraggeber**, die sehr streng an ein Vergabeprocédere gebunden sind; in ganz Europa – in der Gemeinschaft, muss ich dazusagen – in etwa gleich.

Dann gibt es die Gruppe der **Sektorauftraggeber**. Das ist eine spezifische Gruppe von Auftraggebern, die nach den EG-Richtlinien ein erleichtertes, flexibleres Vergaberegime anzuwenden haben.

Dann gibt es jene Bereiche, die schon nach den Richtlinien von der Anwendung des Vergaberechtes **ausgenommen** sind, und das ist der nicht uninteressante Bereich der **militärischen Rüstungsgüter**.

Warum erwähne ich das? – Das hat Bedeutung dafür, dass Interventionen unterschiedlich gesehen werden müssen. Bei klassischen öffentlichen Auftraggebern, die an ein sehr strenges Reglement gebunden sind, ist der Spielraum für Interventionen, sage ich jetzt einmal, äußerst eng.

Bei Sektorenauftraggebern, die nämlich regelmäßig das Verhandlungsverfahren wählen können – anders als klassische öffentliche Auftraggeber –, ist das Einbinden eines von EADS beigestellten Beraters für Vermittlungstätigkeit bei den Verhandlungen schon eher möglich.

Und ganz anders ist es im Bereich der **militärischen Beschaffung**. Da gibt es **keine Harmonisierung** auf **europäischer Ebene**. Wir wissen von Österreich – so sind ja auch die Eurofighter beschafft worden –, dass es interne Richtlinien gibt, die auf der alten ÖNORM A 2050 aus dem Jahr 1957 basieren. Wie in Großbritannien, in Frankreich Rüstungsgüter beschafft werden, kann jedenfalls ich Ihnen im Detail **nicht** sagen. Es besteht nur die Vermutung, dass es ein relativ freies, kaum geregeltes Vergabeverfahren ist. Und dort sind legitime Interventionen wohl in einem größeren Ausmaß möglich als bei einem klassischen öffentlichen Auftraggeber. Aber selbst bei klassischen öffentlichen Auftraggebern ist eine für das Gelingen des Auftrages, für den Gewinn des Auftrages mögliche Mithilfe von Eurofighter durchaus denkbar, nämlich immer dann, wenn Eurofighter oder ein gruppenzugehöriges Unternehmen Maßnahmen setzt, die die **Leistungsfähigkeit** des **österreichischen Bieters** im ausländischen Vergabeverfahren **erhöhen**, Maßnahmen setzt, die das Angebot des österreichischen Bieters im ausländischen Vergabeverfahren **qualitativ besser machen**.

Problematisch bei klassischen Auftraggebern und auch bei Sektorenauftraggebern – Beispiel etwa eine Flughafenverwaltung, das wäre ein Sektorenauftraggeber; solche Gegengeschäfte sind auch gemeldet worden – sind Interventionen, Unterstützungsleistungen dann, wenn sie nicht beim Bieter und seinem Angebot ansetzen, sondern beim **öffentlichen Auftraggeber**, wenn der in irgendeiner Form beeinflusst wird. Das ist dann in aller Regel ein **vergaberechtswidriges Verhalten** des **öffentlichen Auftraggebers**, wenn er dieser Beeinflussung stattgibt.

All diese Regeln basieren darauf, dass im Wettbewerb das **beste Angebot** gewinnen und nicht eine Intervention für ein bestimmtes Produkt den Ausschlag geben soll.

In all diesen Gegengeschäftsbestätigungen, die mir zur Verfügung standen – in „all diesen“; es waren ja nur vier aus verschiedenen Bereichen –, war **nicht erkennbar**, ob es sich um **Unterstützungsleistungen** gehandelt hat, die beim **Bieter** ansetzen – vergaberechtlich unproblematisch –, oder um Unterstützungsleistungen, die beim **ausländischen öffentlichen Auftraggeber** ansetzen – vergaberechtlich problematisch, aber nicht schlechterdings unzulässig.

Ich darf Ihnen vielleicht ein ganz konkretes Beispiel geben: Es wird von einem ausländischen öffentlichen Auftraggeber in einem so genannten Verhandlungsverfahren ein Auftrag ausgeschrieben, der eine technische Leistung, ein technisches Produkt zum Gegenstand hat. Der österreichische Unternehmer bewirbt sich, und es kommt, weil er in den engeren Kreis der Anbietenden aufgenommen wird, zu mehreren Verhandlungen. Wenn da der lokale Berater von EADS in den Verhandlungen dem österreichischen Unternehmer beisteht, indem er ihn darauf aufmerksam macht, welche technischen Spezifikationen etwa von besonderer Bedeutung sind, auf welche Zuschlagskriterien dieser öffentliche Auftraggeber besonders Wert legt, wenn sich die Intervention also in diesen Bereichen abspielt, dann ist gar nichts dagegen zu sagen. Dann würde ich auch meinen, dass ein solches



Geschäft, wenn der österreichische Unternehmer dann das Verfahren gewinnt, ein **anrechenbares Geschäft** ist.

Denn eines muss schon klar sein: Man kann, wenn der Vertrag auch die vermittelten Geschäfte für anrechenbar hält – und das ist eindeutig –, vom Vermittler, also von der EADS-Gruppe, nicht erwarten und verlangen, dass er den Nachweis führt, dass er **allein** kausal war für den Gewinn des Vergabeverfahrens – der Sieg hat viele Väter, auch im Vergabeverfahren –, es muss dann schon genügen, dass eine erlaubte Intervention nachgewiesen wird.

Es genügt natürlich nicht – und das ist auch ein konkretes Beispiel, von dem ich Kenntnis habe –, dass ein österreichischer Unternehmer dann bestätigt: Sie haben uns auf allgemein zugängliche Informationen verwiesen, die uns bis dato nicht bekannt waren, deshalb bedanken wir uns herzlich für Ihre Verdienstlichkeit! – Das ist natürlich zu wenig. Wenn EADS einen österreichischen Unternehmer hinweist auf eine Ausschreibung, die im Amtsblatt der EU allgemein zugänglich veröffentlicht ist, dann wird das wohl zu wenig sein.

So sehe ich einmal grundsätzlich die Situation. Wenn es, auf das konkrete Beispiel angesprochen, jetzt um 800 LKW der Type MAN geht, die offenbar durch Mithilfe von EADS an Land gezogen werden konnten, dann wäre die erste Frage: Handelt es sich dabei um militärische Rüstungsgüter? Das bestimmt das jeweilige Vergabeverfahren. Nach österreichischem Recht würde man sagen, wenn es **Dual-Use-Güter** sind, dann sind das nicht alleine Kriegsmaterialien, dann wäre also das Vergabegesetz anwendbar. – Sehr viel mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wir hatten dann noch die Frage mit den **Wertschöpfungsmultiplikatoren**. Ich weiß nicht, ob das wirklich in Ihr Fachgebiet fällt.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Da muss ich gestehen, dass ich darauf keine Antwort geben kann. Mir scheint es eine Frage der vertraglichen Regelung hinsichtlich der Anrechnung zu sein. Die kenne ich nicht, und ich denke, dass ich da als **Zivilrechtler** auch nicht kompetent bin, diese Frage zu beantworten.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Vielleicht kann man sie modifiziert stellen: Sind Ihnen aus der Praxis solche Fälle bekannt, dass man an Stelle der Summe von Vertragsabschlüssen, diese multipliziert mit Wertschöpfungsmultiplikatoren?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ich kann das aus eigener Erfahrung nicht bestätigen, weil ich in der Praxis der Gegengeschäfte nicht wirklich beigezogen wurde und da einfach keine Erfahrungen habe. Ich kann es mir aber deshalb vorstellen, dass dieser Aspekt berücksichtigt wird, weil im Vertrag bei Lieferungen und Leistungen ausdrücklich bei der sachlichen Umschreibung der anrechnungsfähigen Gegengeschäfte der **österreichische Wertschöpfungsanteil** hervorgehoben ist. Aber mehr traue ich mich dazu nicht zu sagen; da bin ich nicht kompetent.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das müssen wir ohnehin getrennt bewerten, weil es einen Unterschied macht, ob man Geschäfte präferiert, die einen hohen österreichischen Wertschöpfungsanteil haben, oder ob man zur Erfüllung der vereinbarten Gesamtsumme im Gegengeschäftsbereich bereits multiplizierte Grundgeschäfte heranzieht oder die einfachen Vertragssummen heranzieht. Das macht einen ganz wesentlichen Unterschied.

Ich habe einleitend nur noch eine letzte Frage: Sie haben von Beweispflichten der Bieterseite gesprochen – ich halte das für eine der Schlüsseldinge bei den Gegengeschäften –, und Sie haben diese Formulare beschrieben, die ja deutlich darauf hinweisen, dass man – sagen wir einmal so – am untersten Level der

Beweispflichten agiert. Wäre es möglich, dass die Republik Österreich über diese ausgefüllten Formulare, die Sie ja sehr plastisch geschildert haben, weitergehende Beweispflichten von der Bieterseite fordert? Ist dies möglich, weil sie sogar verpflichtet ist, in höherem Maße Beweisführungen zu fordern?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Dass es möglich ist, durch detailliertere Vorgaben in den Formularen auch **intensivere Nachweispflichten** vorzuschreiben, das ist für mich nicht zweifelhaft. Dass da ein Problem besteht, zeigt ja auch meine Beauftragung durch das BMWA. Ich denke, das Ministerium hat bei Abschluss der Gegengeschäftsvereinbarung gar nicht daran gedacht, dass die EADS-Gruppe so einfallsreich sein wird und Geschäfte mit Dritten, die österreichische Unternehmen in einem Vergabeverfahren an Land gezogen haben, zur Anrechnung bringen wird.

Man hat dann in der Praxis gesehen, dass eben nur sehr dürftige Mitteilungen über die Intervention gekommen sind, und deshalb wurde ich auch beauftragt, einmal überhaupt zu prüfen, ob es im Bereich des Vergabewesens **zulässige Interventionen** gibt. Ich habe mich dann bemüht, in dem Gutachten – ich sage einmal – 20, 25 ganz konkrete Punkte aufzulisten, in denen meines Erachtens eine Intervention des Gegengeschäftspartners auch in einem klassischen Vergabeverfahren zulässig ist. Und meine Empfehlung lautet, eben solche Interventionen gleichsam nach einem **Katalog** abzufragen, ob die geschehen sind.

Aber ich denke – was ich auch aus den Gesprächen mit den beiden Herren Mag. Fina und Machinek, die Sie hier im Ausschuss noch hören werden und die auch meine Gesprächspartner waren, entnommen habe –, für die Abteilung, die diese Geschäfte anzurechnen hat, war die Situation auch neu.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Professor, eingangs eine Feststellung, und dann möchte ich die eine oder andere Frage daran anknüpfen:

Der Eindruck verstärkt sich, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wohl über weite Strecken die Interessen von **EADS** vertreten haben muss, wenn einerseits beispielsweise Ernst & Young beauftragt wurden – die aber auch keine Verträge vorgelegt bekommen haben – oder ausschließlich für eine rechnerische, buchhalterische Aufgabe engagiert wurden und man sich andererseits an Herrn Professor Aicher wendet, ihm nicht einmal den Vertrag zur Verfügung stellt und ihn an vier Beispielen sozusagen etwas überprüfen lässt, was längst schon passiert ist. Das finde ich schon einigermaßen problematisch, und daher sind jetzt wahrscheinlich Fragen zum Gegengeschäftsvertrag an sich von Ihnen kaum beantwortbar.

Eine der Kernfragen wäre natürlich auch für den Untersuchungsausschuss: Wenn jetzt die Republik wegen einer Verletzung des Code of Business aussteigt – was passiert dann mit dem Gegengeschäftsvertrag und den einzelnen Gegengeschäften? – Das wäre die eine Sache, aber ich würde natürlich verstehen, wenn Sie sagen, es ist Ihnen ohne Kenntnis aller Vertragsbestandteile gar nicht möglich, auch nur einigermaßen wissenschaftlich begründet zu beantworten.

Aber auch eine zweite Frage drängt sich für mich auf. – Es hat sich erst durch einen Rechnungshofbericht herausgestellt, dass die **Laufzeit von 15 Jahren**, die immer publiziert wurde, **nicht stimmt**. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass diese Frist **einseitig** und auch ohne Begründung vom Wirtschaftsministerium immer wieder **verlängert** werden kann, was angesichts der niedrigen Pönale von 5 Prozent, die dann letztendlich dort gelandet ist, ein Unding ist. Wenn sich EADS überhaupt nicht kümmern würde, wäre es im Interesse der Republik, das zu verlängern

Ich möchte Sie fragen, wie Sie das rechtlich einschätzen. Welche Qualität hat das Ganze noch, wenn die Republik einseitig verlängern kann?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Zu Ihrer ersten Bemerkung darf ich festhalten, dass ich natürlich versucht habe, den Vertrag zu bekommen, weil es für mich von Interesse ist, das juristische vertragliche Umfeld einer Fragestellung kennenzulernen. Ich habe aber – das will ich ebenso klar feststellen – für meinen Gutachtensauftrag den Vertrag **nicht** benötigt. Meine Gesprächspartner haben mir gesagt, der Vertrag ist streng geheim, sie wollen nicht das Risiko eingehen, dass über die Zurverfügungstellung des Vertrages mir gegenüber der Vertrag bekannt wird. Ich habe mir dann überlegt, wie ich dieses Gutachtens angesichts der Fragestellung auch ohne Vertrag aufbauen kann – und das ging. Er war für mich dann nicht essentiell.

Hinsichtlich der Laufzeit bin ich jetzt nicht so gut informiert. Ich hatte auch in Erinnerung, dass der Vertrag eine Laufzeit von 15 Jahren hat und eine Verlängerungsmöglichkeit von Seiten der Republik, von Seiten des BMWA besteht. Jetzt kann ich nur sagen, vertragsrechtlich besteht dagegen kein Bedenken, wenn es so vereinbart ist. Ob das jetzt gegengeschäftspolitisch vernünftig ist, das traue ich mich nicht zu beurteilen.

Hinsichtlich des Schicksals der Gegengeschäfte, wenn Österreich aus dem Eurofighter-Vertrag aussteigen sollte, erinnere ich mich an den Rechnungshofbericht, an die Schilderung einer Klausel, die besagt, dass bei Wegfall des **Hauptgeschäftes** auch der **Gegengeschäftsvertrag** wegfällt, also EADS und die gruppenzugehörigen Unternehmen, und, und, und, **nicht** mehr verpflichtet sind, Gegengeschäfte zu vermitteln oder gar selbst abzuschließen. Ich sehe es aber nicht so, dass jetzt, wenn Österreich aussteigen sollte, die bereits vermittelten und bereits abgeschlossenen und durchgeführten Gegengeschäfte in irgendeiner Form rückabgewickelt werden müssten. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Vielen Dank, das ist eine sehr, sehr wichtige Feststellung.

Da immer auch die vorangegangenen Beweisthemen umfasst sind, möchte ich nur eine einzige Sache von vorhin ansprechen, denn oft gehen gewisse Dinge unter, die enorm wichtig sind. Vielleicht haben Sie es ja ohnehin, Herr Professor, aber für alle Fälle:

Uns ist in unserer letzten Sitzung ein Schreiben von Herrn Aloysius Rauen vom 12. November 2001 vorgelegt worden. Er schreibt da an Herrn Dr. Lohberger – und das ist wichtig – und weist darauf hin,

... dass bisher keinerlei Festlegungen getroffen wurden, welche EADS-Repräsentanten uns im Rahmen der Eurofighter-Kampagne in Österreich vertreten werden.

Das war, wie gesagt, ein Schreiben vom 12. November 2001, und das ist so enorm wichtig, weil dieser Herr Lohberger, der der Adressat war, dann an hohe Militärs geschrieben hat:

Wie durch Ihren Generaldirektor von EADS-Eurofighter, Herrn Aloysius Rauen, mitgeteilt, ist Herr Steininger der offizielle Repräsentant für Österreich. – Zitatende.

Mir war das so wichtig, dass – auch zu meiner Beruhigung – dieser doch sehr wichtige Sachverhalt in die Begutachtung einfließt, weil natürlich die Rolle von Herrn Steininger so eminent wichtig ist. Wenn der Vorsitzende erlaubt, möchte ich Ihnen eine Kopie dieses Schreibens zur Verfügung stellen; Sie sind ja für diese Angelegenheiten inzwischen offiziell empfangsberechtigt. Ich glaube, für die Gesamtbeurteilung der Rolle von Herrn Steininger ist es wichtig, zu wissen, dass Herr Rauen im November 2001 der Wirtschaftskammer beziehungsweise Herrn Lohberger mitgeteilt hat: Wir nennen bald den Repräsentanten!, und wenig später dann eben dieser offizielle Repräsentant weiter genannt wird.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Universitätsprofessor, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie zur Erstattung des Gutachtens für das BMWA auf mehrere Eckpunkte zurückgegriffen haben, die Ihnen aus dem Gegengeschäftsvertrag übermittelt wurden. – Können Sie dem Ausschuss sagen, **welche Eckpunkte** das waren?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Das kann ich sagen, weil ich hoffe, diese Unterlagen dabei zu haben. Das war eine Zusammenfassung des Gegengeschäftsvertrages, der auf der Homepage des BMWA auch abrufbar war.

Es ist schnell zusammengefasst: Angegeben waren mir die Ziele und die wirtschaftlichen Stärkefelder, die technologiepolitischen Schwerpunkte; das ist der inhaltliche Bereich, in dem die Gegengeschäfte, wenn sie anrechnungsfähig sein sollten, abzuwickeln waren.

Weiters die Kompensationshöhe, kurze Mitteilungen über den Ablauf der Prüfung für die Anrechnung, und der Hinweis darauf, welche Unternehmen – so bezeichnet es der Rechnungshof – sachlich entsprechende Partner beziehungsweise sachlich entsprechende Vermittler von Gegengeschäften sind; also die gesamte, von mir vorher genannte Gruppe.

Das war im Wesentlichen der **Inhalt** dieser Zusammenfassung. Ergänzt habe ich das dann eben aus dem zeitgleich erschienenen Rechnungshofbericht zur Prüfung, der ein bisschen mehr über den Gegengeschäftsvertrag gesagt hat.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Professor, angesichts dieser Informationen, die Sie zur Erstellung Ihres Gutachtens gehabt haben: Würden Sie sagen, dass es sich bei diesem Gegengeschäftsvertrag um eine Art **generelle Punktation** gehandelt hat, die man für jede andere Art von Gegengeschäften auch heranziehen könnte oder heranziehen würde?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ich habe den Eindruck, dass jedenfalls dieser Vertrag nach einer Art **Modellvertrag** abgeschlossen wurde; also nichts Besonderes.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Wenn man davon ausgehen kann, dass dieser Vertrag ebenso ausgesehen hätte, wenn die Republik ihn zum Beispiel mit SAAB abgeschlossen hätte, dann wäre das nicht so etwas Besonderes gewesen, nur speziell EADS oder Eurofighter GmbH zu favorisieren. – Deshalb diese meine Frage.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ich schließe aus den Informationen, die ich von den beiden Herren Sachbearbeitern aus dem BMWA bekommen habe, dass mein Gutachten diesen Eurofighter-Gegengeschäftsvertrag als Beispiel nehmen soll für die allgemein von mir zu behandelnde Frage, dass auch der Gegengeschäftsvertrag bei den Eurofighter-Geschäften im Wesentlichen einem **üblichen Vertragsmuster** entsprochen hat und wahrscheinlich bei SAAB als Vertragspartner nicht wesentlich anders ausgesehen hätte. – Aber das wissen die beiden Herren, die Sie noch hören werden, sicherlich besser als ich.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Universitätsprofessor, Sie haben in Ihrem einführenden Statement auch von vier Beispielen gesprochen, die Ihnen zur Verfügung gestanden sind. Können Sie uns diese erläutern? Welche Beispiele haben Sie zur Verfügung gehabt, um diesen Vertrag plastisch vor sich zu haben?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Wenn Sie mir gestatten, dann möchte ich aber die Namen der betroffenen Unternehmen nicht nennen, dazu bin ich nicht ermächtigt. – Es ging um ein Ausschreibungsverfahren in **Kroatien**, es ging um ein Ausschreibungsverfahren **spanische Flughafenverwaltung**, und es ging um ein

Ausschreibungsverfahren der **Bayerischen Landesverwaltung**, und die Vorabzustimmung betraf ein **Mautsystem in Tschechien**.

In den drei erstgenannten Fällen lautet die Bestätigung des österreichischen Gegengeschäftspartners: Es wird bestätigt, dass EADS CASA, die spanische Tochter von EADS, beim zuständigen spanischen Verkehrsministerium ein gutes Wort eingelegt hat.

In einem zweiten Fall, in einem eigenen Schreiben des österreichischen Bieters, wird gesagt: Indem Sie uns allgemein zugängliche Informationen aufgezeigt haben, die uns bis dahin nicht verfügbar und daher auch unbekannt waren, haben Sie einen ursächlichen Beitrag für den erfolgreichen Geschäftsabschluss auf unserer Seite geleistet.

Der vorhin von mir erwähnte Fall der **Vorabzustimmung** enthält eine umfangreichere Korrespondenz. Da hat auch das Ministerium nachgefragt nach der Art der Unterstützungsleistungen, und da ist in einem längeren Absatz geschildert, dass EADS im Verein mit der EBD, das ist die Euro Business Development GmbH, den österreichischen Bieter bei der Vermittlung von Kontakten in Tschechien unterstützt hat, dass EADS den österreichischen Bieter in Kontakt mit einer Consultingfirma gebracht hat. (*Abg. Dr. Fekter: Hat die zufällig EPCOS geheißen?*) – Es wird nur von einer „Consultingfirma“ gesprochen. (*Abg. Dr. Fekter: Vielleicht kann uns der Kräuter diesbezüglich Auskunft geben!*)

Es wird dann auch erwähnt, dass es durch die Einschaltung von EADS und der EBD – EADS habe aus früheren Geschäften enge Beziehungen zu tschechischen Auftraggebern gehabt – eben möglich war, die technischen Vorteile des Systemansatzes des österreichischen Bieters zu präsentieren.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Meine vorerst abschließende Frage: Kann es als eine Formalvoraussetzung bewertet werden, dass ein Gegengeschäft einem österreichischen Unternehmen als solches offengelegt werden muss, damit das österreichische Unternehmen wirklich weiß, es hat dieses Geschäft nur auf Grund der Eurofighter-Beschaffung bekommen? Ist diese Offenlegung eine Voraussetzung? – Dann könnte es nämlich sein, dass unter dem Punkt, den Sie beim Nachweis, ob ein anrechnungsfähiges Gegengeschäft vorliegt, genannt haben, sowohl die Gruppe als auch die Zulieferer nur als Vermittler tätig sein können, dass es Unternehmen in Österreich geben könnte, denen ein Gegengeschäft „vermittelt wurde“ – unter Anführungszeichen –, diese das aber gar nicht wissen. Ist die Offenlegung eines Gegengeschäftes eine **Formalvoraussetzung** für die Bewertung als Gegengeschäft?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ich bin davon ausgegangen, dass EADS als Vermittler das österreichische Unternehmen nicht zwangsbeglückt, sondern dass da schon vorher **Kontakte** stattgefunden haben und EADS oder ein gruppenzugehöriges Unternehmen hinsichtlich der Unterstützungsleistung mit dem österreichischen Unternehmen **vorher** Kontakt aufgenommen hat, denn man kann sich ja durchaus vorstellen, dass sich nicht jedes Unternehmen von EADS unterstützen lassen will. Ich denke, da muss es vorher eine **Kontaktaufnahme** oder eine Art **Vereinbarung** gegeben haben.

Es wurde mir auch nicht bekannt – weder aus den Unterlagen noch aus dem Informationsgespräch, das ich mit den beiden Herren des BMWA geführt habe –, dass es da ein Problem gegeben hätte und dass die österreichische Firma die Vermittlung nicht bestätigen will. Wenn die österreichische Firma das Geschäft geheimhalten wollte, hat sie in ihrem Bestätigungsschreiben extra darauf hingewiesen, dass sie als Bestätigung nicht das offiziellen Formblatt ausfüllt, sondern die Rubrik frei lässt und in

einem eigenen Schreiben an die Abteilung mit Bitte um Geheimhaltung bestätigt, um welches durch EADS vermittelte Geschäft es sich dabei gehandelt hat.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Professor, welche **Sanktionen** kennen Sie für den Fall, dass die Gegengeschäfte oder das Gegengeschäftsvolumen **nicht** zustande kommen?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Da kenne ich jetzt nur aus dem Rechnungshofbericht die **Pönaleverpflichtung**, die EADS beziehungsweise der Gegengeschäftspartner Eurofighter GmbH auf sich genommen hat.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Professor, Sie haben in Ihren einführenden Worten gesagt, dass im Zusammenhang mit der Vermittlungstätigkeit auch eine **Mitkausalität** genügt. Jetzt kann man im Prinzip davon ausgehen – wie Sie auch richtig festgestellt haben –, dass innerhalb der Europäischen Union auf Grund der Vergaberichtlinien der EU relativ einheitliche Vergabegesetze bestehen. Dann würde jenseits der Mitkausalität – grundsätzlich von der öffentlichen Hand her gesehen – nur mehr der Rüstungsbereich übrig bleiben. – Ist das richtig, oder habe ich das nur teilweise richtig verstanden?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ich würde es etwas weiter sehen. Ich glaube, dass der Bereich zulässiger Interventionen im Rüstungsbereich deshalb größer ist, weil dort nicht die strikten Vergaberegeln bestehen. Ich habe aber gerade in diesem Gutachten auch Ausführungen dazu gemacht, welche Unterstützungsleistungen in einem Vergabeverfahren, das ein klassischer öffentlicher Auftraggeber abführt – weil gesetzeskonform –, zulässig sind.

Ich habe eine Art **Positiv-Liste** von **zulässigen Aktivitäten** erstellt, die eines gemeinsam haben: Die Unterstützungsleistung, im weitesten Sinn die Vermittlungsleistung, knüpft beim Bieter und bei seiner Leistungsfähigkeit an.

Dann habe ich noch gesagt, dass auch – jetzt verwende ich selbst diesen Ausdruck – „**Türöffner**“-**Funktionen** in einem Verhandlungsverfahren zulässig sind, wenn der lokale Berater, der Lobbyist, mit dem österreichischen Bieter zum Bieter-Hearing geht, wenn es um Verhandlungen hinsichtlich des Angebotes geht und der österreichische Bieter dabei sachlich unterstützt wird, weil ihm der lokale Berater Informationen präsentiert, die lokale Berater vielleicht haben, weil sie ihren Auftraggeber kennen, aber der Ausländer – in dem Fall der Österreicher – sie nicht hat. Es ist **nichts** dagegen zu sagen. Das ist zulässig.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Professor, da stimme ich Ihnen zu. Man kann sich nicht gegen etwas verwehren, das gesetzeskonform ist; so rennt es ja im gesamten Wirtschaftsleben auch ab. Aber es geht um die Mitkausalität, denn es ist ja relativ schwierig zu beurteilen, ob das Geschäft ohne diese Intervention **nicht** zustande gekommen wäre. – Das müsste eigentlich der springende Punkt sein. (Abg. Dr. **Fekter**: Nein!)

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Das ist sicher auch der schwierigste Punkt, und da ist meine Position, dass man vom Gegengeschäftspartner nur den Nachweis verlangen kann, dass er an dem Vergabeverfahren **erlaubterweise** unterstützend mitgewirkt hat. Denn man kann letztlich nie sagen, ob der österreichische Bieter allein durch die Güte seines Angebotes das Vergabeverfahren sowieso gewonnen hätte. Wenn in der Gegengeschäftsvereinbarung steht, dass auch die **Vermittlung** von Geschäften zur Anrechnung führt, dann muss der österreichische Vertragspartner, die Republik, wenn sie schon A gesagt hat, auch B sagen – und sagen: Dann muss mir auch eine Mitursächlichkeit, wenn sie im Rahmen des Erlaubten erfolgt ist und nachgewiesen wird, ausreichen!

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Professor, kann man da unterscheiden zwischen einer **Vermittlungstätigkeit** beim Zustandekommen eines Geschäftes und einer – wie immer man es nennen soll – „**Türöffnungs“-Funktion?** Sie haben einmal erwähnt – ich habe es mitgeschrieben –, dass die Bestätigung des Gegengeschäftspartners genügen würde, wenn er ein gutes Wort eingelegt hat. Die Beschreibung „ein gutes Wort einlegen“ ist sehr, sehr schwammig. Würde es in diesen Formularen genügen, wenn der Gegengeschäftspartner sagt, die Firma EADS oder eine Tochterfirma der EADS oder Eurofighter GmbH haben eben ein **gutes Wort** für das Unternehmen A oder B eingelegt?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Aus meiner Sicht genügt **das** mit Sicherheit **nicht**. Da müsste schon dargelegt werden, in welchem Zusammenhang das **gute Wort** gefallen ist. Wenn das ein Abendessen mit einem zuständigen Beamten oder Sachbearbeiter war, dann hätte ich große Bedenken, das **gute Wort** als anrechnungsfähigen Kausalitätsbeitrag zu qualifizieren. Wenn es eine **Fachinformation** in einem Verhandlungsverfahren ist, dann schaut die Sache schon anders aus. Und darum meine ich, dass jedenfalls die Praxis dahin gehend zu verbessern ist, dass man vom österreichischen Vertragspartner – oder von EADS, je nachdem – auch die **Bestätigung** verlangt, welche **konkreten Unterstützungsleistungen** erbracht sind. Dass EADS **Türöffner** war oder ein **gutes Wort** eingelegt hat, **reicht nicht aus**.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Aber die Bestätigung ist ja vom **österreichischen** Gegengeschäftspartner zu bringen. (*Dr. Aicher: Ja!*) Wäre es nicht sinnvoll, wenn auch der ausländische Gegengeschäftspartner – oder wer auch immer – eine derartige Bestätigung vorlegen müsste?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ja, ich gebe Ihnen sicher recht. Das wäre sinnvoller, aber ich sehe das Problem, dass dann die Anrechenbarkeit des Gegengeschäftes mehr oder minder vom **Goodwill** des ausländischen öffentlichen Auftraggebers abhängt, wenn er nämlich bereit ist, zu sagen, welche Leistungen der Vermittler **ihm erkennbar** erbracht hat.

Das wird in manchen Fällen auch gar nicht möglich sein, weil es ja durchaus denkbar ist – und ein solcher Fall lag mehr oder minder zufällig auch in den Unterlagen der Gegengeschäftsbestätigungen, die ich hatte –, dass EADS den österreichischen Unternehmer bei seiner Angebotslegung **berät** im Hinblick auf die Erfordernisse, die im Land des öffentlichen Auftraggebers notwendig sind. Das weiß dann der öffentliche Auftraggeber nicht.

Konkretes Beispiel: Das war in **Kroatien**. Hier war der österreichische Unternehmer offenbar von EADS ins Spiel gebracht worden, im Rahmen eines Konsortiums als Lieferant aufzutreten. Und das Konsortium mit dem österreichischen Unternehmer hat dann die Ausschreibung gewonnen. Das ist eine durchaus legitime Unterstützungsleistung, wenn es so gelaufen ist. Aber nicht von jeder Unterstützung, die bieterbezogen ist, muss der öffentliche Auftraggeber etwas wissen.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Es geht nur darum, dass das eigentlich sehr schwammig ist, es im gesamten Wirtschaftsleben eigentlich von Vermittlungstätigkeiten bis zu Türöffnungsfunktionen sehr viele Möglichkeiten gibt. Was den Herrn Steininger betrifft, so war der offensichtlich nur Bote oder was auch immer. Deswegen ist auch eine gewisse Skepsis unsererseits hier angebracht. – Das wäre es einstweilen. Danke, Herr Professor.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Professor, ich will nur einen Fall herausgreifen, der quantitativ sicher der umfangreichste war, den Sie hier offensichtlich mitzubegutachten hatten, und zwar die **Mautsystemsache Tschechien**.

Was hier einmal auffällig ist und was bis jetzt noch nicht beleuchtet wurde, ist vom Ablauf her der Zuschlag für die Ausschreibung. Dieser ist am 21. November 2005 passiert. Die Einreichung nur zur Vorabstimmung, noch nicht einmal als Gegengeschäft, ist am 15. Februar 2006 passiert, also nicht etwa vorher, was man hätte annehmen dürfen. Die Vertragsunterzeichnung ist dann im März 2006 passiert.

Aus den Akten geht hervor, wie EADS überhaupt argumentiert, und das sollte man allein schon aus Protokollgründen kurz erwähnen. In einer Korrespondenz, die immerhin seitens des Ministeriums eingeleitet wurde, begründet EADS unter Punkt 5, einem von mehreren Argumenten, unter der Überschrift „Unterstützung durch EADS“ das folgendermaßen:

„Aufgrund der etablierten politischen Kontakte von EADS mit Tschechien ... konnte die Firma EBD“ – also Bergner – „einen auf politischer Ebene agierenden Berater zur Unterstützung der Firma Kapsch gewinnen. Die Firma Kapsch ist in direktem Kontakt mit diesem Berater, der über ein Netzwerk die Vorteile einer Beauftragung an die Firma Kapsch in den entsprechenden tschechischen Gremien vertritt.“

Also da kommt dreimal ungeniert und direkt die **politische Intervention** zum Ausdruck.

Ob das überhaupt so gewesen ist, ist ja sowieso eine andere Frage. Aber in diesem Fall liegt es wohl eindeutig vor, dass das unter den Interventionsversuchen bei der zu vergebenden Stelle anlandet und nicht eine Unterstützung der Besserung des Bieters ist.

Würden Sie mir insoweit zustimmen? Oder wie würden Sie diese Aktenkorrespondenz bewerten, die Ihnen ja zur Verfügung steht?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Wenn sich die Tätigkeit von EADS auf diese **Intervention** bei der **Vergabestelle** beschränkt, dann wäre das, würde ich meinen, **kein anrechnungsfähiges Geschäft**. Wenn EADS in den Verhandlungen mit dem Auftraggeber die österreichische Firma **unterstützt hat**, dann stellt sich die Sache anders dar.

In dem Schreiben, das mir vorliegt – das ist vom 12. Mai; das ist das Antwortschreiben von EADS an das BMWA –, ist eben auch davon die Rede, und da heißt es:

Nur dadurch kann eine sachgerechte und fundierte Bewertung des eigenen Angebots positiv unterstützt werden,

so zum Beispiel, wie in diesem Fall, die technischen Gegebenheiten des Systemansatzes der Firma Kapsch.

Ich weiß nicht, was da dahintersteht. Aber das kann man auch so verstehen, dass im Rahmen der Verhandlungen der eingeschaltete Berater offenbar verdienstlich den Systemansatz nach den technischen Gegebenheiten der Firma ins Gespräch gebracht hat oder dort erläutern konnte.

Wenn das nur eine Intervention ist über ein **vorhandenes politisches Netzwerk** oder ein **EADS-Netzwerk**, dann würde das auf eine **nicht vergaberechtskonforme** Beeinflussung hindeuten. Das wäre jedenfalls unter meinem Aspekt, nach meinem Dafürhalten zu wenig, um das Geschäft zu einem anrechnungsfähigen zu machen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich habe auf die Zeitabläufe dieser Korrespondenz hingewiesen und möchte ausdrücklich Wert auf meine Anmerkung legen, dass nämlich aus diesem Ablauf hervorgeht, dass im Erstversuch EADS nichts anderes getan hat, als festzuhalten, dass es politische Netzwerke gibt und dass das Vergabeverfahren geeignet gewesen wäre, zu beeinflussen. – Behauptung; und wir



haben es auch geschafft. – Erst als EADS aufgefordert wurde, andere Gründe vorzubringen, solche, die zum Beispiel, auch im Falle der klassischen Ausschreibung zulässig wären – Punkt 1, wie Sie es genannt hatten –, ist eine, wie ich jetzt sage, im **Nachhinein-Rechtfertigung** passiert.

Meine Frage, die sich daran anknüpft, ist: Wäre es nicht plausibler und glaubwürdiger auch für die anrechnende Behörde, also das **Ministerium**, das ja da auch nicht zu beneiden ist, wenn dieses Vorabverfahren, nachdem es ohnehin schon so heißt, dann gestartet wird, wenn etwa der Ausschreibevorgang, diesfalls in Tschechien, gerade beginnt oder wenn man sich anschickt, dort auch als **Bieter** im Konsortium aufzutreten?

Dann wäre das doch – zumindest aus meiner Sicht – hundertmal glaubwürdiger, als im Nachhinein, wenn die Dinge schon gelaufen sind, wieder irgendein Formularkarussell zu starten, um dann zu behaupten, wir waren ursächlich mitinvoliert, denn dann könnte man, würde ich meinen, dem von vornherein mehr Glauben zuwenden. – Wie sehen Sie diese Frage der **Einreichfristen**?

Das gilt im Übrigen für alle Geschäfte, die in den Akten sind. Wir haben jetzt, glaube ich, fast alle schon durchgeschaut. Regelmäßig wird erst ein halbes Jahr oder ein Jahr nach Vertragsabschluß überhaupt einmal ein Formular ausgefüllt – und nicht etwa vorher, wo man das dann mehr Richtung Ursächlichkeit herausarbeiten könnte. – Wie würden Sie das bewerten?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ich kenne die konkreten Bestimmungen über die Vorabzustimmung im Vertrag nicht. Ich habe nur aus dieser Korrespondenz entnommen und auch aus dem Rechnungshofbericht, dass es dieses **Vorabzustimmungsverfahren** gibt.

Es ist gar keine Frage, wenn dieses Vorabzustimmungsverfahren im Vertrag nicht von besonderen Voraussetzungen abhängig gemacht ist – was ich einfach nicht weiß –, dann wäre es sinnvoll, die Vorabzustimmung zu einem Zeitpunkt einzuholen, zu dem das Vergabeverfahren nicht schon durch Zuschlag beendet ist, also früher. Das würde ich auch im Sinne einer Vorabzustimmung sehen.

Ich kann jetzt wirklich nicht sagen, wie dieser Punkt im Gegengeschäftsvertrag formuliert ist. Offenbar war das BMWA der Meinung – das habe ich auch aus dieser Korrespondenz entnommen –, dass EADS da zu spät gemeldet hat im Sinne dieses Vorabzustimmungsverfahrens. Und dann gibt es eine Begründung von EADS, warum das offenbar nicht der Fall ist.

Aber den vertraglichen Hintergrund im Detail kenne ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nur leider ist dort auf die Fristen **nicht** Wert gelegt worden. Das ist tatsächlich so.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Professor! Zum Gegengeschäftsvertrag, weil hier von Kollegen angezweifelt wurde, dass unter Umständen nicht nur der Nennwert eines Auftrages, sondern sehr wohl auch die österreichische Wertschöpfung berechnet werden soll: Wir haben im Gegengeschäftsvertrag bei der Anrechenbarkeit – also die Partnerfirmen; das sind die Töchter von EADS et cetera – auch einen Passus in Hinblick auf die Bestimmung, wie man umgeht bei Planungsleistungen, Schulungsleistungen, bei Projektmanagement, bei Logistik, bei Forschungs- und Entwicklungsarbeit und bei Betriebsansiedelungen beziehungsweise Direktinvestitionen in Österreich, wie die in das Gegengeschäftsvolumen einzuberechnen sind. Und es definiert das der Vertrag im **Punkt 4.1.** ganz genau: dass das sozusagen **case by case**, sprich: im jeweiligen Einzelfall, zu ermitteln ist.

In **Punkt 4.2.** steht dann direkt drinnen – ich zitiere –:

Die Einzelbewertung für Projekte gemäß Punkt 1 –

also das sind diese Schulungs-, Bildungs-, Forschungsleistungen et cetera –

erfolgt vor deren Durchführung beziehungsweise nach noch vor deren Durchführung festgelegten Bewertungskriterien –

da sind ein Bewertungskriterienkatalog und ein eigenes ökonomisches Modell dafür entwickelt worden –

jeweils anhand von Kriterien, wie zum Beispiel Auftragswert, Technologietransfer, Beschäftigungssituation, Marktzugang, Nachhaltigkeit.

Und dann findet sich im Punkt **5.3.5** die **inländische Wertschöpfung**. Die sozusagen angemessene inländische Wertschöpfung soll diesbezüglich berücksichtigt werden. Speziell Punkt 5 sagt ja, das **gesamte Kreditierungsvolumen**.

Haben Sie diese Elemente, dass man nämlich bei Forschung, Bildung und, jetzt sage ich einmal, bei solchen Investitionen in Österreich ein gesondertes Modell entwickelt hat, um es auf das Gegengeschäftsvolumen anzurechnen, in Ihren Bewertungen berücksichtigt?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Das habe ich nicht berücksichtigt, weil das **nicht** Gegenstand meines Gutachtens war. Mir sind die von Ihnen zitierten Bestimmungen aus dem Vertrag auch nicht bekannt; ich höre das das erste Mal.

Noch einmal: Ich habe den Vertrag nie gesehen, sondern nur diese vier Blätter über die Eckpunkte. Anrechnungsfragen im Hinblick auf die Bewertungskriterien und Fragen, in welchem Ausmaß anzurechnen ist, nach welcher Kriterienmatrix und nach welcher Methode, waren **nicht** Gegenstand meines Gutachtens.

Dazu hätte ich mich auch als Vertragsjurist nicht geäußert. Ich hätte vielleicht den Vertrag ausgelegt und dann in Teamarbeit die Sache an einen Ökonomen weitergegeben. Davon verstehe ich nichts.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bei Lieferung und klassischen Produktlieferungen geht man nach der **Rechnungssumme**. – Bei Engineering-Leistungen, bei Forschung, insbesondere bei Bildungseinrichtungen wie Postgraduate-Studium und so weiter soll gemäß diesem Vertrag die **angemessene inländische Wertschöpfung** herangezogen werden.

War das in früheren Verträgen auch schon üblich? – Man hat sich ja am damaligen Gegengeschäftsvertrag, den man schon bei den Draken mit SAAB abgewickelt hat, orientiert.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Das ist mir einfach nicht bekannt. Ich habe zwar alle Rechnungshofberichte zu militärischen Beschaffungen in der Vergangenheit, wo es um Gegengeschäfte ging, durchgesehen, aber ich habe da nichts Einschlägiges gefunden. Ich habe es aber – noch einmal – nie durchgesehen unter dem Aspekt: Wie wird bewertet? Das war nicht mein Thema. Ich kann da beim besten Willen keine Auskunft geben.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Gegengeschäftskriterien – also der zeitliche Zusammenhang, die Technologiekomponente, das Vermittlungstätigkeit mit eine Rolle spielen muss – sind ja alle kumulativ anwendbar, das heißt, die müssen alle gemeinsam vorliegen. Es genügt nicht, wenn nur **ein** Element vorliegt.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ja, insofern, als das Gegengeschäft erstens einmal in den inhaltlich, sachlichen Bereich fallen muss, der durch die Ziele, durch den technologischen Mehrwert und die wirtschaftlichen Stärkefelder definiert ist. Und zum anderen muss dieses Geschäft abgeschlossen sein von Unternehmen, die nach dem Vertrag in sachlicher Entsprechung stehen – das ist Eurofighter, EADS, gruppenzugehörige Unternehmen, Zulieferer dieser Unternehmen –, und wenn jetzt wieder dieser Kreis von Unternehmen ein Geschäft mit irgendeinem Dritten vermittelt. Das alles muss vorliegen, damit Anrechnung gegeben ist.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Von diesen kumulativen Elementen, die alle vorliegen müssen – also der Technologietransfer, die zeitliche Entsprechung, die inländische Wertschöpfung, dann das Prinzip der Zusätzlichkeit, das heißt, es muss ein zusätzliches Geschäft sein –, welches dieser Elemente hatten Sie zu prüfen? Sie haben sich ja mit der inländischen Wertschöpfung nicht auseinandergesetzt. (Dr. Aicher: Nein!)

Haben Sie sich mit der Zusätzlichkeit auseinandergesetzt? (Dr. Aicher: Nein!) – Auch nicht.

Sie haben nur die Vermittlungskomponente zum öffentlichen Auftraggeber in Hinblick auf **zulässig** oder **nicht zulässig** geprüft?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** So ist es, weil öffentliche Auftraggeber nur solche sein können oder als Gegengeschäftspartner genannt sein können, wenn sie vermittelt werden. Und das war mein Auftragsgegenstand: Inwieweit ist überhaupt eine Vermittlungstätigkeit vergaberechtskonform möglich?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Welche von den vier Fällen, die Sie intensiver untersucht haben, sind anerkannt und welche sind nicht anerkannt worden?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Das könnte ich jetzt nicht sagen. Das gibt ...

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das tschechische Mautsystem haben wir sozusagen auf Grund der Flieger denen sozusagen verklickern können, oder?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Ich weiß es nicht. Ich kann es diesen Unterlagen nicht entnehmen. Das endet mit dem Schreiben, aus dem Herr Abgeordneter Kogler zitiert hat. Ich habe nur die Formulare, aber keine Entscheidungen hinsichtlich einzelner Geschäfte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist Ihnen bekannt, ob bezüglich der inländischen Wertschöpfung – das ist ja für uns das Wichtigste, nämlich, dass im Inland etwas passiert, dass wir im Inland eine Wertschöpfung haben, Arbeitsplätze haben, dass im Inland die Wirtschaft durch diese Gegengeschäfte gestärkt wird – ein Kollege von Ihnen oder vielleicht das Wirtschaftsforschungsinstitut beauftragt war, sich genauer damit auseinanderzusetzen?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Da kann ich gar nichts sagen. Ich habe auch aus den Gesprächen keine Kenntnis, ob das BMWA weitere Gutachter beauftragt hat. Ich weiß es nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie haben ausgeführt, dass der Partner, also die EADS-Gruppe, mit den im Gegengeschäftsvertrag dezidiert angeführten Unternehmungen, nicht allein kausal sein muss, sondern es eigentlich genügt, dass eine entsprechende **Mitwirkungspflicht** gegeben ist. Das heißt, diese entsprechende Mitwirkungspflicht könnte aber auch in Wirklichkeit nur beim **ausländischen Auftraggeber** sein, so nach dem Motto, dass der ausländische

Auftraggeber durch die Mitwirkungspflicht von EADS angehalten wird, in Österreich seine Produkte zu erwerben, und dann weiß der Österreicher gar nichts? Kann das denkbar sein? – Es ist unwahrscheinlich, weil ja natürlich das Ministerium dahinter war, **alle** Gegengeschäftspartner ausfindig zu machen.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Eben! Das halte ich auch für unwahrscheinlich. Und eine Mitwirkungshandlung, die einen entsprechenden, zur Anrechnung führenden Kausalitätsbeitrag leistet, ist eben nicht **nur** auf der Ebene des öffentlichen Auftraggebers im Ausland möglich, sondern **auch** – und da sehe ich sogar den primären Anwendungsbereich – eine **Unterstützungsleistung**, die beim österreichischen **Bieter** ansetzt und **ihn** unterstützt, damit sein Angebot im ausländischen Verfahren besser bewertet wird. (*Abg. Dr. Fekter: Danke! Keine weiteren Fragen!*)

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Vielleicht gleich dazu: Ist es möglich, dass jemandem, dem vermittelt wurde, der allerdings nichts davon weiß und einen diesbezüglichen Wunsch auch nicht geäußert hat, dass ein derartiges Rechtsgeschäft angerechnet wird? Sprich: Es wird eine Vermittlungsleistung behauptet, von der der Vermittelte keine Kenntnis hat und sagt: Ich habe das überhaupt nicht gewollt, ich weiß auch nicht, woher da eine Unterstützung geleistet worden ist auf meiner Seite als Bieter. – Könnte so ein Rechtsgeschäft nach den Ihnen bekannten Maßgaben theoretisch überhaupt angerechnet werden?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Nach den mir bekannten Maßgaben wohl schon deshalb **nicht**, weil dann der österreichische Unternehmer **nicht** bestätigen würde, dass hier eine zum Erfolg führende Intervention stattgefunden hat, wenn er nichts davon weiß.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sie entschuldigen die Fragestellung, aber das steht im Raum und es wurde diesbezüglich auch schon eine Diskussion durchgeführt, ob derartige Geschäfte anzurechnen sind oder nicht. Es geht dabei um die Möglichkeit, dass auf der Gegenseite, auf der Nachfrageseite eine Beeinflussung stattgefunden hat, von der der Bieter gar nichts weiß. Offensichtlich ist das gemeint, deshalb frage ich.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Wenn der solcherart Beglückte, der von der Intervention nichts weiß, **nachträglich** davon erfährt, dann stellt sich für mich schon die Frage, ob das in der Praxis überhaupt vorkommen kann, weil er doch dann die Bestätigung nicht abgeben wird. Wenn er sie abgibt, weil er erst im Nachhinein erkennt, welches Verdienst von Seiten von EADS vorliegt ... (*Abg. Dr. Jarolim: Auch wenn er nichts davon weiß?*) – in seiner Unkenntnis, ja. Wenn ihm EADS das aber offenbar entsprechend glaubhaft machen kann, dann hätte ich gegen die Anrechnung eines solchen Geschäfts **keine** Bedenken. Als Anrechnungsstelle würde ich dann allerdings schon berücksichtigen, ob dieser österreichische Unternehmer nicht in irgendeinem wirtschaftlichen Abhängigkeits- oder Erwartungsverhältnis zu EADS steht, was ihn motiviert, alles zu bestätigen, was EADS will.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sie unterscheiden ja einerseits zwischen unternehmensberaterischen Leistungen – wenn man das so sagen kann – auf Seite des Bieters, wo also der Bieter unterstützt wird, ihm möglicherweise nicht bekannte Umstände zu berücksichtigen. Und es ist ja auch die Frage im Raum einer allfälligen Einflussnahme auf den Ausschreiber oder auf die öffentliche Stelle, die nach dem jeweils nationalen Recht einen Vorgang rechtswidrig sein lassen könnte. – Würde eine derartige Rechtswidrigkeit, die letztlich dann zu einem erfolgreichen Zuschlag führt, eine Anrechnung ausschließen oder nicht?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Da sprechen Sie auch ein sehr zentrales Thema an. Für die österreichische Anrechnungsstelle ist es ja praktisch nicht beweisbar, ob im

**ausländischen** Vergabeverfahren hinsichtlich des jetzt zur Anrechnung angemeldeten Geschäfts verbotene gesetzwidrige Interventionen stattgefunden haben. Dazu müsste die österreichische Stelle ja das **ausländische Vergabeverfahren** nachprüfen. Ich habe vorgeschlagen, um dieses Problem – jetzt sage ich wirklich betont – **irgendwie** in den Griff zu bekommen, dass die Gegengeschäftsbestätigung des österreichischen Unternehmens auch Auskunft darüber geben muss, ob in diesem Vergabeverfahren gegen die Zuschlagsentscheidung an den österreichischen Unternehmer ein **Vergabenachprüfungsverfahren** eingeleitet wurde oder nicht. Das scheint mir zwar ein grober, aber halbwegs praktikabler Weg für die **österreichische** Anrechnungsstelle zu sein: Okay, wenn der österreichische Zuschlagsempfänger bestätigt, die Zuschlagsentscheidung ist nicht angefochten worden von einem Mitbewerber, dann besteht ein Indiz dafür, dass das Verfahren korrekt abgelaufen ist.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wenn er jedoch bestätigt oder mitteilt, dass eine Anfechtung stattgefunden hat, dann kann eine Anrechnung wohl erst nach rechtskräftiger Beendigung des Anfechtungsverfahrens stattfinden?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Genau so würde ich das sehen! Derzeit beziehungsweise bis zum Zeitpunkt meines Gutachtens sind diese Dinge von österreichischen Zuschlagsempfängern in ausländischen Vergabeverfahren nicht abgefragt worden. Ich habe das aber empfohlen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich darf Ihnen jetzt eine Bestimmung aus dem Vertrag vorlegen, und zwar die Änderung beim Hauptgeschäft und ein Guthaben betreffend. Ich weiß nicht, ob Sie dann in der Lage sein werden, die Frage zu beurteilen, ob die Auflösung des Hauptvertrages – dieses Thema wird ja seit Monaten in der Öffentlichkeit zelebriert –, des Beschaffungsvertrages Eurofighter auch zu einer Rückabwicklung beziehungsweise – Sie haben sich ja schon einmal rechtlich dazu geäußert ... – Nur zur Konkretisierung, weil Sie gesagt haben, Sie haben den Vertrag nicht, würde ich Ihnen jetzt gerne diese Klausel vorlegen und Sie fragen, ob Sie in der Lage sind, auf Grund der Bestimmungen, die Sie hier lesen, das, was Sie vorhin gesagt haben, nochmals ausdrücklich zu bestätigen.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsicht vorgelegt.)*

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Wenn ich das recht verstehe, dann besagt diese Bestimmung zum einen, dass der Gegengeschäftsvertrag als aufgelöst gilt, wenn das Hauptgeschäft aufgelöst wird. Das trifft den Rücktrittsfall.

Dann wird auf die Situation Bezug genommen, dass zu diesem Zeitpunkt ein Gutachten auf dem Abrechnungskonto – jetzt denke ich, ein Guthaben des Vertragspartners Eurofighter GmbH – besteht, und dafür sieht der Vertrag dann eine eigene Regelung vor, die ich dahin gehend verstehe, dass dieses Guthaben auf dem Abrechnungskonto Eurofighter wahrscheinlich auch ... – Das müsste ich mir anschauen, nein, das steht sogar da, für die Eurojetpartner-Muttergesellschaften, also für den Kreis der sachlich entsprechenden Unternehmen für **andere** Gegengeschäfte mit der Republik in Anrechnung gebracht werden kann.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Heißt das jetzt, dass im Falle der Auflösung des Eurofighter-Beschaffungsvertrages durch die Auflösung und Beendigung dieses Vertrages lediglich die **Vermittlungsleistung** ab sofort nicht mehr zu erbringen ist, aber die bereits **abgeschlossenen Rechtsgeschäfte** zwischen den Partnern hievon **unberührt** bleiben? *(Dr. Aicher: Also dass ...)* Also im Wesentlichen das, was Sie eingangs gesagt haben, sprich: Wenn diese Vereinbarung beendet ist, und das geschieht gleichzeitig mit der Auflösung des Beschaffungsvertrages, dann werden ab diesem Zeitpunkt keine Leistungen mehr aus **diesem** Vertrag erbracht, das heißt, Eurofighter wird keine Vermittlungsleistungen, Beratungsleistungen,

Unterstützungsleistungen mehr erbringen, dass es aber **nicht** zu einer Rückabwicklung der bis dahin vermittelten Geschäfte zwischen dritten Partnern kommt.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** So sehe ich das. (*Abg. Dr. Jarolim: Auch nach der konkreten Kenntnisnahme der Vertragsbestimmung? Das war jetzt meine Frage!*) Auch nach dieser Vertragsbestimmung. Das Einzige, was ich jetzt in der Kürze nicht ermitteln kann, ist, wie es zu einem Guthaben auf dem Abrechnungskonto kommen kann.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Durch eine unproportionale Übererfüllung, offensichtlich.

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** So hätte ich das jetzt verstanden. Wenn man das so versteht, bleiben die abgeschlossenen Geschäfte unberührt.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Noch eine Frage. Es gibt hier eine Reihe von Kompensationsgeschäftspartnern, die eigentlich auch im Rahmen von Kompensationsgeschäften aus anderen Beschaffungsvorgängen, etwa ziviler Luftfahrt, aufscheinen und dort in Kompensationsprogrammen Geschäfte abschließen.

Ist aus Ihrer Sicht der Dinge und in Kenntnis der Verträge, die Sie haben, sichergestellt, dass es da eine Abgrenzung gibt, damit es zu **keiner Doppelanrechnung** kommt? Es wäre theoretisch ja möglich, dass es sowohl bei einem Beschaffungsvorgang Zivilluftfahrtfahrzeuge, wo es Kompensationsvolumina gibt, dort ist das auch üblich, als auch hier in der militärischen Beschaffung das gleiche Rechtsgeschäft doppelt angerechnet wird. – Ist Ihnen eine Bestimmung bekannt, dass so etwas ausgeschlossen wird?

**Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher:** Das kann ich nicht sagen. Eine solche Bestimmung ist mir nicht bekannt.

**Obmann Dr. Peter Pilz** erklärt – da es keine weiteren Fragen gibt – die Befragung von Univ.-Prof. Dr. Aicher für beendet, bedankt sich bei diesem für sein Kommen und für seine Auskunft.

(Die **Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Aicher** verlässt den Sitzungssaal.)

10.54

**Obmann Dr. Peter Pilz** unterbricht sodann die Sitzung.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 10.54 Uhr **unterbrochen** und um 11.05 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)*

\*\*\*\*\*

11.05

**Obmann Dr. Peter Pilz nimmt** – um 11.05 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Wallner** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Mag. Gerhard Wallner** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Dr. Peter Pilz** begrüßt Herrn **Mag. Gerhard Wallner** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Mag. Gerhard Wallner (Bundesministerium für Finanzen):** Mein Name: Mag. Gerhard Wallner; geboren am 2. Mai 1954; Adresse: Laab im Walde; Beruf: Bundesbeamter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen.

Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte Ihrer Meinung nach auf eine konkrete Frage hin einer dieser Gründe schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich, dann werden wir die weitere Vorgangsweise besprechen.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie das Recht, eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. – Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? *(Die Auskunftsperson **verneint.**)*

Der Obmann erteilt als erstem Fragesteller Abg. Darmann das Wort.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Mag. Wallner, können Sie dem Ausschuss schildern, welche Funktion Sie im Zusammenhang mit diesen Läufen der Steuerakten im Bundesministerium für Finanzen ausüben?

**Mag. Gerhard Wallner:** Ich bin sozusagen die Verbindungsstelle zum Parlament. Ich bereite Anfragebeantwortungen für den Herrn Minister vor, die Beantwortung dringlicher Anfragen. Und was konkret die Steuerakten angeht, so war es nur natürlich, dass irgendjemand, der als Verbindungsbeamter mit der Parlamentsdirektion genannt ist, diese Aktenübermittlung durchführen wird. Konkret bekomme ich die Anforderung, also den entsprechenden Beweisbeschluss, den der Ausschuss hier fasst, scanne den ein, leite ihn per E-Mail sofort an Generalsekretär Quantschnigg weiter, Ansprechperson im Ministerbüro Mag. Brandl, und, wenn es notwendig ist, auch an den Herrn Präsidenten der Finanzprokuratur, Peschorn, wenn ich gewisse Auskünfte brauche.

Ich dokumentiere das, wenn die Anforderungen und so weiter gekommen sind, und dann, wenn ich die Akten vom Generalsekretär beziehungsweise von Herrn Frühwirth bekomme, den Sie schon hier gehabt haben, übermittle ich sie mittels Anschreiben zurück an den Ausschuss oder an die Parlamentsdirektion.



**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Kann man das als *üblich* oder als *unüblich* bezeichnen, dass im konkreten Fall, weswegen Sie sich auch heute hier befinden, einige Akten an Herrn Mag. Brandl gegangen sind?

**Mag. Gerhard Wallner:** Ich habe die Akten ungefähr um den 2. Mai herum bekommen, am 3. Mai war Plenum, Nationalrat, Behandlung des Bundesfinanzgesetzes. Da habe ich andere Dinge zu tun gehabt. Und am Freitag, den 4. Mai hat mich Herr Mag. Brandl angerufen und hat gesagt, er möchte die Akten haben – ohne Kommentar.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Darmann, könnte man vielleicht an der Stelle sagen, um welche Akten es sich handelt?

**Mag. Gerhard Wallner:** Das sind diese Akten gewesen, die ich dem Ausschuss am Freitag übermittelt habe.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Welche waren das? Welche haben Sie an den Ausschuss übermittelt? Noch stehen sie uns nämlich nicht zur Verfügung. – (*Abg. Darmann bekommt die entsprechenden Akten soeben überreicht.*) – Hier sind sie. Gut.

**Mag. Gerhard Wallner:** Das waren die Akten Creativ-Promotion, Werbe- und Sportveranstaltungs GmbH & Co KG., Euro Business Development GmbH, Peter Ott und Peter Ott GmbH. Und zusätzlich waren zwei Kontoblätter vom Herrn Steininger dabei. Außerdem sind in diesem Konvolut einige E-Mails dabei von den zuständigen Finanzämter-Vorständen, warum gewisse Akten nach Meinung der Finanzamtsvorstände *nicht* zu übermitteln waren, beziehungsweise in einem Fall gibt es nicht einmal einen Steuerakt, nämlich im Fall Dr. Klaus-Dieter Bergner. Da gibt es nur eine Anmerkung für einen Lohnzettel.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ist es jetzt das erste Mal vorgekommen, dass Herr Mag. Brandl Akten angefordert hat? (*Mag. Wallner: Ja!*) – Wenn das so gesehen nicht üblich war – Sie haben vorhin gesagt, diese Anforderung war ohne Kommentar –: Haben Sie da nicht nachgefragt? Müssen Sie da nicht irgendwo eine Notiz für sich machen oder einen Aktenvermerk, wo Sie genau formulieren, aus welchem Grund das angefordert wurde?

**Mag. Gerhard Wallner:** Nein. Ich habe mir aufgeschrieben, dass er mich am 4. 5. angerufen hat und dass ich ihm die Akten übermitteln soll.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Gut, dann bleibt mir nicht mehr zu fragen – den Rest werden wir dann Herrn Mag. Brandl fragen müssen. – Danke schön.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Kollege Haimbuchner, bitte. – Keine Fragen.

Dann frage ich Sie an diesem Punkt kurz weiter. – Sie bekommen etwa am 2. Mai diese ganzen Akten, von verschiedenen ... – eigentlich vom Herrn Frühwirth.

**Mag. Gerhard Wallner:** Herr Frühwirth hat sie mir konkret in die Hand gedrückt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das waren Akten, die der Untersuchungsausschuss zu dieser Zeit *dringend* gebraucht hat – das sage ich Ihnen jetzt vom Ausschuss aus – und die wir schon eine Zeit lang angefordert gehabt haben.

Es ging Erstens um Ergänzungsblätter/Steuerakt Steininger, weil sich herausgestellt hat, dass bestimmte Schwärzungen unkorrekt vorgenommen worden sind, und das ist jetzt durch die Übersendung bewiesen worden. Die Übersendung musste in Bezug auf Kontoblätter korrigiert werden.

Zweitens: Der ganze Steuerakt Ott – längst versprochen, bis dahin noch nicht bei uns.

Nur damit kein Missverständnis entsteht: Das sind alles keine Vorwürfe an Sie, weil Ihre Funktion ist dem Ausschuss bekannt. Sie sind, Sie haben es selbst beschrieben, eine Art Verbindungsbeamter und haben, soweit ich das überprüfen kann, immer versucht, dem Ausschuss die Akten möglichst ohne Verzug zukommen zu lassen. Es geht nur darum – damit es kein Missverständnis gibt –, mit Ihrer Hilfe bestimmte Vorgänge nachvollziehen zu können.

Dann die gesamten Akte im Zusammenhang mit Bergner, also die European Business Development, diese Firma, von der wir bis heute nicht wissen, wem sie wirklich gehört, wo es aber seit kurzem erste Hinweise auf die Entstehungsgeschichte dieser Firma gibt. Das hat gefehlt. Der Steuerakt Bergner hat gefehlt. Sämtliche Akten der Firmen von Generalmajor Wolf und Frau Frühstück-Wolf waren bei diesem Konvolut.

Das heißt, es waren eine ganze Reihe von Schlüsselakten für den Ausschuss, zumindest von dem her, was wir überprüfen wollten, waren wir der Meinung, dass diese Akten für den Ausschuss sehr wichtig sein könnten.

So. Jetzt bekommen Sie das am 2. Mai, und am 4. Mai kommt Herr Mag. Brandl zu Ihnen. – Können Sie genauer beschreiben, was die Funktion von Herrn Brandl im Ministerium ist?

**Mag. Gerhard Wallner:** Unser Ministerbüro ist so gegliedert, dass jeder der Fachreferenten für eine Sektion zuständig ist. Meine Abteilung gehört zur Sektion I, und Herr Mag. Brandl ist für die Sektion I zuständig.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Also: für die Präsidialsektion? (*Mag. Wallner: Ja!*) – Hat Herr Mag. Brandl rein gesetzlich das Recht, von Ihnen Akten zu verlangen?

**Mag. Gerhard Wallner:** Ja, warum nicht? Ich muss ja, wenn ich Entwürfe für parlamentarische Anfragebeantwortungen für den Herrn Vizekanzler mache, diese ihm auch vorher zeigen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Die Frage ist: Tut er das im eigenen Namen oder tut er das im Namen seines Ministers?

**Mag. Gerhard Wallner:** Wir schreiben prinzipiell einem zuständigen Fachsekretär unsere Akten, die wir machen, vor.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber der Punkt ist: Wir haben uns ja schon öfter Kabinette angeschaut. Die Mitarbeiter von Kabinetten eines Bundesministers haben ja keine eigene rechtliche Stellung in der Hierarchie, sondern sie handeln im Namen ihres Ministers. Sonst hätten sie auch gar keine Möglichkeit, denen Akten zu übergeben und, und, und. War Ihnen das klar, dass Herr Mag. Brandl im Namen seines Ministers hier diese Akten anfordert?

**Mag. Gerhard Wallner:** In wessen Namen er sie anfordert, müssen Sie ihn bitte selber fragen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das werden wir schon. Es geht nur darum, was *Ihnen* klar war.

**Mag. Gerhard Wallner:** Für mich ist ein Ministerbüro ein Ministerbüro, und da fragt man nicht jedes Mal hintennach ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay. Hätte Herr Mag. Brandl diese Akten Ihnen nicht abgenommen: Wann hätten Sie diese Akten dem Untersuchungsausschuss, dem Parlament übersandt?

**Mag. Gerhard Wallner:** Wie gesagt, normalerweise – das haben Sie auch selbst festgestellt – schicke ich es sofort ab. Wir haben aber am 3. Mai Plenum, Nationalrat

gehabt, und da habe ich andere Dinge zu tun gehabt. Am 4. Mai hätte ich sie dann wahrscheinlich dem Ausschuss übermittelt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und heute haben wir den ... (*Abg. Dr. Fekter: Am Freitag war der 18.!*)

**Mag. Gerhard Wallner:** Am 18. um 16 Uhr habe ich die Übernahmebestätigung von der Parlamentsdirektion.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das ist eine Verzögerung um genau 14 Tage.

Jetzt hätte es eine zweite Möglichkeit gegeben, nämlich dass eine Kopie hergestellt wird für Herrn Mag. Brandl und trotzdem dem Parlament rechtzeitig diese Akten, also ehestens, wie es ja die gesetzlichen Bestimmungen vorsehen, übermittelt werden. Ist das in Erwägung gezogen worden?

**Mag. Gerhard Wallner:** Ursprünglich habe ich gedacht, dass das in ein, zwei Tagen wieder bei mir ist. Und am 8. Mai war dann Mag. Brandl bei mir – das war Dienstag, der 8. Mai – und hat gesagt: Wir schicken derzeit noch nicht, wir wollen die Gespräche – da waren Gespräche wegen des Verfahrensanwalts –, das Gespräch mit dem Verfahrensanwalt abwarten.

Am 14. Mai, das war dann der Montag, hat mir dann Mag. Brandl die Akten retour gegeben, hat aber gesagt: Trotzdem noch nicht, ich soll warten. Da war dieses Gespräch bezüglich Einrichtung einer Schlichtungsstelle, sprich Verfahrensanwalt und Präsident Peschorn, und da ist noch einiges unklar. Und wenn das geklärt ist, dann liefern wir. – Und tatsächlich war er dann am 18. Mai bei mir und hat gesagt, ich soll liefern.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Haben Sie Herrn Mag. Brandl gefragt, wozu er diese Akten überhaupt braucht?

**Mag. Gerhard Wallner:** Noch einmal: Am 4. Mai – da habe ich keine Erklärung. Nachher habe ich natürlich gefragt, und er hat gesagt, er möchte die einmal anschauen, weil da sind diese Vorwürfe, es sei beim Steininger, glaube ich, falsch geschwärzt worden und so weiter. Da wollte er das einmal sehen, weil die Akten sind nicht über Mag. Brandl gelaufen, die Steininger-Akten und die vorigen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nur damit das an dem Punkt klar ist: 14 Tage lang liegen Akten im Kabinett, die Mag. Brandl Ihnen abgenommen und damit eine schnelle Übermittlung an den Untersuchungsausschuss **verhindert** hat und wofür später dann eine Rechtfertigung gegeben wird. Eine so genannte Schlichtungsstelle, die von Anfang an in der Form vom Parlament abgelehnt worden ist (*Abg. Dr. Fekter: Von Ihnen wurde sie abgelehnt! Von uns wurde sie begrüßt!*), von der Präsidentin und der Mehrheit des Untersuchungsausschusses, um das korrekt zu sagen, abgelehnt worden ist, weil es dafür keine gesetzliche Basis gibt. 14 Tage lang waren diese Akten verschwunden.

Alles andere haben wir im Wesentlichen Herrn Mag. Brandl zu fragen. – Haben Sie noch mit irgendwelchen anderen Personen im Zusammenhang mit diesen abgezweigten Akten zu tun gehabt oder noch irgendwelche sonstigen Wahrnehmungen gemacht?

**Mag. Gerhard Wallner:** Ich habe mit keinen anderen Personen zu diesem Thema Kontakt gehabt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay, für mich ist das klar genug.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie hatten also die Akten in der Hand, bevor Sie ins Kabinett gingen, und nachher auch wieder? (*Mag. Wallner:*

*Jawohl!*) – Haben Sie einen Blick hineingeworfen, ob diese, während sie im Kabinett waren, verändert worden sind?

**Mag. Gerhard Wallner:** Das Verändern wird nicht gehen, weil ich ja für mich, also nicht für mich persönlich, sondern als Nachweis, eine Kopie von den ganzen Akten gemacht habe.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt also, damit kann man ausschließen, dass sie im Kabinett verändert worden sind? (*Mag. Wallner: Jawohl!*) – Die Schwärzungen in den Akten nehmen ja nicht Sie vor, sondern das nimmt das Finanzamt vor Ort vor. Haben Sie sich das im Hinblick auf die Schwärzungen angesehen und ist Ihnen irgendetwas aufgefallen?

**Mag. Gerhard Wallner:** Nein, ich habe wirklich nicht die Zeit, dass ich mir diese Akten, die mich eigentlich persönlich gar nicht interessieren, inhaltlich anschau, weil materiell verstehe ich sie eh nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist es üblich, dass Akten im normalen Aktenweg den Weg über ein Kabinett machen? Kommt das öfters vor?

**Mag. Gerhard Wallner:** Na selbstverständlich. Ich schreibe, wie ich schon erwähnt habe, sämtliche Akten, die ich mache und wo für den Herrn Vizekanzler irgendwelche Antwortschreiben sind, natürlich dem zuständigen Ministersekretär vor.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist Ihnen auch bekannt die Rechtsposition der Finanzprokurator, wie das mit den Schwärzungen vor sich zu gehen hat?

**Mag. Gerhard Wallner:** Dieses Gutachten von der Finanzprokurator ist mir bekannt. Ich habe es nämlich angefordert.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Haben Sie bezüglich der Schreiben, die hier zusätzlich dabei sind, nämlich dass es einerseits keinen Steuerakt Bergner gibt, dass es andererseits keinen Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang gibt, das fachlich diskutiert, mit dem Herrn Generalsekretär beispielsweise?

**Mag. Gerhard Wallner:** Nein. Wie gesagt, materiell kann ich zu diesen Akten überhaupt nichts sagen, also inhaltlich. Und ich brauche es auch nicht zu diskutieren. Ich nehme dieses Paket im Normalfall, schreibe ein Anschreiben dazu, mache darauf aufmerksam, dass die der Geheimhaltung unterliegen, und das ist es.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist mit Ihnen im Hinblick auf die Verteilung der Akten diskutiert worden, dass die Begründung, warum wir Akten anfordern, also der begründete Verdacht, warum wir genau diese Beweisstücke brauchen, dass der eigentlich in den meisten Anforderungen fehlt, ist das hausintern mit Ihnen diskutiert worden?

**Mag. Gerhard Wallner:** Ich persönlich habe jedes Mal, wenn eine Beweisanforderung des Ausschusses da war, die nur gelautet hat, legen Sie alle Akten des Herrn Ott vor und so weiter oder von anderen Personen, mich mit dem Herrn Präsidenten der Finanzprokurator in Verbindung gesetzt, ob das genügt oder nicht, weil ja, wie gesagt, die Steuerleute prüfen müssen, ob es vom Untersuchungsgegenstand umfasst ist, und wenn der Herr Präsident gemeint hat, dass dies nicht der Fall ist, dass es ausreicht, habe ich dann entweder an den Herrn Vorsitzenden des Ausschusses oder an die Parlamentsdirektion ein Schreiben gerichtet mit der Aufforderung oder mit dem Ersuchen, den Beweisantrag genauer zu begründen, wo der Zusammenhang ist.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, dass wir jetzt eine Fülle von Akten nicht bekommen, hängt kausal damit zusammen, dass wir eigentlich die Verdachtsmomente, warum wir genau diese Beweisstücke brauchen, beziehungsweise den ursächlichen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand einfach in unsere Anträge nicht hineingeschrieben haben?

**Mag. Gerhard Wallner:** Fachlich kann ich das wieder nicht beurteilen, weil vor Ort kann das ja nur das Finanzamt, und wenn das Finanzamt zum Schluss kommt, dass das nicht genügt oder dass kein Bezug da ist zum Untersuchungsgegenstand, dann werden die Akten auch nicht geliefert.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Um ein paar kleine Ergänzungen, Herr Mag. Wallner, würde ich Sie noch bitten. Sie haben gesagt, am 8.5. hat Herr Brandl zu Ihnen gesagt, die Gespräche mit dem Verfahrensanwalt muss man abwarten. Können Sie sich da an die Uhrzeit erinnern?

**Mag. Gerhard Wallner:** Nein, so genau nicht. Ich glaube, aber das kann ich nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, dass das am Vormittag war.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** War das ein längeres Gespräch mit dem Herrn Brandl?

**Mag. Gerhard Wallner:** Nein. Das war einfach nur, dass er mir mitgeteilt hat, das wird noch nicht geliefert. Ich glaube, ich habe ihn sogar irgendwo einmal getroffen und habe gesagt: Was ist jetzt mit den Akten?, und da war das.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Es hat ja an demselben Tag dieses Gespräch stattgefunden, auf das er sich bezieht, das war am selben Dienstag. Hat der Herr Brandl irgendwie gesagt, dass der Minister da entsprechend informiert ist oder sich das so vorstellt?

**Mag. Gerhard Wallner:** Zu mir hat er nichts gesagt, nein.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** War das Ihr Eindruck, dass der Minister informiert sein muss, wenn so ein Gespräch stattfindet? Ehrlich gesagt, dass ein Kabinettsmitarbeiter so weit reichende Befugnisse hat, ist ja einigermaßen unwahrscheinlich.

**Mag. Gerhard Wallner:** Ja, ich nehme an. Aber wie gesagt, ich nehme an, dass das nicht seine Erfindung ist.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Nur noch eine weitere Sache; vielleicht haben Sie das sogar mit. Herr **Frühwirth** hat Folgendes zu Protokoll gegeben auf meine Frage, da geht es um die Firma Special Public Affairs:

„Da kann ich mich auch erinnern. Da gibt es eine eindeutige und ganz klare Mitteilung des Finanzamtes 1/23 – das ist die Firma, die Sie genannt haben, wo Frau Keglevich beteiligt ist –, dass hier in dem Akt aber nicht der geringste Anhaltspunkt und Bezug zum Beweisthema herstellbar ist. Diese schriftliche Mitteilung der Amtsleitung habe ich auch Herrn Mag. Wallner zur weiteren Veranlassung weitergeleitet.“

Können Sie sich an das Schreiben erinnern, beziehungsweise haben Sie das vielleicht sogar mit, um das vorlegen zu können?

**Mag. Gerhard Wallner:** Nein, in dem Konvolut müsste das drinnen sein.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Können Sie das kurz inhaltlich beschreiben?

**Mag. Gerhard Wallner:** Nein, ich habe es nicht gelesen. Ich habe nur gelesen, dass da kein Bezug zum Untersuchungsgegenstand ist, angeblich. Aber wie gesagt, diese

Schreiben und diese E-Mails von den Finanzvorständen sind in dem Konvolut, das ich am Freitag zweifach geliefert habe, drinnen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Dann nur noch ein Letztes: Es ist darum gegangen, dass Herr Dr. Quantschnigg gesagt hat, es war so kompliziert, die Frau Keglevich zu identifizieren, weil ein Doppelname vorhanden wäre. Also wenn man in das Firmenbuch schaut, ist mit Mag. Karin Keglevich das eindeutig definiert. Und im Google ist das auch das Allererste, was man zu sehen bekommt. Aber Dr. Peter **Quantschnigg** sagt da Folgendes aus:

„Bei Keglevich, Herr Abgeordneter Kräuter, gab es sogar ... ein Schreiben des Herrn Wallner mit der Bitte um Verbesserung der Personendaten, weil nichts zu finden war.“

Jetzt kann ich mir das so wahnsinnig schwer vorstellen, weil die Frau Keglevich ja wirklich umfangreich medienpräsent ist. Ich darf Sie erinnern: im „WirtschaftsBlatt“, wo sie von eigenen Gutachten von Eurofighter gesprochen hat, gemeinsamer Auftritt mit dem Herrn Rauen von EADS, ob im „profil“, ob im „FORMAT“. Also sie ist durchaus zumindest allen, die sich mit der Sache annähernd beschäftigen, bekannt.

Wie muss ich mir das jetzt vorstellen, dass man die Frau Keglevich nicht hat finden können?

**Mag. Gerhard Wallner:** Ich persönlich kann dazu nichts sagen, weil ich keinen Zugriff auf Finanzcomputer habe. Wie die das gereiht haben oder wie das abgespeichert ist, das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja, aber es existiert ja angeblich, so hat das der Herr Dr. Quantschnigg ausgesagt, ein Schreiben des Herrn Wallner mit der Bitte um Verbesserung der Personendaten.

**Mag. Gerhard Wallner:** Ja, das hat er zu mir gesagt. Mir wurde gesagt, den finden wir nicht, und ich soll dieses Schreiben machen. Das Schreiben habe ich geschrieben, ja, das stimmt. (*Abg. Dr. Kräuter: An wen?*) – An den Vorsitzenden oder an die Parlamentsdirektion, eines von beiden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das hat Ihnen Herr Dr. Quantschnigg aufgetragen?

**Mag. Gerhard Wallner:** Konkret: Herr Frühwirth ist zu mir gekommen und hat gesagt, Dr. Quantschnigg hat gesagt, ich soll ein Schreiben an den Ausschuss machen um Verbesserung der Personendaten. Das war, glaube ich, nämlich nicht nur Frau Keglevich betreffend, da war noch irgendetwas.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Und die Begründung war, dass man das nicht finden kann.

**Mag. Gerhard Wallner:** Beziehungsweise man kann es finden, aber man findet nicht nur einen, sondern mehrere, und da hat ja aufgrund der genauen Definition ... Dass da ja nichts schiefeht, weil wir ja kein Geburtsdatum oder irgendetwas dabei haben, dass wir nicht den falschen Akt liefern, soll ich das eben nachfordern.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Aber im Antrag vom Untersuchungsausschuss ist ja eindeutig definiert: die Frau Mag. Karin Keglevich und die Firma Special Public Affairs PR-Beratung und Lobbying GesmbH. Also ich kann ehrlich gesagt dem Herrn Dr. Quantschnigg nicht folgen, weil ich davon ausgehe, dass es keine zweite Mag. Karin Keglevich gibt, die mit einer Firma Special Public Affairs PR-Beratung und Lobbying GesmbH zu tun hat.

**Mag. Gerhard Wallner:** Wie gesagt, ich kann Ihnen nur das weitererzählen, wie es mir gesagt wurde, und ich habe dieses Schreiben verfasst. Entweder hat es der Herr

Vorsitzende oder die Parlamentsdirektion bekommen; ich weiß nicht, wie es gelaufen ist, ich müsste es herausfinden.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Zum Abschluss in dem Zusammenhang nur eine Feststellung, damit man an einem Detail sieht, wie wichtig es wäre, dass rechtzeitig Akten vorgelegt werden und dass Akten unzensuriert vorgelegt werden:

Auf einem Kontoblatt von Steininger sind jetzt zum ersten Mal EADS-Zahlungen, zwei EADS-Zahlungen von zusammen mehr als 1 Million € ungeschwärzt erkennbar. Die waren auf anderen Kontoblättern, die uns bislang übermittelt worden sind, geschwärzt. (Abg. Dr. **Fekter:** Aber die 6,4 Millionen waren uns immer bekannt, und da sind die drinnen!) Das werden Sie uns jetzt nicht im Detail erklären können, weil das gar nicht Ihr Aufgabenbereich ist. Ich stelle nur fest, dass schlicht und einfach in der Sache völlig unzulässige Schwärzungen auch jetzt wieder auftauchen (Abg. Dr. **Fekter:** Das stimmt ja gar nicht, weil es auf einem anderen Blattl sehr wohl erkennbar war!), die von niemandem vertretbar sind. Das sind ungesetzliche Schwärzungen, die mit Sicherheit nicht Sie zu verantworten haben.

Gibt es noch irgendwelche weiteren Fragen? Das ist nicht der Fall. Ihre Befragung damit beendet. (Abg. Dr. **Fekter:** Nein, ich habe jetzt noch ein paar Fragen auf Grund Ihrer Provokation, Herr Vorsitzender!)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Diese ungeschwärzten Akten von Steininger, die wir jetzt bekommen haben, sind ja nichts anderes als die Aufsummierung auf einem Kontoblatt von den genau 6,5 Millionen €, die ohnehin medial bekannt waren und die jeder bereits gewusst hat. Es war ja so, dass die Summe als solche bekannt war, das eigentliche Honorar auf dem Kontoblatt „Erfolgsrechnung brutto“, ungeschwärzt, auch mit den 6,4 Millionen bekannt war.

Hat das Ressort, wenn man ohnehin auf einer Seite den Beleg nachvollziehen konnte, unter Umständen andere Summierungen deshalb geschwärzt? Weil in Wirklichkeit haben wir jetzt nur den Gegencheck dessen, was wir ohnehin schon gewusst haben. Das ist nichts Neues.

**Mag. Gerhard Wallner:** Materiell kann ich zu den Akten nichts sagen. (Abg. Mag. **Kogler:** Das ist ein U-Ausschuss und keine Sudoku-Vereinigung!)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ja, aber die „Sudoku-Vereinigung“ provoziert der Herr Vorsitzende, indem er immer wieder unterstellt, als wäre da etwas Neues! Da ist überhaupt nichts Neues: Auf der einen Seite war uns ja aus der „Erfolgsrechnung brutto“ für 2002 dieses Honorar von 6,4 Millionen bekannt, und dann haben wir auf der anderen Seite ein Umsatzsteuerblatt, in dem jetzt auch die 6,4 aufgeführt sind, aber nichts Neues!

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Frau Kollegin Fekter, jetzt sind wir doch einen bedeutenden Schritt weiter und wissen, dass der Herr Steininger nicht Sponsor war von EADS, sondern dass er ehrenamtlich tätig war. Das ist doch immerhin ein Fortschritt. Allerdings ist das vollkommen unzulässig. (Abg. Dr. **Fekter:** Wieso „ehrenamtlich“?) Und da möchte ich mir jetzt wirklich auch einmal erlauben, Sie als Justizsprecherin und künftige Volksanwältin anzusprechen, Frau Fekter, und Sie bitten (Abg. Dr. **Fekter:** Reden Sie nicht so kryptisch, sondern sagen Sie, um was es geht!), dass Sie nicht diese illegale Zensurierung durch das Finanzministerium (Abg. Dr. **Fekter:** Nein, war es ja nicht!) weiterhin in dieser unzumutbaren Art und Weise verteidigen. Das würde ich Sie bitten.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich finde, dass an und für sich der Ausschuss die Möglichkeit haben sollte, sich einmal genau ein Bild zu machen, warum hier bestimmte Kontenblätter offensichtlich widerrechtlich geschwärzt worden sind. Das ist bis jetzt

nicht geklärt. Im alten Steuerakt Steininger ist zum Beispiel in der Erfolgsrechnung das Honorar der Firma Wolf gestrichen. Im neuen ist es plötzlich wieder drin. Im alten fehlen Zahlungen, sind geschwärzt. (*Abg. Dr. Fekter: Das stimmt ja nicht! Wir haben ja das eigene Kontoblatt vom Wolf bekommen! Sonst wüssten wir es ja nicht! Erzählen Sie da keine G'schichteln, Herr Vorsitzender!*) Eine Überweisung vom 8.11. in der Höhe von 567 000 € von EADS und eine am 19.12. in der Höhe von 651 000 € von EADS, beide sind geschwärzt und jetzt zum ersten Mal sichtbar.

Der Punkt, um den es geht, ist nicht, ob wir schon vorher gewusst haben, wie hoch bestimmte Summen sind, weil wir haben ja die Aufhebung dieser Schwärzungen nur dadurch erzwingen können, weil wir aus anderen Quellen gewusst haben, was sich hinter diesen Schwärzungen verbergen muss. Das ist der entscheidende Punkt.

Wir konnten ja von vornherein beweisen, dass hier illegal geschwärzt worden ist und illegal zensuriert worden ist, und das Finanzministerium hat mit der Übersendung der ungeschwärzten Kontoblätter aus dem Jahr 2002 am Freitag eingestehen müssen, dass hier gesetzwidrig im Namen von Finanzminister Mag. Wilhelm Molterer geschwärzt worden ist. Das waren ungesetzliche Schwärzungen, und mit der Übersendung dieser kompletten Kontoblätter haben wir jetzt schwarz auf weiß das Eingeständnis des Finanzministeriums, dass ungesetzlich geschwärzt worden ist, und zwar in mehreren Teilen des Aktes, zumindest auf zwei Kontoblättern Steininger.

Wir haben das ja nur bekommen, weil wir auf Grund unserer Recherchen beweisen konnten, dass da ungesetzliche Schwärzungen stattgefunden haben, und zwar **plumpe** Schwärzungen, plumpe ungesetzliche Schwärzungen. Hier steht „EADS“ auf einem Steininger-Konto, und so etwas wird geschwärzt im Finanzministerium! (*Der Obmann hält ein Schriftstück in die Höhe.*)

Nachdem wir jetzt nachweisen können, dass es sich hier um ebenso plumpe wie ungesetzliche Schwärzungen handelt, stellt sich die Frage natürlich wesentlich dringender: Was wird sonst noch alles verheimlicht? Was verbirgt sich hier unter Bergen geschwärzter oder vollkommen vorenthaltener Blätter? Was wird hier zensuriert? Was wird hier weiter dem Ausschuss vorenthalten?

Das ist eine völlig indiskutable Vorgangsweise, dass wir Zeile für Zeile beweisen müssen, was sich unter den Schwärzungen befinden muss. Mir kommt das vor wie beim Quartett-Spielen in der Schule. Wenn du weißt, was der gegenüber in den Karten hält, und du das richtig sagst, dann gibt er dir zwar widerwillig, aber doch die Karte, bis du ein Quartett hast. Ich will mit dem Vizekanzler nicht Quartett spielen, sondern ich möchte einen gesetzeskonformen Untersuchungsausschuss spielen! Wenn er glaubt, er kann mit dem Parlament Quartett spielen, dann hat er sich wirklich schwer geirrt!

Wir werden das heute in einer Geschäftsordnungssitzung klären, welche Folgen das hat, wenn es zu vorsätzlichen, plumpen und ungesetzlichen Schwärzungen von Seiten des Finanzministeriums im Verantwortungsbereich des Finanzministers gekommen ist. (*Abg. Dr. Fekter: Vielleicht sind sie gesetzlich geschwärzt! Wenn es um Panzerfäuste oder Munition geht, hat das nichts mit dem Untersuchungsausschuss zu tun!*)

Dadurch, dass er diese Schwärzungen zurücknehmen musste, hat der Finanzminister selbst eingestanden, dass sie zu Unrecht erfolgt sind. Wir werden das in einer Geschäftsordnungssitzung klären. (*Abg. Dr. Fekter: ... Das kann für Panzerfäuste oder Munition sein! Das muss ja nichts mit dem Beschaffungsvorgang zu tun haben!*)

Die EADS-Panzerfäuste sind ein Produkt, von dem wir bislang noch verschont geblieben sind. Vielleicht ist im ÖVP-Klub eine EADS-Panzerfaust vorrätig. Sollte das der Fall sein, ersuche ich die Parlamentsdirektion, diese Gefahrenquelle zu beseitigen.



Gibt es sonst noch irgendwelche panzerfaustmäßige oder sonstige Nachfragen? – Das ist nicht der Fall.

Ich danke Herrn Mag. Wallner herzlich für sein Kommen und für seine Auskunftsbereitschaft! Die Befragung ist geschlossen.

*(Die **Auskunftsperson Mag. Gerhard Wallner** verlässt den Sitzungssaal.)*

11.39

11.40

**Obmann Dr. Peter Pilz** ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Helmut Brandl** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Mag. Helmut Brandl** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Dr. Peter Pilz** begrüßt Herrn **Mag. Helmut Brandl** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Mag. Helmut Brandl (Bundesministerium für Finanzen):** Mein Name: Helmut Brandl; geboren am 9. November 1961; Adresse: Hausleiten; Beamter.

**Obmann Dr. Peter Pilz** weist Herrn Mag. Brandl als öffentlich Bediensteten darauf hin, dass er sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen dürfe und dass seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei.

Der Obmann erinnert Herrn Mag. Brandl an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung. Sollte einer dieser Gründe seiner Meinung nach für ihn schlagend werden, möge Mag. Brandl sich an den Verfahrensanwalt oder an den Obmann wenden, dann werde man die weitere Vorgangsweise besprechen.

Der Obmann weist Herrn Mag. Brandl auf sein Recht hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen möchte, was dieser verneint – und erteilt daher als erstem Gestellter Abg. Haimbacher das Wort.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbacher (FPÖ):** Herr Magister, Folgendes: Warum wurden die Akten – und zwar geht es da konkret um die Akten betreffend Ott, die Akten Creativ Promotion Werbe- und Sportveranstaltungs-GmbH, Euro Business Development GmbH, Steuerakten Mag. Erich Wolf, Steuerakt Anna Maria Frühstück-Wolf, Accutronic Handel, Special Public Affairs PR, Steuerakt Mag. Karin Liselotte Anna Maria Keglevich und so weiter – nicht direkt dem Parlament übermittelt, sondern aus dem **Kabinett** angefordert? – Bitte schildern Sie uns diesbezüglich Ihre Wahrnehmungen.

**Mag. Helmut Brandl:** Ausgangspunkt dafür, diese Akten am 4. Mai bei Herrn Mag. Wallner anzufordern, war für mich der Vorwurf des Herrn Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, dass die Akten schlampig geschwärzt wären, und weil ich mir einen Eindruck machen wollte, ob das bei diesen Akten auch der Fall ist. – Und ich habe sie am 4. Mai, freitags, am späten Nachmittag erhalten.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbacher (FPÖ):** Warum wurden diese Akten dann nicht unmittelbar an den Untersuchungsausschuss weitergeleitet?

**Mag. Helmut Brandl:** Das weitere Procedere war so: Am Montag am Vormittag haben Herr Generalsekretär Quantschnigg und Präsident Peschorn dem Herrn Vizekanzler einen Vorschlag unterbreitet, aus der bekannten Situation der unterschiedlichen Rechtsstandpunkte zwischen dem BMF und dem Parlament, ein Gespräch mit dem Herrn Verfahrensanwalt über die weitere mögliche Vorgangsweise zu führen, um eine Brücke zwischen den zwei unterschiedlichen Rechtsstandpunkten zu schlagen. Und

darum bin ich davon ausgegangen, dieses Vermittlungsgespräch zwischen dem Finanzministerium, also vonseiten des Herrn Generalsekretärs, abzuwarten.

Es gab dann ein Gespräch zwischen dem Herrn Verfahrensanwalt, dem Herrn Generalsekretär und dem Herrn Präsidenten. Das war, glaube ich, am Dienstag. Ich habe daraufhin Herrn Ministerialrat Mag. Wallner informiert und ihn ersucht, mit der Weiterleitung dieser Unterlagen abzuwarten, wie dieses Gespräch über den politischen Vorschlag der Einrichtung einer Vermittlungs-, einer Schlichtungsstelle ausgeht.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Wenn Sie sagen, das war am Dienstag: War das am Dienstag, dem 8. Mai?

**Mag. Helmut Brandl:** Das war am Dienstag, dem 8. Mai, ja.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Das Schreiben von Herrn Mag. Gerhard Wallner dürfte Ihnen bekannt sein: 18. Mai 2007. – Das hat jetzt **wieder** Wochen gedauert, oder zumindest einige Zeit, bis uns die Akten übermittelt worden sind. Die Anforderungen sind ja schon im **April** dieses Jahres gestellt worden: Es hat einen Monat gedauert, bis uns die Akten übermittelt worden sind!

**Mag. Helmut Brandl:** Zum Zeitpunkt, wie lange das gedauert hat von der Erarbeitung der Unterlagen der Finanzämter bis zu Mag. Wallner, kann ich inhaltlich nicht Stellung nehmen. Ich weiß nur, dass die Akten am 4. Mai bei Mag. Wallner eingelangt sind – und das war der Tag, wo ich ihn am Vormittag angerufen habe und ihn ersucht habe, mir die Akten aus den besagten Gründen zu geben. Wobei der Zeitablauf dann, sage ich einmal, so weitergegangen ist, dass am Mittwoch, dem 9. Mai meines Wissens politische Gespräche zwischen dem Herrn Vizekanzler und der Frau Präsidentin des Nationalrates stattgefunden haben und der Herr Vizekanzler das Gesprächsprotokoll oder den Vorschlag – dieser Vorschlag, glaube ich, ist dem Ausschuss bekannt – schriftlich an die Frau Präsidentin übermittelt hat. Und für mich hat sich das durchaus erfolversprechend dargestellt, weil der Herr Vorsitzende ja am 9. Mai – von der APA transportiert – festgestellt hat, dass er diesem Vorschlag grundsätzlich positiv gegenübersteht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Damit wir nichts Falsches bei Protokoll haben:

Ich habe begrüßt, dass sich das Finanzministerium grundsätzlich der Rechtsansicht des Parlaments anschließt (*Abg. Dr. Fekter: Was falsch ist!*), dass Mitglieder des Ausschusses sehr wohl das Recht haben, Einsicht in die unzensurierten Akten zu nehmen.

Die Einrichtung einer Schiedsstelle, die über ein Recht des Parlaments von außen her befinden soll, habe nicht nur ich, sondern auch die Präsidentin von Anfang an immer abgelehnt. Das war nicht verhandelbar.

Das nur der protokollarischen Ordnung halber. – Bitte fortzusetzen.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Sie haben zuerst erwähnt, die ursprüngliche Intention wäre gewesen: der Vorwurf des Ausschussvorsitzenden, dass schlecht geschwärzt worden wäre. Das war die **ursprüngliche** Intention.

Wenn Sie aber jetzt im Nachhinein begründen, es hat dann Gespräche gegeben: Das hat bitte alles **nachher** stattgefunden!

Sie wollten also offensichtlich die Schwärzungen kontrollieren. – Welchen genauen Hintergrund hat das gehabt? Haben Sie da eine Weisung gehabt? Hat jemand anderer auch die Akten angefordert, oder hat jemand anderer auch die Akten gesehen oder kontrolliert – oder nur Sie? Welche Intention haben Sie diesbezüglich gehabt? **Welche** Schwärzungen wollten Sie kontrollieren: Wollten Sie alle kontrollieren, ob nur wirklich

schlecht geschwärzt worden ist und man etwas sieht, oder haben Sie auch kontrolliert, ob diese Schwärzungen – unter Anführungszeichen – „gerechtfertigt“ waren?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich wollte überprüfen, ob diese Schwärzungen schlampig durchgeführt wurden. Ich wollte also nicht – oder kann auch gar nicht, von meiner, sage ich, mangelnden Fachkompetenz im Steuerrecht und auch in Unkenntnis des gesamten Steueraktes – überprüfen, ob die Schwärzungen zu Recht oder nicht zu Recht erfolgt sind. Ich wiederhole noch einmal: Ich wollte überprüfen, ob die Schwärzungen nicht schlampig sind.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Das war die einzige Intention? (*Mag. Brandl: Ja!*) – Ob man noch irgendetwas erkennen kann sozusagen? (*Mag. Brandl: Ja!*) – Und haben Sie etwas erkannt?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe nichts erkannt.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Uns liegt das Schreiben von Herrn Mag. Wallner vor, dass nach der Aktenlage bei bestimmten Akten kein Bezug zum Untersuchungsgegenstand erkennbar ist – also: Steuerakt Mag. Erich Wolf, Steuerakt Anna Maria Frühstück-Wolf, Accutronic Handel mit Akkumulatoren und Stromversorgungseinrichtungen und Service GmbH, Special Public Affairs PR, Steuerakt Mag. Karin Liselotte Keglevich; bei Dr. Bergner gibt es keinen Steuerakt.

Haben Sie diesbezüglich mit Herrn Mag. Gerhard Wallner oder auf anderer Ebene Gespräche geführt hinsichtlich dieser Akten? Haben Sie diese Akten jemals gesehen oder angefordert?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, habe ich nicht gesehen. Denn der Prozess ist – ich glaube, das ist dem Ausschuss auch bekannt –: Es wird der Beweisbeschluss des Ausschusses über den Generalsekretär an die zuständigen Finanzämter übermittelt, und von den zuständigen Finanzämtern – Prüfer, Fachvorstand, Finanzamtsvorstand – werden die Akten aufbereitet und dem Ministerium vorgelegt. Also ich weiß nichts über die hier genannten Unternehmungen respektive Privatpersonen, über den Inhalt von Akten. Ich weiß nur die Begründung vonseiten der Finanzamtsvorstände respektive, glaube ich, manchmal auch der Fachvorstände, dass hier kein Bezug zum Untersuchungsgegenstand herstellbar ist.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ich komme noch einmal zurück zu dieser Intention, die Schwärzungen zu kontrollieren: Wurden Sie von jemandem beauftragt, die Akten anzufordern, um diese Schwärzungen zu kontrollieren?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, ich wurde von niemandem beauftragt.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Also es war Ihre eigene Intention? (*Mag. Brandl: Ja!*) – Okay. Danke.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich habe noch ein paar zusätzliche Fragen.

Gehen wir das noch einmal durch: Sie sagen, Sie haben gehört, es gibt den Verdacht, dass es schlampige Schwärzungen gibt. Warum haben Sie sich da zu Ihrer persönlichen Überprüfung gerade diese Akten geholt?

**Mag. Helmut Brandl:** Weil Sie, Herr Vorsitzender, am Tag davor, also am 3. Mai, diesen Vorwurf der schlampigen Schwärzung ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Nicht nur an diesem Tag, an etlichen Tagen! **Auch** an diesem Tag, ja.

**Mag. Helmut Brandl:** Auch an diesem Tag.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ja, das ist vollkommen richtig.

So: Wie überprüft man schlampige Schwärzungen? Wie machen Sie das rein technisch? Wie tun Sie da? – Ich möchte einmal wissen, wie man das macht.

**Mag. Helmut Brandl:** Na ja, ich schaue, ob – wie Sie in der APA gesagt haben – man unterhalb, sage ich einmal, des schwarzen Striches noch etwas erkennen kann.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Haben Sie nichts gefunden?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe nichts gefunden, nein.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sagen Sie, sind Sie einmal auf die Idee gekommen, dass Sie – es gibt ja jetzt inzwischen Akte, die zweimal, und zwar in unterschiedlicher Form, dem Ausschuss übermittelt worden sind, und das geht aus diesem Konvolut ja recht klar hervor – überprüfen, ob es da Unterschiede gibt?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, bin ich nicht gekommen. Wobei ich noch einmal festhalten möchte: Ich habe nur die Akten, die dem Ausschuss am 18. übermittelt wurden, persönlich gesehen. Alle Akten, die vorher dem Ausschuss übermittelt wurden, habe ich nicht gesehen und auch nicht angefordert.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Damit Sie sich vielleicht ein klares Bild machen können: So hat die erste Übermittlung des Steininger-Aktes ausgeschaut. (*Der Obmann hält den erwähnten Akt in Richtung der Auskunftsperson in die Höhe.*) Da haben Sie: Erfolgsrechnung brutto 2002; und das hört auf bei der Position 591, Honorare P&P Consulting: 188 000,40 €

Jetzt, am Freitag, bekommen wir dieselbe Erfolgsrechnung brutto 2002. Da ist diesmal die Zeile 592 auch dabei: Honorar **Creativ Promotion**: 87 600 € – Das haben dieselben Beamten wiederhergestellt.

Können Sie mir erklären, warum das in der ersten Übermittlung an das Parlament geschwärzt worden ist?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, kann ich Ihnen nicht erklären, weil ich die erste Übermittlung nicht gesehen habe.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sind Sie mit mir der Meinung, dass das in der ersten Übermittlung zu Unrecht geschwärzt worden ist?

**Mag. Helmut Brandl:** Dazu kann ich, sage ich, mangels fachlicher Expertise keine Auskunft geben. (*Abg. Dr. Fekter: Aber der Bankbeleg ist beigelegen! Der war dabei!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wie können Sie dann mangels fachlicher Expertise, wenn Sie irgendwo Buchstabenteile sehen, wissen, ob das zu Unrecht geschwärzt ist?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe vorhin gesagt, ich habe nicht überprüft, ob zu Recht oder zu Unrecht geschwärzt wurde, sondern ob **schlampig** geschwärzt wurde, ob man **unter** der Schwärzung noch etwas erkennen kann.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Okay. Also nur, ob wirklich ordentlich mit dem Filzstift alles abgedeckt worden ist oder ob man noch so viel lesen kann, dass man es ... (*Mag. Brandl: Ja!*)

Und zu diesem Zweck, damit Sie da Ihre Buchstabenrätsel lösen, sind die Akten, die eigentlich am 4. ins Parlament hätten kommen sollen, 14 Tage im Kabinett gelegen und dem Ausschuss vorenthalten worden. – Ist das richtig?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich sage noch einmal: Vom Gespräch zwischen dem Generalsekretär und dem Verfahrensanwalt ausgehend und dem, sage ich, politischen Vorschlag, hier ein Procedere zu entwickeln, um die unterschiedlichen

Rechtsauffassungen zu behandeln, die ja von Ihnen, sage ich, ... – Ich habe nur den Auszug aus der APA, wo Sie gemeint haben, Sie stehen grundsätzlich positiv gegenüber, und ergänze natürlich, dass Sie hier sagen, wer in einem Gremium sitzen soll, werde aber nicht der Finanzminister entscheiden –, bin ich davon ausgegangen, dass hier weitere politische Gespräche geführt werden, um hier diesen Brückenschlag zwischen der Rechtsauffassung des Finanzministeriums ... – Ich meine, diese Rechtsauffassung ist dem Ausschuss bekannt vonseiten der Finanzprokurator, auch des Verfassungsdienstes. Dem gegenüber stehen die Meinungen des Parlaments.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Bei dem Punkt sind wir noch nicht, aber Sie haben vollkommen recht, dass wir zu diesem Punkt noch extra kommen werden.

Mir geht es jetzt nur darum, wie Sie das rechtfertigen, dass dem Ausschuss vierzehn Tage lang Akten vorenthalten werden, auf die er dringend wartet. Woher haben Sie überhaupt gewusst, dass diese Akten am 4. bei Mag. Wallner liegen?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe ihn angerufen und ihn ersucht, wenn er die Akten bekommt, dass er sie mir zuleitet.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Also Sie haben gleich so ein Vorwarnsystem installiert, dass die Akten nicht an das Parlament weitergeleitet werden, sondern diesmal an Sie geleitet werden. – Warum erst zu diesem Zeitpunkt und nicht bereits früher?

**Mag. Helmut Brandl:** Weil ich, wie gesagt, am 3. Mai Ihre Aussagen in der APA, dass das BMF schlampig schwärzt, ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und da wollten Sie sicherstellen, dass nicht schlampig, sondern wirklich ordentlich geschwärzt wird?

**Mag. Helmut Brandl:** Dass so geschwärzt wird, ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dass man nichts mehr sieht! – Ist das richtig?

**Mag. Helmut Brandl:** Damit diese Zeilen so geschwärzt werden, auf Rechtsgrundlage oder auf Expertenwissen vonseiten der Finanzämter, ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dass man nichts mehr sieht. – Ist es so?

**Mag. Helmut Brandl:** Dass richtig geschwärzt ist, ja. *(Abg. Dr. Fekter – in Richtung des Obmannes –: Und wenn Sie noch zehn Mal dasselbe fragen, wird er noch zehn Mal dasselbe sagen!)*

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich möchte mir einfach ein Bild machen. Das heißt, die Befürchtung – damit wir das richtig haben – im Kabinett des Finanzministers war nicht, dass man möglicherweise zu Unrecht geschwärzt hat – das war ja der Kern meiner Kritik –, sondern dass man möglicherweise noch irgendetwas erkennen könnte? *(Abg. Dr. Fekter: Hat das Kabinett nicht geprüft! Hat er schon fünf Mal gesagt!)*

**Mag. Helmut Brandl:** Nein. Der Punkt ist, dass das Finanzministerium auf Grund der Rechtslage eine Verpflichtung hat, das Steuergeheimnis in dem Umfang zu wahren, inwieweit der Untersuchungsgegenstand ... – Also, nicht in dem Bereich, wo der Untersuchungsgegenstand überschritten wird.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich verstehe Sie schon. Herr Mag. Wallner hat gewusst, wenn der nächste Satz Akten kommt, ist er diesmal, und zwar zum ersten Mal, nicht direkt dem Parlament zuzuleiten, sondern ist er ins Kabinett zur weiteren Behandlung abzuzweigen. Das hat er auch getan.

Können Sie Herrn Mag. Wallner eine Weisung erteilen?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, ich kann ihm keine Weisung geben.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** In wessen Namen werden Sie da tätig? Sie können ja nicht sagen: Ich bin der Mag. Brandl, ich möchte schauen, ob da ordentlich geschwärzt wird. Dann wird er Ihnen als Beamter sagen: Das ist schön, dass Sie das interessiert, aber ich habe mich hier an die Gesetze und die Hierarchien zu halten.

In wessen Namen haben Sie diese Akten umgeleitet?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe keine Akten umgeleitet. Ich habe den Mag. Wallner ersucht, mir die Akten vorzulegen und ihm auch erklärt, warum ich sie haben wollte.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** In wessen Namen haben Sie sich diese Akten vorlegen lassen?

**Mag. Helmut Brandl:** In meinem Namen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das kann ja keine Privatinitiative sein. Wir haben das oft in diesem Ausschuss und in anderen Ausschüssen durchbesprochen: Mitglieder von Kabinetten haben keine eigene Rechtsposition in diesem Sinne, sondern werden ausschließlich im Namen und auch im Auftrag des Ministers tätig. Das ist Ihnen ja bekannt.

Bitte, das so zu sagen, dass wir im Protokoll irgendetwas haben, zum Beispiel ja!

**Mag. Helmut Brandl:** Ich hatte keinen Auftrag des Herrn Ministers. Mir ist aber bewusst, dass mein Verhalten der politischen Verantwortung des Ministers zurechenbar ist.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Also der Minister ist politisch verantwortlich, und es ist ihm auch in seiner Verantwortung zuzurechnen, dass Sie sich die Akten haben vorlegen lassen?

**Mag. Helmut Brandl:** Dieser Verantwortung bin ich mir bewusst.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Haben Sie den Minister über die Vorlage der Akten informiert?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, habe ich nicht. (*Obmann Dr. Pilz: Und warum nicht?*) – Weil ich das als meinen Aufgabenbereich gesehen habe, weil ich... – Mein Aufgabenbereich umfasst die Betreuung sämtlicher Angelegenheiten unserer Präsidialsektion, das heißt, Informationsaufbereitung, Entscheidungsvorschläge dem Minister vorzutragen, Entscheidungen von ihm begleitend umzusetzen. Und ich habe es zu dem Zeitpunkt nicht für notwendig erachtet, dass ich dazu den Minister informiere.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Den Punkt haben wir ja schon kurz besprochen. Am Tag nach dem Gespräch, an dem unser Verfahrensanwalt, Herr Dr. Strasser und auch der Chef der Finanzprokurator teilgenommen hat, muss es ja auch für Sie klar gewesen sein, dass von der Präsidentin des Nationalrates, von der Mehrheit des Untersuchungsausschusses dieser Vorschlag des Vizekanzlers nicht akzeptiert wird. Stimmt das mit Ihren Wahrnehmungen überein?

**Mag. Helmut Brandl:** Also, der Herr Vizekanzler hat der Frau Präsidentin des Nationalrates am 9. Mai einen Brief geschrieben. Ich bin davon ausgegangen, dass es noch weitere politische Gespräche zu diesem Vorschlag gibt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Politische Gespräche gibt es vielleicht heute oder morgen, das ist alles möglich. Aber diese Akten, die Sie sich hier vorlegen haben lassen, waren das Minimum dessen, was das Finanzministerium überhaupt dem Ausschuss zur Verfügung stellen wollte. Wenn etwas zur Verhandlung stand, dann nur, ob dem

Ausschuss noch zusätzliche Aktenteile – durch welches Verfahren auch immer – vorgelegt werden.

Mir ist noch immer eines nicht ganz verständlich, obwohl es da einen Punkt gibt, auf den ich noch zurückkommen werde: Warum haben Sie dem Ausschuss 14 Tage lang diese Akten vorenthalten? War Ihnen klar, dass der Ausschuss diese Akten dringend erwartet?

**Mag. Helmut Brandl:** Diese eine Seite war mir klar, aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir hier in einem rechtlichen Spannungsverhältnis stehen zwischen den Verpflichtungen und rechtlichen Vorgaben, so wie es das Finanzministerium sieht, und auf der anderen Seite der rechtlichen Meinung des Parlaments.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** War Ihnen klar, dass diese Akten, so wie sie von Mag. Wallner bereits zur Übersendung vorbereitet waren, auch nach Rechtsmeinung des Finanzministeriums so übersendet werden konnten?

**Mag. Helmut Brandl:** Ja, war mir klar.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Warum sind sie dann nicht übersendet worden? Warum ist der Ausschuss 14 Tage lange gehindert worden, in diese Akten Einsicht zu nehmen?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich möchte dazu sagen, es waren nicht 14 Tage, sondern ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Vom 4. bis zum 18. Mai gehen sich ziemlich gut 14 Tage aus.

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe sie am 4., das ist der Freitag, am späten Nachmittag erhalten. (*Abg. Dr. Fekter: Wie viele Arbeitstage waren es konkret? Da waren auch Feiertage!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wir wollen nicht um ein paar Stunden streiten, aber es geht um den Zeitraum in etwa.

Ich sagen Ihnen noch etwas dazu. Sie wussten doch, dass der Vizekanzler als Auskunftsperson in den Ausschuss geladen ist. – Ist das richtig? (*Mag. Brandl: Ja!*) – Es war auch bekannt auf Grund der übersendeten Akten der so genannten Nachtragstücke Steininger, dass dem Ausschuss Korrekturen bereits geschwärtzter Akte übermittelt werden sollten, die es zum ersten Mal beweisbar machen, dass zu Unrecht wichtige Zeilen geschwärtzt worden sind. Wollten Sie dem Finanzminister eine Befragung anhand dieser korrigierten Schwärzungen ersparen?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein. Ich bin davon ausgegangen, dass auch am 14. vielleicht hier im Ausschuss ein Einvernehmen hergestellt werden kann über diese Vorgangsweise der Aktenvorlage, über die Einrichtung einer möglichen Schlichtungsstelle, das Einvernehmen herzustellen zwischen dem Ausschuss und der Rechtsmeinung des Finanzministeriums.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Für mich ist das im Wesentlichen klar.

Gibt es von Seiten der ÖVP Fragen? – Kollegin Fekter, bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist im Kabinett die Zielsetzung der Schwärzungen im Hinblick auf das Gutachten der Finanzprokuratur, im Hinblick auf Datenschutz und Steuergeheimnis diskutiert worden?

**Mag. Helmut Brandl:** Wir haben – und das ist dem Ausschuss, glaube ich, auch bekannt oder liegt vor – bei der ersten Aktenanforderung die Finanzprokuratur um ein Gutachten ersucht. Dieses Gutachten haben wir am 2. März bekommen und dieses Gutachten ist natürlich dem Kabinett bekannt.



**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist im Hinblick auf den Datenschutz, der ja ein verfassungsrechtlich gewährleistetes Recht ist, diskutiert worden, dass es hier eine juristische Pattstellung gibt – einerseits Untersuchungsausschuss-Datenanforderung, andererseits Datenschutz im Hinblick auf die nicht vom Gegenstand umfassten Unterlagen?

**Mag. Helmut Brandl:** Ja, das ist im Kabinett bekannt. Wir haben, wie gesagt, dieses Gutachten vom 2. März gehabt. Wir haben dann ein Gutachten des Verfassungsdienstes angefordert. Dieses Gutachten wurde auch dem Parlament übermittelt, das die Rechtsmeinung des Finanzministeriums unterstützt. Dieses Gutachten, glaube ich, haben wir am 27. April erhalten, angefordert am 20. April. Uns war diese juristische Pattstellung bekannt, weil die Frau Präsidentin hat dem Finanzministerium mit Schreiben vom 26. April das Gutachten der Parlamentsdirektion übermittelt. Und am 26. April ist auch ein Gutachten vom Herrn Universitätsprofessor Mayer eingelangt, das uns der Herr Vorsitzende übermittelt hat. Also, uns waren diese zwei unterschiedlichen Rechtspositionen bekannt. Wir haben auch den Präsidenten der Finanzprokuratorat ersucht, uns eine Rechtsmeinung zum Gutachten des Parlaments mitzuteilen. Uns waren diese unterschiedlichen Rechtsmeinungen bewusst.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wie ist im Kabinett diskutiert worden, dass die Frau Präsidentin die Vertraulichkeit der Unterlagen nicht gewährleisten kann?

**Mag. Helmut Brandl:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Frau Präsidentin Prammer ist ja verantwortlich für die Vertraulichkeit der Unterlagen, daher hat es in den Stellungnahmen des Finanzministeriums immer die Bitte um Vertraulichkeit gegeben. Das Parlament ist dem nicht nachgekommen und die Vertraulichkeit bezüglich der Steuerakten ist massivst verletzt worden. – Ist das im Kabinett diskutiert worden? (*Abg. Dr. Jarolim: Die Richtigkeit der Vorhalte prüfen, Herr Vorsitzender! Das ist ja wirklich unerträglich! – Abg. Dr. Haimbuchner: Seit wann ist die Präsidentin zuständig?*)

Lesen Sie die Verfahrensordnung, Herr Haimbuchner! Das steht in der Verfahrensordnung, dass die Frau Präsidentin für die Vertraulichkeit der Akten zu sorgen hat! – Lesen Sie die Verfahrensordnung! (*Abg. Dr. Jarolim: ... ist denn die Frau Präsidentin verantwortlich?! – Weitere Zwischenrufe.*) – Nein, die Frau Präsidentin hat für die Vertraulichkeit der Akten Gewähr zu leisten!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Erstens ist es richtig, dass hier eine Aufgabe der Präsidentin vorliegt, zweitens hat meinem Eindruck nach Frau Präsidentin Prammer immer alle erforderlichen Schritte unternommen, um diese Vertraulichkeit zu wahren, und drittens hatten wir erst zwei Fälle, wo – sagen wir einmal – mögliche Gefährdungen dieser Vertraulichkeit im Ausschuss besprochen werden mussten: Bekanntlich hatte einer mit dem Klub der ÖVP zu tun, und das ist auch im Auftrag des Ausschusses offiziell mit der Präsidentin besprochen worden.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Einer hatte mit den Rumpold-Akten, die im Internet aufgetaucht sind, zu tun, und während der Karwoche, am Karfreitag, hat sich einer darauf bezogen, dass, bevor überhaupt der Ausschuss die Unterlagen gesehen hat, bereits einige davon in Faksimile in den Medien abgebildet worden sind: Das sind die zwei gravierenden Verletzungen der Vertraulichkeit gewesen.

Sind diese Verletzungen der Vertraulichkeit im Kabinett diskutiert worden: dass man sich eigentlich nicht auf die geltende Rechtslage berufen kann, weil hier die Vertraulichkeit nicht eingehalten wird?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, daran kann ich mich nicht erinnern, wir haben aber regelmäßig – auch beim letzten Schreiben – auf diese Vertraulichkeit hingewiesen und haben dann auch den Beschluss des Untersuchungsausschusses auf Klassifizierung unserer Unterlagen nach der Verschlussachenvorschrift – also VSA 1 und VSA 2; ich glaube, der Beschluss ist vom 8. Mai gewesen – umgesetzt. (*Abg. Dr. Fekter: Danke vielmals!*)

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Mag. Brandl, jetzt müssen wir einmal einen ersten Widerspruch aufklären: Herr Mag. Wallner hat hier zu Protokoll gegeben, Sie hätten ihn am 4. Mai angerufen und gesagt, Sie möchten die Akten haben, und zwar ohne Kommentar.

Jetzt haben Sie gerade gesagt, Sie hätten erklärt, warum Sie die Akten haben wollten. – Können Sie das aufklären? Mit welchen Worten haben Sie Herrn Wallner – ohne Kommentar – gesagt, was Sie wollen?

**Mag. Helmut Brandl:** Daran kann ich mich nicht erinnern, ob ich ohne Kommentar ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Mag. Wallner hat zu Protokoll gegeben, Sie hätten die Akten ohne Kommentar verlangt; Sie haben gesagt, Sie haben erklärt, warum Sie die Akten haben wollten.

**Mag. Helmut Brandl:** Ja, meine Begründung war, dass ich überprüfen wollte, ob der Vorwurf der schlampigen Schwärzung auch bei dieser Aktenvorlage besteht.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das hat uns Herr Mag. Wallner aber nicht bestätigt.

**Mag. Helmut Brandl:** Ich kann mich daran erinnern, dass das die Begründung war, die ich ihm mitgeteilt habe.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie Herrn Mag. Wallner zur Verschwiegenheit verpflichtet?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein – das kann ich gar nicht.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wer hat noch davon gewusst, dass dieser Vorgang stattfindet: dass Sie die Akten von Herrn Wallner anfordern?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich weiß nicht, ob Herr Mag. Wallner diesen Vorgang jemandem erzählt hat.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie sich nichts dabei gedacht? – Ich meine, das ist ja nicht irgendetwas, das ist das innenpolitische Thema Nummer 1 und gar nicht so unbedeutend für Ihren Chef: Haben Sie da niemanden ins Vertrauen gezogen oder sich abgesichert?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein. – Ich habe es auf Grund dieses öffentlichen Vorwurfes als meine Aufgabe angesehen, das Ganze noch einmal zu überprüfen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Was ist denn eigentlich Ihre Aufgabe im Kabinett? – Sie haben gesagt, Sie haben mangelnde Kompetenz im Steuerrecht. Kann man das als „Spezialvorgang“ bezeichnen, so wie es Dr. Quantschnigg gemacht hat?

**Mag. Helmut Brandl:** Die Akten anzufordern? (*Abg. Dr. Kräuter: Ja!*) – Ja.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Was ist ein „Spezialvorgang“? – Dr. Quantschnigg hat uns diesen Begriff nähergebracht.

**Mag. Helmut Brandl:** Ich sage, die öffentlichen Diskussion und der Vorwurf der mangelnden Schwärzung war für mich die Begründung, hier Einblick zu nehmen, ob bei diesen Akten auch schlampig geschwärzt wurde.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie so weit reichende Kompetenzen – ich würde wirklich gerne Ihre Hauptkompetenz im Kabinett wissen –, dass Sie so etwas aus Eigeninitiative machen können?

**Mag. Helmut Brandl:** Meine Aufgabe im Kabinett liegt im Speziellen in der Zusammenarbeit mit der Präsidentialabteilung 4, die Herr Mag. Wallner leitet – er ist quasi verantwortlich für den Verbindungsdienst mit dem Parlament, mit der Volksanwaltschaft, mit dem Ministerratsdienst, mit dem Rechnungshof. Das heißt, über meinen Schreibtisch laufen sämtliche Entwürfe für parlamentarische Anfragebeantwortungen, für Stellungnahmen gegenüber dem Rechnungshof, Schreiben an die Volksanwaltschaft aus dieser Abteilung, wobei ich vor Unterschrift mit Einsichtsbemerkungen an den Herrn Vizekanzler Abänderungsvorschläge et cetera mache.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wann hat man das mit dem Brückenschlag kreiert? – Sie haben von „Brückenschlag“ gesprochen: Das erinnert 1 : 1 an die Formulierungen von Herrn Molterer hier im Untersuchungsausschuss.

**Mag. Helmut Brandl:** Am Montag Vormittag war das Gespräch, im Zuge dessen Generalsekretär Quantschnigg und der Herr Präsident dem Herrn Vizekanzler diesen Vorschlag gemacht haben – bei dieser Besprechung war ich also anwesend. Ein ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Entschuldigung, wann war das?

**Mag. Helmut Brandl:** Am Montag Vormittag, am 7. ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Oder am 8.?

**Mag. Helmut Brandl:** Am 7.; am Montag, den 7. – Und da hat der Herr Vizekanzler den Herrn Generalsekretär beauftragt, ein Gespräch mit dem Herrn Verfahrensanwalt zu führen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Jetzt gehen wir folgende drei Punkte durch: Also, am 7. Mai gibt es den Vorschlag vom Vizekanzler (*Mag. Brandl: Ja!*), und Sie haben die Akten und sind – aus Eigeninitiative – davon ausgegangen, man soll es abwarten. Sie wissen aber, ...

**Mag. Helmut Brandl:** Entschuldigung! Ich habe aber am 8. Herrn Mag. Wallner von diesem Gespräch mit dem Verfahrensanwalt informiert und ihm gesagt, dass ich die Akten bis zu einem Ergebnis hier bei mir behalte.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Na, bleiben wir jetzt dabei: Also, da gibt es den Vorschlag des Vizekanzlers am 7. Mai – Sie wissen, Sie haben die Akten –, dann gibt es am 9. Mai das Gespräch Molterer/Prammer genau zu dem Thema – Sie wissen, Sie haben die Akten –, dann gibt es am 14. Mai hier die Zeugenbefragung des Finanzministers – Sie wissen, Sie haben die Akten.

Haben Sie sich nicht gedacht, dass Sie fahrlässig handeln, wenn Sie Ihren Chef nicht davon informieren, dass Sie genau dort „drausitzen“, worum es in Gesprächen im Kabinett mit dem Chef, mit dem Chef der Finanzprokurator, mit dem Herrn Verfahrensanwalt des Untersuchungsausschusses geht, wenn der Herr Vizekanzler sich mit der zweithöchsten Repräsentantin der Republik Österreich, Frau Nationalratspräsidentin Prammer, zu Gesprächen zu diesem Thema trifft und wenn Herr Vizekanzler Molterer hier im Untersuchungsausschuss Zeuge ist, während Sie die

Akten haben? Haben Sie sich nicht einen Moment lang daran gedacht, Sie müssten Ihren Chef davon informieren?

**Mag. Helmut Brandl:** Wenn Sie das als fahrlässig bewerten, nehme ich das so zur Kenntnis.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie zwischen dem 4. Mai und dem 14. Mai – das ist nämlich genau diese Zeitspanne – Gespräche, Sitzungen oder Besprechungen mit dem Herrn Finanzminister gehabt?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, zu dem Thema nicht.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wie viele Besprechungen gibt es in diesem Zeitraum? Wie muss man sich das vorstellen? – 4. Mai bis 14. Mai, zehn Tage: täglich oder jeden zweiten Tag, ein Mal, gar nicht? Wie oft hatten Sie mit dem Herrn Vizekanzler in dieser Zeitspanne Kontakt?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe meinen Terminkalender für diese Woche jetzt nicht mit. – Ich habe mit ihm Kontakt, wenn Themen besprochen werden oder ich bei Gesprächen dabei bin, die meinen Aufgabenbereich betreffen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Offensichtlich waren es mehrere Gespräche: Kann man das so sagen?

**Mag. Helmut Brandl:** Das kann ich jetzt nicht bestätigen, das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Und da waren kein einziges Mal die Themen Untersuchungsausschuss, Parlament, Akten – ich mache darauf aufmerksam, das war **das** innenpolitische Thema in diesen Tagen – bei Zusammentreffen mit Ihnen Gesprächsthema?

**Mag. Helmut Brandl:** Mit dem Herrn Vizekanzler nicht, nein.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Und Sie haben nicht ein einziges Mal gedacht: Na ja, eigentlich sollte ich zumindest den Kabinettschef oder den Herrn Minister informieren, dass ich auf den Akten „draufsitze“?! Das ist Ihnen nicht einen Moment lang eingefallen?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein. – Ich habe den Herrn Vizekanzler auf das Thema nicht angesprochen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich erspare mir die Wertung dessen, was ich da höre. – Danke.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Darf ich nur eine Frage ergänzen? – Sie haben ja gewusst, dass Mag. Molterer als Auskunftsperson in den Ausschuss kommt. (*Mag. Brandl: Ja!*) – Und auch da haben Sie ihn nicht darüber informiert, dass die Akten bei Ihnen liegen?

**Mag. Helmut Brandl:** Nein, habe ich nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Weil das war eine für ihn durchaus unangenehme Situation. (*Mag. Brandl: Ja!*) – Hat er sich inzwischen schon bedankt?

**Mag. Helmut Brandl:** Ich habe mit dem Kabinettschef am 14. am Abend ein Gespräch gehabt, ja. (*Abg. Dr. Pilz: Na schau!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gibt es noch weitere Fragen? – Dann danke ich für Ihr Kommen und für Ihre Auskunft! Die Befragung ist beendet.

(*Die Auskunftsperson Mag. Helmut Brandl verlässt den Sitzungssaal.*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wir haben Herrn Malzacher als nächste Auskunftsperson erst für 13 Uhr geladen; deshalb ergibt sich eine Pause.

Es gibt aber noch einen Antrag, der nur in einer Geschäftsordnungssitzung beschlossen werden kann. Ich bitte die Medien, den Saal blitzartig zu räumen. (Abg. Dr. **Fekter:** *Ist das der Antrag um die Rapid-Steuerakten? – Den wollen wir natürlich ungeschwärzt haben!*) – Ja.

**Obmann Dr. Peter Pilz** leitet sodann zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung über.

12.20

\*\*\*\*\*

(Fortsetzung: 12.21 Uhr bis 13.12 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** – davon: 12.23 Uhr bis 12.51 Uhr Sitzungsunterbrechung –; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung „nichtöffentlicher Teil“.**)

\*\*\*\*\*

13.13

**Obmann Dr. Peter Pilz** leitet – um 13.13 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Paul Doralt** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Dr. Peter Pilz** begrüßt Herrn **Dipl.-Ing. Malzacher** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen als Auskunftsperson, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Mein Name: Hans-Michael Malzacher; geboren am 8. Mai 1942; wohnhaft in: 1230 Wien; Beruf: Diplom-Ingenieur.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte auf eine konkrete Frage hin einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, wenden Sie sich an den Verfahrensanwalt oder an mich, und wir werden die weitere Vorgangsweise besprechen.

Sie haben nach der Verfahrensordnung auch das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. – Möchten Sie von diesem Recht Gebrauch machen? *(Die Auskunftsperson **bejaht** dies.)*

Ich darf nun auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personaldaten ersuchen.

**Vertrauensperson Dr. Paul Doralt:** Dr. Paul Doralt; geboren am 3.5.1936; wohnhaft in 1190 Wien.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Doralt als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist **nicht der Fall**.

Ich setze mit der **Belehrung der Vertrauensperson** fort: Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird mich, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Ich bitte nun um Ihre Erklärung.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich möchte nur eine sehr kurze Erklärung abgeben, und zwar möchte ich feststellen, dass ich mich in meiner Vorbereitung zur heutigen Ladung mit den Unterlagen beschäftigt habe, die mir zugingen.

Diesen Unterlagen habe ich den Untersuchungsauftrag entnommen und habe auch die Beweisthemen 1 bis 6 gelesen. Ich habe festgestellt, dass ich zum Beweisthema 6 inklusive alle anderen fünf Themen geladen wurde. Ich verstehe das als eine sehr umfassende Themenstellung insgesamt.

Ich möchte nur in aller Form darauf hinweisen, dass ich mit dem Gegenstand, soweit ich das verstanden habe, nämlich mit dem Eurofighter-Beschaffungsvorgang im engeren und im weiteren Sinne **nicht** befasst war und insbesondere im Text des Untersuchungsauftrages, der noch viel enger gefasst ist als der Antrag selbst, **keine Relevanz** zu meiner Tätigkeit in diesem Zusammenhang finden konnte. – Das sei mir gestattet, in meiner Erklärung festzustellen.

Ich möchte aber gleichzeitig auch feststellen, dass ich beratend tätig war für **British Aerospace** – sage ich immer noch –, das heißt also BAE Systems jetzt, glaube ich, und dass ich im Zuge dieser Beratungsrelation natürlich auch auf der Basis eines Beratungsvertrages tätig war, der eine **Confidentiality Clause** beinhaltet, also eine Vertraulichkeits- oder Geheimhaltungsklausel.

Ich habe kurz Kontakt genommen und mich erkundigt, wie das angesichts der bevorstehenden Befragung zu verstehen sei, und habe Ihnen mitzuteilen, dass ich nicht gebunden bin an die Geheimhaltung hinsichtlich der Existenz eines solchen Vertrages. Es ist auch gemeinhin längst bekannt – das sei ganz klar festgestellt – seit einem Jahr.

Hinsichtlich der Inhalte allerdings bin ich gehalten, diese Confidentiality – verzeihen Sie, wenn ich englisch spreche, aber ich zitiere wörtlich aus dem Vertrag –, also diese **Vertraulichkeit einzuhalten**.

Ich wollte das vorweg gesagt haben, um nicht dann bei Fragen, wenn ich nicht so antworte, wie ich das normalerweise tue, vielleicht etwas schwerfällig für den Ausschuss zu sein. Aber die Sachen betreffend das Thema, das über den Eurofighter hinausgeht, muss ich leider meinerseits unter dieser Voraussetzung behandeln. Selbstverständlich stehe ich Ihnen nach Maßgabe Ihres Wunsches oder Ihrer Fragen sonst in aller Offenheit zur Verfügung. – Das war meine einzige Feststellung zu Beginn.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Bevor die Befragung beginnt, ein paar ganz kurze Feststellungen. Das Erste ist: Unser Untersuchungsgegenstand ist nicht nur die Eurofighter-Beschaffung, sondern die gesamte Draken-Nachfolge-Beschaffung. Das heißt, es sind auch andere Firmen und andere Vorgänge in Betracht zu ziehen und zu untersuchen.

Zum Zweiten: Ein möglicher Grund für Ihre Ladung liegt auch in der Erklärung des damaligen Finanzministers, der darauf hingewiesen hat, dass er nicht nur mit Vertretern von EADS, sondern auch mit Vertretern und Repräsentanten der Firma **SAAB** gesprochen habe, und auf die Frage mehrerer Abgeordneter nach der Person

Ihren Namen genannt hat. Das ist durchaus von Relevanz für die Arbeit des Ausschusses.

Das Dritte, nur ein Hinweis: Wir haben die Frage der Vertraulichkeit, das heißt von vertraglich vereinbarten Vertraulichkeiten immer wieder erörtert und sind zu dem Schluss gekommen, dass dem Ausschuss gegenüber Vertraulichkeiten dieser Art **nicht** geltend gemacht werden können. Das hat nichts zu tun, dass möglicherweise in Bezug auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder ähnliche Gründe Hinderungen eintreten können, die eine Aussageverweigerung rechtlich rechtfertigen. Die Vereinbarung von Vertraulichkeit in einem Vertrag zwischen zwei Partnern ist nach Meinung des Ausschusses und des Parlaments **kein** Hinderungsgrund, darüber auszusagen. – Das nur zu Ihrer Information.

Das heißt, wenn Abgeordnete Sie nach dem Inhalt dieser vertraglichen Vereinbarung befragen, dann werde ich die Meinung vertreten, dass Sie sehr wohl Fragen darauf zu beantworten haben, außer einer der gesetzlich genannten und in der Verfahrensordnung im § 7 beschriebenen Weigerungsgründe ist von Ihnen anzuführen. Sollte das der Fall sein – ich habe es Ihnen einleitend gesagt –: Sie können sich jederzeit mit Ihrer Vertrauensperson beraten, während Sie sich an den Verfahrensanwalt oder an mich wenden, und wir werden besprechen, wie wir vorgehen. Das wird in diesem Ausschuss, soweit es geht, sehr unmartialisch gehandhabt.

Kollege Kogler, bitte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Malzacher, es wurde schon eingeleitet: Der Herr Finanzminister außer Dienst Mag. Grasser hat einerseits über von ihm angefertigte Schriftstücke und Memos und andererseits als Auskunftsperson hier im Ausschuss festgehalten, er habe alle – ich zitiere wörtlich – „Anbieter“ getroffen. Und unter diesen Anbietern führt er zweimalige Treffen mit Herrn Malzacher aus.

Der Reihe nach: Haben Sie den Herrn Finanzminister außer Dienst getroffen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe den Herrn Finanzminister außer Dienst Grasser mehrfach in meinem Leben getroffen – auch schon in der Zeit, bevor er Finanzminister war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt aber zu den von Minister Grasser angesprochenen Treffen: Er zählt das geradezu in einer Reihe von Anbietergesprächen auf.

Sind Sie ihm gegenüber als Anbieter von SAAB Gripen aufgetreten?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Niemals. Das war ich auch nie. Ich habe kein Vertragsverhältnis mit SAAB Gripen gehabt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie sind nie als solcher aufgetreten, und das musste dem Minister bewusst sein.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe den Herrn Finanzminister a.D. Grasser in den letzten zehn Jahren mehrfach getroffen, und ich habe ihn auch im Zusammenhang mit dem Projekt getroffen. Insofern ist die Aussage von Herrn Finanzminister a.D. Grasser sicher vollkommen zutreffend.

Ich habe nur die Sache auch juristisch verstanden. Nachdem ich nie Anbieter der Firma SAAB war, konnte ich daher auch nicht als solcher sprechen. Aber im weiteren Sinn habe ich mich im Rahmen meiner generellen Unterstützungsrolle auch mit ihm getroffen. Soweit ich mich erinnere, sind mir zwei Begegnungen in dieser Zeit in Erinnerung.



**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Können Sie das noch zeitlich eingrenzen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Auf jeden Fall vor der Vertragsvergabe – das ist einmal auf jeden Fall mit absoluter Sicherheit zu sagen –, aber wann jetzt genau, weiß ich nicht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es gibt drei mögliche Zeitpunkte: Mit Vertragsvergabe meinen Sie wahrscheinlich den Vertragsabschluss, davor hat es die Typenentscheidung gegeben und nach davor die Angebotseinholung. Die Frage ist, ob Sie das soweit terminisieren können.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Wenn ich mich richtig erinnere: Es war die Typenentscheidung im Juli 2002, und der Vertragsabschluss dann ein Jahr später im Juni oder Juli 2003. Und es ist möglich, dass wir uns im Jahr 2002 getroffen haben. Es ist auch möglich, dass wir uns vor der Typenentscheidung getroffen haben. Ich glaube, so ist die Antwort korrekt – so korrekt als möglich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was waren die näheren Inhalte dieser beiden Gespräche?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Soweit ich mich erinnere, war es ein Gespräch nach einer Sitzung oder nach einer Veranstaltung der Wirtschaftskammer Wien, wo ich Vorsitzender der Sektion Industrie war und, ich glaube, er einen Vortrag gehalten hat. Da haben wir uns getroffen. Und ich kann mich erinnern, dass wir dabei oder danach einige Worte zu diesem Projekt gesprochen hatten. Mir ging es sehr stark um die Unterstützung der Industriellen, der Gegengeschäftsmöglichkeiten.

Und dann erinnere ich mich, dass wir auch noch einmal ein ganz informelles, ein Arbeitslunch hatten und dort ebenfalls über Möglichkeiten von industriellen Aspekten, Gegengeschäften gesprochen haben.

Ich kann mich ehrlich gestanden nicht erinnern, ihn in seinem Büro besucht zu haben oder anderweitig ... – Das sind die zwei Treffen, ich sage daher bewusst Treffen, die mir in Erinnerung sind aus diesem Zeitraum.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber das klingt so, vor allem auch das Erste, als ob das beinahe ein zufälliges Zusammentreffen gewesen wäre, wo man sich nachher halt arrangiert hat für ein kürzeres oder längeres Gespräch. – Umgekehrt gefragt: Waren diese Gespräche avisiert, länger vorher vereinbart, mit einem bestimmten Arbeitsinhalt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, das war nicht der Fall. Es war mir bekannt, dass Minister Grasser kommen würde, das war in der Postsparkasse, wo wir immer zum Jahresende eine große Veranstaltung hatten. Und dann nachher habe ich ihn noch begleitet, da haben wir ein paar Worte darüber gesprochen. Und, wie gesagt, das andere war halt so ein Treffen. Es ist das, was ich sagte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es ging eher um Industrieoffsets, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, und nicht um eine Typenvermittlung.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Sonst hätte ich nicht gewusst, was ich mit ihm primär sprechen soll. Denn es war die Offsetfrage, Gegengeschäftsfrage, der industrielle Aspekt, der Transfer von Know-how in dieser Zeit eine ganz wesentliche Sache.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt möchte ich Ihnen zu dem Bereich nur mehr eines abschließend vorhalten. Ich muss den Ausdruck gebrauchen, weil es sich um eine Aussage der Auskunftsperson Grasser hier im Ausschuss handelt vom

21.12.2006. Unter anderem führt Herr Mag. Grasser aus, wie er jetzt eben hier Gespräche geführt hätte.

Zitat Grasser: „Genauso, wie Malzacher und Co gesagt haben, der Gripen ist das Allerbeste...“ – Zitatende.

Haben Sie dem Herrn Bundesminister gegenüber die Aussage getätigt, dass der Gripen das Allerbeste sei?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich möchte einmal grundsätzlich sagen, wenn man für ein Produkt unterstützend wirbt, ist es natürlich, dass man es nicht disqualifiziert. Ob der Wortlaut jemals von mir so kam, das weiß ich nicht. Im Allgemeinen bin ich in Aussagen in diesem Zusammenhang eher bescheidener Natur. Also die Superlative in der Qualifikation eigener Produkte, und ich war selber lang industriell tätig, verwende ich im Allgemeinen nicht.

Aber das ist schon möglich, dass ich gesagt habe, die Gripen-Lösung scheint mir eine sicherlich sehr gute. Und ich habe mich halt dafür eingesetzt, absolut.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Kommen wir zum zweiten Bereich, der hier von Interesse ist. Können Sie was Näheres jetzt ausführen zu Ihrem Engagement bei BAE-Systems, wie es jetzt heißt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Wie ich sagte, war ich beratend tätig für BAE-Systems, die ja bekanntlich eine Beteiligung von 20 Prozent an SAAB und nach meinem Wissen auch in anderen Ländern akquisitorisch tätig waren. Die Rolle war sehr klar insofern, als es sich um ein echtes Beratungsverhältnis gehandelt hat und nicht um – ich bitte um Verständnis, wenn ich wieder das englische Wort verwende – die Rolle eines **Agent**. Das ist eine sehr wichtige Feststellung, denn als ... – ich könnte es nicht übersetzen wirklich richtig – wäre natürlich meine Kompetenz, meine Verantwortung et cetera eine ganz andere gewesen als in der Rolle eines Beraters oder Consultant.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich möchte Ihnen demgegenüber ein Zitat aus dem Magazin „profil“ Nr. 18 dieses Jahres vom 30. April vorhalten. Da wird genau zu dieser Frage Kampagnen und Agents Folgendes im Artikel wiedergegeben:

„In dem internen Papier listet BAE Kampagnen und Agents in ganz Europa auf. In der Spalte ‚Gripen Europe‘: zwei Gesellschaften namens ‚Malsacher GmbH (3,5 %)‘...“ – und dann noch anderes. Also Malsacher mit **s** geschrieben.

Ich kann Ihnen diesen Ausdruck auch vorbringen lassen, vielleicht ist Ihnen dieser Artikel ohnehin bekannt. – Ist diese Angabe Ihrer Wahrnehmung nach richtig, so wie sie sich hier im „profil“ wiederfindet, dass Sie als Agent für eine Gripen Europe-Kampagne geführt wurden?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Was ich Ihnen wiederholend sagen kann, ist, dass ich kein Agent war und dass ich als Consultant oder – auf Deutsch – eben als Berater tätig war. Das ist mein Wissensstand.

Darüber hinaus kann ich zu diesen Feststellungen nicht Stellung nehmen, weil sie für mich nicht relevant sind. Richtig ist eben, dass ich Consultant war und Berater und nicht Agent oder Vertreter, je nachdem wie man das übersetzt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was relevant ist, ist allenfalls eine Sache des Ausschusses. Nur, es geht um Ihre Wahrnehmungen. – Gibt es eine Malsacher GmbH?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Jawohl, die gibt es.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie eine Erklärung, wieso in einem Papier von BAE eine „Malsacher GmbH“ mit – Klammer – (3,5 %) – Klammer – aufscheinen kann, ein plausibler Anlauf?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe keine Feststellung dazu zu treffen, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie können keine Feststellung dazu treffen? Sie haben keine Wahrnehmungen dazu? Der Hinweis auf eine allfällige vertragliche Verschwiegenheit reicht hier im Ausschuss nicht aus. Darüber hat Sie der Vorsitzende aufgeklärt. Ich frage Sie, ob Sie da irgendeine Kenntnis davon haben, dass Sie in einem internen Papier mit der „Malsacher GmbH (3,5 %)“ geführt werden bei BAE-Systems.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Also ich kann Ihnen nur sagen, dass ich weiß, dass die Malsacher GmbH, deren Geschäftsführer ich bin, einen Beratungsvertrag mit British Aerospace hatte, dass er ausgelaufen ist, das habe ich festgestellt, das kann ich auch in Übereinstimmung mit British Aerospace, BAE-Systems feststellen. Darüber hinaus mache ich keine weiteren Feststellungen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** War auch jetzt nicht gefragt. Wann ist denn dieser Vertrag ausgelaufen, dieser Beratervertrag?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das war im Jahr 2003.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und wann sind Sie oder die Malsacher GmbH oder ein Unternehmen in Ihrer Einflussphäre erstmals beratend tätig gewesen für BAE-Systems oder deren Vorgänger?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das war schon in der Zeit 2002.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** 2002 hat das Ganze erst begonnen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe British Aerospace in früheren Jahren bereits beraten, aber das relevante Vertragswerk oder der relevante Vertrag, der zuletzt gegolten hat und ausschließlich gegolten hat, ist nach meinem Wissen ausgelaufen im Sommer 2003.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Kennen Sie Herrn Per Erlandsson von SAAB?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Erlandsson ist mir ein Begriff. Ich muss ehrlich gestehen, wenn ich ihn jetzt sehe, weiß ich nicht, ob ich ihn wirklich erkenne. Das heißt, wir kennen uns nicht gut, aber er ist mir ein Begriff. Er ist der Vorsitzende von SAAB International, soweit ich weiß.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Können Sie erklären, wieso das schwedische Fernsehen, ein Sender **SVT**, einen Schriftverkehr zitiert, wonach Per Erlandsson sich für Sie persönlich, wie es hier heißt, für Sie persönlich, bei BAE-Systems starkgemacht hätte?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Dazu kann ich eine Vermutung äußern, aber ich könnte in keiner Weise bezeugen, dass das ... – Wenn Sie also meine Vermutung dazu interessiert, gebe ich sie gerne ab. (*Abg. Mag. Kogler: Bitte!*)

Wenn wir ein bisschen in der Geschichte zurückgehen, dann ist ja bekannt, dass in Österreich Gripen und die Schweden eine lange Geschichte hatten in der Luftfahrt, beim österreichischen Bundesheer, und nun für mich nie verständlich, ich habe das auch nie erforscht, auch die Frage, warum dann eben BAE-Systems akquisitorisch tätig wird in unserem Land. Und ich habe natürlich schon diese Frage einmal gestellt.

Man hat mir dann gesagt, bitte schön, wir halten eben Anteile und sind generell aktiv im Marketing. Das hat mir soweit genügt. Das ist auch nicht meine Rolle gewesen, das näher aufzuklären.

Ich kann mir nun vorstellen, dass bei der Auswahl oder bei der endgültigen Beschlussfassung über die Bestellung von Beratern sehr wohl auch Gripen International um die Meinung gefragt wurde. Das ist nur natürlich. Und daher schließt sich hier der Kreis für mich, in dem Herr Erlander, der Gripen International vertritt, sich eine Meinung offenbar über mich gebildet hatte und offensichtlich zu einem positiven Urteil kam und dies weiterleitete an British Aerospace. Das ist meine – nochmals – Vermutung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Würden Sie diese Vermutung noch mit einem zeitlichen Horizont komplettieren. Kann diese positive Intervention im Jahr 2002 stattgefunden haben?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ja, das war alles, muss alles in dieser Zeit gewesen sein, 2002, 2003, schätze ich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es gibt noch eine Waffensystemfirma – nicht nur die, aber nach der will ich fragen – in BAE-Einfluss, die MBDA. – Haben Sie mit der MBDA einen Vertrag? (*Dipl.-Ing. Malzacher: Nein!*) – Sie haben keinen Vertrag?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe keinen Vertrag mit der MBDA.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Abschließend: Es wird in diesem von mir erwähnten „profil“-Artikel vom 30.4. berichtet, dass Sie eine Provision in Aussicht gestellt bekommen hätten von rund um die 5 Prozent des Kaufpreises, falls die Republik den Gripen kauft. – Existiert eine solche Provisionszusage?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ja, ich habe eingangs erklärt, dass ich über die Inhalte des Beratungsvertrages zu einer Verschwiegenheit verpflichtet bin, und ersuche um Verständnis, wenn ich keine Stellungnahme abgebe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Da werden wir uns jetzt noch ein bisschen unterhalten müssen, glaube ich, weil der Hinweis auf eine vertragliche Verschwiegenheitsklausel ist – wir haben das schon ein paar Mal hier juristisch durchexerziert – als Begründung für eine Auskunftsverweigerung im Ausschuss nicht hinreichend.

Ich frage Sie noch einmal: Gibt es eine wie immer geartete Provisionszusage seitens BAE, mit der Sie ja ganz offensichtlich einen Beratervertrag hatten für den Fall, dass die Republik Österreich Flugzeuge vom Typ **Gripen** erwirbt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Selbstverständlich, denn das wäre ein Erfolg gewesen, dafür wird man ja honoriert. Ich bitte nur noch einmal um Verständnis, dass es sich hier um ein Geschäftsgeheimnis, und zwar um ein deklariertes Geschäftsgeheimnis seitens BAE-Systems handelt und dass ich mich nach meinem besten Wissen und Gewissen ... – Ich habe mich auch anwaltlich beraten dazu sorgfältig, obwohl ich nur sehr wenig Zeit hatte zur Vorbereitung, denn die Ladung wurde ja ausgestellt erst am 8. Also ich hatte nicht sehr viel Zeit, habe aber sofort mich beraten, um hier sorgfältig, verantwortungsvoll und im besten Sinne des Ausschusses natürlich korrekt zu antworten – das ist die eine Sache –, und habe dann eben auch noch, wenigstens telefonisch, noch Kontakt genommen mit BAE, damit ich mich darauf berufen kann und nicht aus eigenem hier allein zu entscheiden, denn ich habe hier die Entscheidung meines früheren Prinzipals sozusagen zu beachten. Was meine eigene

Entscheidung wäre in dem Zusammenhang, ist eine ganz andere Frage, die ist nicht maßgeblich, sondern es ist hier die Entscheidung maßgeblich.

Dann darf ich auch sagen, dass in den Beratungen, die ich intern führte, man eben zur Überzeugung kam, dass der Text des Antrages und des Auftrages an den Untersuchungsausschuss wirklich außerhalb dieser Gebiete liegt. Ich habe aber trotzdem entschieden, der Ladung zu folgen, selbstverständlich, weil das auch so meine Art ist, wenn Sie so wollen, und bin ja auch bemüht, hier bestmöglich noch beizutragen in konstruktiver Weise. Aber ich bitte Sie, zu beachten, dass ich hier gewisse Limiten einhalte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Vielen Dank. An Ihrem Bemühen habe ich noch keinen Zweifel gehegt, trotz des Zusatzes, den Sie gemacht haben, dass Sie ganz gern gesetzlichen Verpflichtungen Folge leisten, nämlich als Auskunftsperson zu erscheinen. Der Untersuchungsgegenstand ist ja weit genug umrissen. Nein, aber Sie haben ja jetzt zwei wesentliche Dinge in dieser Antwort neu gesagt, nämlich dass, ich muss daraus schließen, dass offensichtlich in diesem Beratungsvertragsverhältnis mit BAE-Systems eine Provisionszusage vorhanden ist, natürlich nur für den Fall, dass Gripen erworben werden würde. – Das ist das eine. Und das Zweite ist, dass Sie jetzt zumindest einen bescheidenen Versuch gemacht haben, sich auf Geschäftsgeheimnisse zu berufen, was weitere Auskünfte betrifft. Das ist schon einmal etwas anderes als eine vertragliche Verschwiegenheitspflicht.

Ich frage Sie nur abschließend einmal für diese Runde, ob die im „profil“ kolportierten 50 Millionen € in der realistischen Reichweite waren, so wie dieser Beratervertrag konfiguriert war.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich kann dazu wirklich nicht Stellung nehmen nach all dem, was ich vorher sagte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wir werden vielleicht noch einmal darauf zurückkommen. Jetzt kommt ohnehin noch einmal Frau Kollegin Fekter dran.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Dipl.-Ing. Malzacher, kennen Sie Ing. Hans Drescher?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Jawohl, ich kenne Herrn Drescher.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Kann es sein, dass, nachdem ja Drescher seinen Vertrag 2002 abgegeben hat, dass dann Sie sein Nachfolger geworden sind?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, davon ist mir nichts bekannt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Kennen Sie die Firma **EPCOS**, Electronic Parts and Components, in Deutschlandsberg?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ist das die Tochterfirma von Siemens?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ja, ist aus einem Siemens Venture Capital herausgewachsen.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Darf ich sagen, ich kenne die Firma nur von der Börse ganz konkret, sonst kenne ich sie nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die **PCS**, Professional Clinic Software, Klagenfurt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Darf ich Sie noch einmal bitten, ich habe Ihnen akustisch nicht folgen können.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** **PCS**, Professional Clinical Software? Ich nenne Ihnen jetzt, ich lese einmal alle vor, und Sie sagen mir, welche davon Sie kennen, welche nicht.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Darf ich nur um Verständnis bitten: Es ist jetzt fünf Jahre her, ich bin im 66. Lebensjahr. Ich brauche einen Moment, um mich zu erinnern. Es ist so, dass eine Tochtergesellschaft von Steyr einen Beratungsvertrag hatte mit SAAB, um mitzuwirken bei der Entwicklung und beim Aufbau des Gegengeschäftspaketes für SAAB. Und da war ich natürlich in weiterer Entfernung auch damit befasst.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** War das die SSF Technologie Transfer AG?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich glaube, sie hieß **STT**, Steyr Technologie Transfer AG, mit einem Vorstand, und war eine Tochtergesellschaft der Steyr Spezialfahrzeug AG, deren Vorstandsvorsitzender ich war. Das heißt, es gab hier eine eindeutige Relation, und ich glaube, mich erinnern zu können, von solch einem Projekt vom Vorsitzenden oder vom Alleinvorstand der STT gehört zu haben. Wir haben natürlich gemeinsam über Gegengeschäftsmöglichkeiten gesprochen, denn das war ein ganz wesentlicher Teil der Unterstützungsmaßnahmen für das Projekt. Ich weiß, dass die STT vor allem auf dem Hochtechnologiesektor, auf dem medizinischen, dem Medical Sector sehr starke Maßnahmen gesetzt hat. – Das kann ich dazu sagen; ich schließe nicht aus, dass ich diesen Namen gehört habe. Persönlich habe ich weder Verhandlungen noch sonst etwas geführt, weil das nicht meine Aufgabe war, weil ich nie im Vorstand der Steyr Technologie Transfer gewesen bin.

Ich danke, dass ich das erklären konnte, damit Sie den Gesamtzusammenhang verstehen.

So ist es auch möglich, dass die etwas mit EPCOS gemacht haben. Ich weiß es nicht. Es wurde ein riesiges Gegengeschäftspaket entwickelt, das meines Wissens im Vergleich zu Konkurrenzangeboten auch sehr gut beurteilt wurde.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie waren in diese Gegengeschäftsentwicklung des Paketes als Berater von BAE Systems aktiv involviert?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nach Maßgabe meiner Rolle war ich auch involviert, habe dort unterstützt – ja, natürlich. Es war eine meiner wesentlichen Aufgaben im Rahmen des allgemeinen Lobbyings, auch im Zusammenhang mit meinen Kontakten zur Österreichischen Industriellenvereinigung und zur Wirtschaftskammer Wien insbesondere, aber auch sonst zu meinen ganzen Kontakten in Österreich. Natürlich war ich mit dem Vorstand der STT, die eine Tochter meines unmittelbaren Unternehmens war, auch bei der Entwicklung der Politik auf diesem Sektor ... – Verzeihen Sie, wenn ich in diesem Haus in diesem Zusammenhang von „Politik“ spreche, aber wir haben das als „Politik“ bezeichnet, weil wir etwas Besonderes wollten.

Wir wollten nicht einfach SAAB oder British Aerospace empfehlen, so viel wie möglich in Österreich zu kaufen. Wir wollten etwas ganz anderes: Wir wollten neue und vor allem Hochtechnologie nach Österreich hereinbringen, durch SAAB, und wir wollten, dass man in Österreich dann auch investiert, gemeinsam investiert. Wir wollten erreichen, dass man in der Anlaufphase von Neugründungen, also in den ersten drei, vier, fünf Jahren, durch Bezugsgarantien des Technologietransfers auch die Anlaufphasen der Gründungen unterstützt – also wirklich nicht nur Gegengeschäfte, nicht liefern und etwas kaufen –, dass man eine echte industrielle Kooperation

entwickelt, auch mit der Gewährung von Reexportrechten in Drittländer. – Das war unser Konzept; ich möchte das jetzt aber nicht zu lange ausführen, denn das ist nicht so interessant.

Das Konzept, das wir entwickelt hatten, wich doch sehr stark von dem generellen Gegengeschäft ab, worüber man ja auch genug liest.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Zum investieren: Was war für ein Projekt geplant, dass sozusagen von SAAB in Österreich investiert wird?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich bin überfragt. Ich weiß jetzt nicht, welche einzelnen Projekte von diesen X Projekten dazu geführt haben; das waren die Grundsätze, und die wollte ich äußern.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wir haben eine Fülle von Interventionsschreiben gefunden, die allesamt an das Wirtschaftsministerium gegangen sind. Das Auffälligste daran ist, dass sie – von den unterschiedlichsten Unternehmen erstellt – alle gleichlautend sind. Ich könnte jetzt noch zehn aufzählen: unser Unternehmen würde im Auftragsfall mit Gripen zusammenarbeiten; wir halten es für besonders wichtig, dass die zu erwartenden Gegengeschäfte aus der Abfangjäger-Beschaffung ...; diese Kriterien ... im Gegengeschäftsangebot SAAB – BAE Systems bestens entsprochen.

Haben Sie als Berater von BAE Systems sozusagen diese Schimmelbriefe von der österreichischen Industrie verschicken lassen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Da ist mir nichts bekannt, nein.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Umgekehrt: Sie haben selbst einen derartigen Brief an Minister Bartenstein im Hinblick auf Ihre Connections, die Sie zu Schweden haben, geschrieben. Wie sind Sie dazu gekommen, Herrn Bartenstein solch einen Brief zu schreiben?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Wann und ob ich Herrn Bundesminister Bartenstein Briefe geschrieben habe, weiß ich jetzt wirklich nicht, aber es gab ein Projekt, wo ich persönlich sehr stark – so stark es mir möglich war; ob es so stark war, weiß ich nicht, offenbar war es nicht stark genug – in den Vordergrund trat, und das betrifft eine Sache, die extrem wichtig war für Steyr, und zwar insofern, als die Schweden in dieser Zeit – aber das war schon Jahre vorher und läuft noch immer, denn diese Projekte dauern, was weiß ich, zehn Jahre und noch mehr, bis sie überhaupt fertig werden – eine Radpanzerentwicklung beziehungsweise überhaupt eine leichte Panzerentwicklung gemacht haben, und zwar mit sehr, sehr großen Stückzahlen für die schwedische Armee. Da dachte ich mir, das wäre ein ideales Beispiel, dass man doch einmal die österreichische Seite in Schweden auch zum Zug kommen lässt, falls Österreich schwedische Rüstungsgüter für Österreich kauft.

Das war ein Beispiel dafür, wo ich mich persönlich einsetzte, Briefe schrieb, die normale Lobbyistentätigkeit sozusagen ausübte; sei es nun als Berater von BAE, sei es als Unterstützer von SAAB indirekt – ich sah in dem Fall als Chef eines österreichischen Unternehmens primär, dass damit Arbeitsplätze auf lange Zeit gesichert gewesen wären, dass Investitionen hätten getätigt werden können, et cetera.

Das ist so ein klassischer Fall von Gegengeschäft, wie ich das verstanden habe: mit gegenseitigem Know-how-Austausch, mit gemeinsamen Entwicklungskooperationen, mit der Möglichkeit, als Gemeinschaftsprodukt vielleicht dann auch in Drittmärkten abzusetzen. – Also wirklich große Dinge, die dann auch ins Gewicht gefallen wären als Gegenkomponenten, wenn man für 1 oder 2 Milliarden € – ich weiß nicht, wie viel es dann wirklich gewesen wäre – kauft.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Gegengeschäfte aus dem Draken-Kauf – haben Sie die auch schon mitbetreut? (*Dipl.-Ing. Malzacher: Nein!*) – Bezüglich des Auftrages, den die schwedische **FMV**, also die **Defense Material Administration** – das ist eine für die Medien ausgelagerte, aber dem Defense Department angeschlossene Technologiefirma –, im Frühling 2002 für gepanzerte Fahrzeuge, Multi-Role-Plattform, ausgeschrieben hat: Sie hat auch bei Steyr-Daimler-Puch angefragt. – Ist es jemals zu diesem Deal gekommen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das ist genau das Projekt, von dem ich vorhin gesprochen habe. Es war eine Dame, deren Namen ich jetzt nicht mehr in Erinnerung habe, nämlich die Präsidentin von der FMV, hier in Wien. Wir haben sie in der Wiener Wirtschaftskammer – vielleicht war es auch die Bundeswirtschaftskammer, ich weiß es nicht mehr; das ist auch nicht so wichtig – empfangen, und ich hatte dort die Gelegenheit, zu sprechen. Man hat mir die Zeit für ein Statement eingeräumt, und da habe ich sehr stark für dieses Projekt argumentiert. Ich habe gesagt, dass man auch in Österreich vor Beschaffungen steht, dass – in dem Fall – der Radpanzer „Pandur“ und seine „Familie“ entwickelt werden und dass es von den Zeitläufen her ideal wäre, wenn zwei relativ kleine Länder sich zusammentun – noch dazu zwei neutrale; aber das sind jetzt wieder andere Überlegungen –, um ein Produkt zu entwickeln, das man dann am Weltmarkt auch absetzen könnte.

Das wurde sehr freundlich zur Kenntnis genommen – bedauerlicherweise kam es aber eben **nicht** zu der von mir angestrebten Zusammenarbeit. Das war eine meiner nicht erfolgreichen Bemühungen, denn die Schweden haben es vorgezogen, soweit ich weiß, das allein zu machen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das heißt, Sie haben dieses Produkt selbst entwickelt oder woanders zugekauft?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, nein, das ist inzwischen ein führendes Produkt am Weltmarkt. Der Radpanzer „Pandur“ hat in Europa in den letzten zwei Jahren die größten Projekte gewonnen, etwa in Portugal, in Tschechien.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie hatten den Beratervertrag konkret mit British Aerospace? (*Dipl.-Ing. Malzacher: Jawohl!*) – Also nicht mit SAAB?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein. Sehr wohl aber die STT – um hier kein Missverständnis entstehen zu lassen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Vertragsverflechtung, die British Aerospace mit Eurofighter hatte – war Ihnen das bekannt? Also mit EADS konkret.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Was mir bekannt war, ist die Tatsache, dass BAE Systems mit 20 Prozent an SAAB oder – sagen wir es jetzt vielleicht, pardon, etwas schlampig – an Gripen beteiligt war. Ich weiß jetzt nicht, an welchem – in der Wallenberg-Gruppe sind das ja auch Strukturen –, aber die Gripen-Aktivität seitens BAE waren 20 Prozent, und bei EADS waren es 35. Das habe ich in Erinnerung; und da weiß ich jetzt auch nicht, war es die EADS oder die EADS Jagdflugzeug GmbH. – Ich bitte um Nachsicht, ich erwähne das nur, damit man mir keine Falschaussage vorwirft.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bezüglich des Lobbyings wissen wir aus diesen vielen Briefen, die da an die Politik beziehungsweise an die Ministerialbürokratie oder direkt an den Herrn Minister gegangen sind, dass es massives Lobbying der Industrie gegeben hat; eigenartigerweise alle Briefe gleichlautend. Das heißt, es muss irgendjemand organisiert haben. – Wer könnte das organisiert haben?



**Meteka** beispielsweise schreibt:

Wir halten es für besonders wichtig, dass die erwarteten ... – Zitatende.

Dann schreibt **VBC-Genomics**:

Wir halten es für besonders wichtig, dass die erwarteten Gegengeschäfte ... – Zitatende.

Dann schreibt beispielsweise **Professional Clinical Software**:

Wir halten es für besonders wichtig ... – Zitatende.

Dann schreibt die Firma **EMCO**:

Wir halten es für besonders wichtig ... – Zitatende.

Dann schreibt beispielsweise die Firma **EPCOS**:

Wir halten es für besonders wichtig ... – Zitatende – und der ganze Brief ist gleich.

Dann schreibt die Firma **AMST**:

Wir halten es für besonders wichtig ... – Zitatende.

Es ist offensichtlich erkennbar, dass das nicht aus eigenem Antrieb der Firmen passiert ist, sondern dass das jemand organisiert hat. Sie waren Berater von BAE, in diesen Briefen steht nämlich direkt:

Wir ersuchen Sie daher dringend, im Sinne unseres Unternehmens eine Entscheidung zugunsten von SAAB/BAE Systems zu fördern. – Zitatende.

In diesen Briefen kommt das Wort „BAE Systems“ vor.

Wer hat das organisiert, was sich dann als so tolles Gegengeschäftsprojekt darstellt, wenn man es vorher organisiert hat? – Das ist gut so. Wenn es wirtschaftliche Aktivitäten gibt, bin ich immer dafür. – Wer hat den Vertrag gehabt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich möchte noch einmal sagen: Wann immer ich eine Aufgabe übernommen habe, war ich stets bemüht, sie so gut als möglich im Rahmen der gültigen Bestimmungen zu erfüllen. Also ich distanzieren mich überhaupt nicht davon, dass ich auch auf der Gegengeschäftsseite aktiv war. Ganz im Gegenteil: Überall, wo ich nur konnte – im zulässigen Rahmen –, habe ich mich bemüht. Und das ist ja nichts anderes als eine Bemühung. Ich war auch Corporate Vice President eines großen amerikanischen Konzerns. Aber ich kenne auch die europäischen Verhältnisse relativ gut – nach exakt 35 Jahren Vorstandstätigkeit. Ich war vorher auch Chef der Maschinenfabrik Andritz und dann von Steyr. Es ist also das Normalste, dass man auch solche Aktionen macht. Ich sehe überhaupt nichts Verwerfliches darin.

Aber wer nun das wirklich exakt organisiert hat, weiß ich nicht. Ich habe die Briefe nicht geschrieben, ich glaube auch nicht, dass sie von mir paraphiert sind oder sonst irgendetwas.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Nein, ich hätte nur gerne gewusst, wer so etwas sozusagen als „Schimmel“ verteilt.

Noch eine kurze Frage: Kennen Sie Brigadier Katter?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Entschuldigung, ich möchte nur noch ausdrücklich festhalten – nach fünf Jahren –: Es ist durchaus möglich, dass ich auch von diesen Aktionen wusste – und nicht nur wusste, sondern sie auch empfohlen hatte. Es ist das Normalste, dass man potenzielle Partner findet, die sich dann für eine Sache legitimerweise einsetzen.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Herr Dipl.-Ing. Malzacher, Sie waren nicht nur Generaldirektor der Steyr-Daimler Puch Spezialfahrzeuge, sondern auch Vorsitzender der **Österreichischen Offiziersgesellschaft**. (Dipl.-Ing. Malzacher: Jawohl!) – War das möglicherweise ein Grund dafür, dass Sie als Berater für BAE Systems beauftragt wurden?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Darf ich zunächst allgemein, aber dann sehr konkret sein.

Mein Lebenslauf ist ja nachlesbar, und ich will gar nicht näher darauf eingehen, aber es war meine Funktion als Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft, die ich 20 Jahre lang als Ehrenfunktion ausübte – allerdings mit der jeweiligen Neuwahl nach vier Jahren, mit hundert Delegierten; das ist ein echter Wahlvorgang. Damit habe ich natürlich ein Element in meinem Lebenslauf, das besteht, und es war mir auch eine große Ehre, diese Aufgabe auszuführen. Ich bin auch jetzt immer noch Ehrenpräsident – eine Alterserscheinung. Aber man muss das eingebettet in die ganzen anderen Steine meines Profils sehen.

Ich war auch seit dem Jahr 1972 mit einer Unterbrechung im Zentralvorstand der Österreichischen Industriellenvereinigung; sozusagen jahrzehntelang. Ich war in der Bundeswirtschaftskammer lange Zeit der Fachverbandsvorsteher der österreichischen Fahrzeugindustrie, dann war ich Vorsitzender der Sektion Industrie der Wirtschaftskammer Wien, dann war ich in meinem ganzen Leben – glaube ich – in 30 Aufsichtsräten in verschiedensten Gebieten, auch außerhalb Österreichs. Ich habe selbst Industrien geführt, wurde Chef der Maschinenfabrik Andritz – das ist an der Börse notiert – im Jahr 1971/72, als gerade Dreißigjähriger.

Die Offiziersgesellschaftssache ist eine **Ehrenfunktion**, die ich ausübte und die ein Teil in meinem gesamten Profil war. – Das wollte ich damit sagen.

Zum Zweiten lege ich wirklich Wert darauf, klarzustellen, dass ich diese Funktion nach meinem besten Wissen und Gewissen nie missbräuchlich verwendet habe, indem ich versuchte, sie sozusagen als Steigbügelhalter für konkrete akquisitorische Vorgänge – sei es bei meinem eigenen Unternehmen oder anderen – zu verwenden.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Das wollte ich Ihnen auch nicht unterstellen. Ich wollte nur den Grund dafür herausfinden, warum Sie in Österreich von BAE Systems für diesen Vergabevorgang beauftragt wurden.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Wahrscheinlich auch ein Element: weil man sich sagte, dass der Mann sich offensichtlich auskennt und Beziehungen und wahrscheinlich auch die Möglichkeit hat, einmal irgendwelche Informationen zu bekommen – ein Mann, der einfach in diesen Kreis involviert ist.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Dann kommen wir nahtlos zu dem Vertrag, den Sie gehabt haben. Sie haben gemeint, Sie waren **nicht** Agent, Sie haben beraten. Beratung ist ja etwas Weitläufiges. Man kann für die Werbung beraten, PR-Beratung machen, man kann Meinungsbildner beraten, man kann Minister ausfindig machen. – Was konkret waren **Ihre** Tätigkeiten in dem Vertrag?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Die von mir erwarteten Tätigkeiten oder Unterstützungsgebiete waren ziemlich weitläufig definiert. Sie beginnen bei meinem unmittelbaren Schwerpunkt – seinerzeit, ich bin ja nicht mehr aktiv, nur mehr in sehr kleinem Rahmen –, beim industriellen Sektor. Das geht in Richtung der Gegengeschäfte, des Technologietransfers, aber davon habe ich schon vorhin gesprochen. – Vielleicht mit einer anderen Komponente, indem ich versucht habe, die österreichische Landschaft auf dem Gebiet einmal zu erklären. Man darf ja nicht

vergessen, dass BAE Systems relativ neu war und hier keine großen Geschäfte gemacht hat.

Der gesamte industrielle Bereich – seien es nun Einzelunternehmungen, die Struktur, das Wirken einer Industriellenvereinigung oder der Kammer –, dieses ganze Gebiet war einmal zu erklären und näherzubringen, um überhaupt eine Affinität entwickeln zu können zwischen einem ausländischem Lieferanten und dem Gebilde Österreich, das ja zumindest zur damaligen Zeit – aber ich glaube, auch heute noch – auf die Frage moderner und entwickelter Gegengeschäfte allergrößten Wert gelegt hat.

Nicht zufällig wurden Gegengeschäfte mit einer sehr hohen Rate bewertet. Man musste bis zu 100 Prozent Gegengeschäfte abschließen, weil das so wichtig war. Man lieferte für hundert und musste kaufen für hundertfünfzig im Wert – mit Multiplikatoren allerdings, aber das unterstreicht ja die Wichtigkeit des Geschäftes an sich.

Darüber hinaus kamen andere Gebiete, die mir von meinem täglichen Geschäftsleben her vertraut waren, nämlich die ganze Landschaft des österreichischen Bundesheeres. Ich war 30 Jahre lang – ich möchte jetzt keine, wie soll ich sagen ... Ich spiele jetzt lieber low-profile, aber wenn Sie die Zahlen zusammenzählen, hat der Steyr-Daimler-Puch-Konzern eine ganz wesentliche Rolle bei den Lieferungen an das österreichische Bundesheer gespielt. Und das habe ich 30 Jahre lang verantwortet, alle großen Projekte selbst verhandelt. Daher ist es naheliegend, dass ich dort kein Neuling war. Da konnte ich auch erklärend wirken, Schwerpunkte und Mechanismen erklären – natürlich lauter Dinge, die letztlich allgemein zugänglich sind. Die mit den beiden Gebieten verbundenen Gebiete sind natürlich generell die Beziehungen in diesem Land, entscheidende Opinion Leader, dann wie das Land in den Public Relations oder medial funktioniert und einzuordnen ist – wie man hier vorgeht.

Ich möchte jetzt aufhören, denn ein Monologisieren kann strapazieren. Aber das ist ein gewisser Überblick, und im Wesentlichen waren das meine Rollen. Jetzt kann man natürlich noch in Details gehen und das auffächern.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Könnte man sagen, dass Sie aufgrund der Fülle der Funktionen und der Kenntnisse der österreichischen Industrielandschaft, aber insbesondere auch des österreichischen Bundesheeres auch in gewisser Weise eine Lobbyingfunktion für Ihren Auftraggeber wahrgenommen haben?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich bitte um Verständnis. Ich weiß, **Sie** stellen die Fragen, und ich möchte jetzt nicht mit einer Gegenfrage kommen, aber ich lege immer großen Wert darauf, dass man Begriffe definiert; vor allem dann, wenn sie in einem so wichtigen Gremium in einer wichtigen Sache, noch dazu mit dem Wahrheitsgebot zu behandeln sind.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich gestehen: Ich könnte jetzt eine rechtsgültige Definition des Wortes „Lobbying“ nicht auf das Papier schreiben, daher möchte ich anders antworten ...

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Darf ich es präzisieren? Haben Sie auf Grund Ihrer Kenntnisse der Opinion Leader in Österreich sowie der Regierungsmitglieder für BAE Systems oder für Gripen Gespräche –außer den zwei bereits angesprochenen mit dem damaligen Finanzminister – mit anderen Regierungsmitgliedern angebahnt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Natürlich habe ich selbst bei vielen Gelegenheiten gesprochen. Man sieht sich bei vielen Gelegenheiten, nicht nur in den Besucherzimmern oder Besprechungszimmern von Ministern, aber gehen Sie davon aus, dass ich überall, wo ich meinen Prinzipal oder Auftraggeber unterstützen konnte, das nach Kräften tat – aber natürlich in völlig **legalem** Sinn; auf diese Feststellung lege

ich natürlich Wert. Nachdem ich schon so alt bin, habe ich natürlich auch notgedrungen eine gewisse Erfahrung und glaube, sehr gut abgrenzen zu können, wo die Linie ist, wo man dann sagt, nein, das geht zu weit.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Ich wollte Ihnen nichts unterstellen, ich habe auch nicht nach Schmiergeld gefragt, sondern: Können Sie uns einige Personen – insbesondere aus dem politischen Umfeld – nennen, wo Sie Lobbying für Gripen gemacht haben?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Den vorher genannten Finanzminister Grasser; da haben Sie von zwei Fällen gehört. Ich habe in dieser Phase sicher auch mit dem Wirtschaftsminister den einen oder anderen Kontakt gehabt. Ich habe die politischen Parteien natürlich immer wieder darauf hingewiesen, dass das Gegengeschäft so interessant zu sein scheint, dass man das Arbeitsplatz- und Investitionsargument doch ernst nehmen müsste. Und ich habe natürlich in meinem unmittelbaren Bereich in der Kammer, in der Industriellenvereinigung und bei Industriellen für die – wie ich meinte und immer noch meine – gute Sache geworben.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Sie haben den Wirtschaftsminister genannt. Sie haben im Mai 2002 den Brief, in dem Sie das Projekt der Radpanzer genannt haben, an den Wirtschaftsminister geschrieben. – Welche Reaktion haben Sie darauf aus dem Wirtschaftsministerium erhalten?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich kann mich an keine Reaktion erinnern. Ich möchte nicht, dass hier der Eindruck entsteht, dass man tagtäglich bei allen Ministern aus und ein geht. Die Damen und Herren waren wohl aus guten Gründen immer sehr zurückhaltend mit Kontaktnahmen, noch dazu in dieser sehr, sehr intensiven Zeit. Ich meine, dass der Draken einen Nachfolger braucht und das überlegt wurde, das ging schon in den Anfang der neunziger Jahre zurück.

Aber in diesem Zeitraum, von dem wir hier sprechen, war eine Zurückhaltung, und die hat man auch geachtet. Man hat nicht mit allen Krämpfen versucht, irgendeinen Termin zu bekommen. Das möchte ich vorausschicken.

Daher waren die Kontakte nicht zahlreich. Von der Attitüde her typisch war zum Beispiel der mit Minister Grasser, und man hat dann auf den anderen Ebenen oder generell versucht, das Beste zu machen. Gestatten Sie mir eine Bemerkung: Es war auch nicht notwendig, tagtäglich immer wieder das Gleiche zu sagen, denn es gab ja diese **Gegengeschäftsplattform**, in der verschiedenste Interessengruppen vertreten waren. Die Gegengeschäftsplattform hat sich mit dem Thema beschäftigt und laufend ihren Vorgesetzten berichtet.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Der Brief ist mit 24. Mai datiert, und die Typenentscheidung ist am 2. Juli des gleichen Jahres getroffen worden. Haben Sie nicht irgendwann einmal eine Antwort urgiert oder nachgefragt, weil Sie nichts gehört haben: Ist das Schreiben überhaupt eingelangt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Darf ich nur der Ordnung halber fragen: Ist das das Schreiben betreffend FMV, Radpanzer, Schweden?

*(Abg. Mag. Kuzdas überreicht der Auskunftsperson ein Schriftstück.)* – Danke vielmals.

Das war knapp vor der Typenentscheidung, die – glaube ich – Ende Juni stattgefunden hat. Das ist genau die neue Generation gepanzerter Fahrzeuge, 2 bis 4 Milliarden €. Ja, das ist genau diese Geschichte.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Auch angesichts der möglichen Auftragshöhe von 2 bis 4 Milliarden, was das Beschaffungsvolumen beim Abfangjäger

sogar übersteigt, wäre es naheliegend gewesen, dass Sie sagen: Wie schaut es denn aus? Habt ihr das Schreiben bekommen? Wie wertet ihr das?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das ist mir vollkommen klar. Wenn Sie den Brief lesen – darum habe ich jetzt ein bisschen gestockt –, ist der Abschlussatz:

Wir dürfen Sie daher im Sinne unseres Unternehmens dringend ersuchen, bei der nun anstehenden Entscheidung über den Abfangjäger übrigens auch ... betreffend die schwedische Alternative miteinbeziehen zu wollen. – Zitatende.

Das war ein **Bittschreiben**, worauf man an sich keine besondere Antwort – wenn überhaupt eine – erwartet. Ich hätte mir keine erwartet. Das war nur eine **Bitte**, miteinbeziehen zu wollen. Das ist der Wortlaut.

Das wurde in der Wirtschaftskammer damals sehr nachdrücklich besprochen, von mir **nachdrücklichst** vorgetragen, und dort waren sicher auch Delegierte vom Wirtschaftsministerium zugegen.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Noch eine Frage zu den **Provisionen**. Es ist ja bekannt, dass bei Rüstungsgeschäften des Öfteren Provisionen bezahlt werden. Sie wollten zu den im „profil“ zitierten kolportierten 5 Prozent nichts sagen. Würden Sie aufgrund Ihrer Erfahrung meinen, dass 5 Prozent Provision bei Rüstungsgeschäften eine **übliche** Provisionshöhe darstellen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich fürchte, ich mache mich hier wirklich nicht beliebt, aber verzeihen Sie, wenn ich trotzdem immer versuche, meine Position ein bisschen klar zu halten. Ich wurde als Auskunftsperson geladen und möchte nicht in die Rolle eines Sachverständigen kommen. Ich darf das so direkt sagen, ich komme dann nämlich sehr rasch in die Frage ... – Ich will dazu wirklich nicht Stellung nehmen. Es gibt eine reichhaltige Literatur zu diesem Thema, und auch ich habe kürzlich im „Kurier“ in diesem Zusammenhang etwas gelesen.

Ich bitte um Verständnis: Ich habe mein Wort gegeben, dass ich die Regelung von BAE Systems einhalte und mich dazu **nicht äußere**.

**Abg. Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Hier geht es nicht um die konkrete Vereinbarung, die Sie mit BAE-Systems haben, sondern hier geht es einfach um Ihre Erfahrung. Sie sind lange Zeit im Rüstungsgeschäft tätig, darf ich sagen, denn Steyr Spezialfahrzeuge erzeugt ja militärisches Gerät, und ich denke daher, dass Sie mit derartigen Dingen Erfahrung haben. Die Frage ist nur, ob das üblich ist, ohne jetzt zu sagen, dass das Inhalt der Vereinbarung zwischen Ihnen und BAE-Systems ist.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Also, wenn Sie mich so fragen, möchte ich mich nicht noch mehr zieren. Eine Vereinbarung in einer solchen Größenordnung auf der Basis eines Erfolgshonorars selbstverständlich, das dann auch auszuzahlen ist pro rata Zahlungseingang beim Lieferanten zum Beispiel, da wären 5 Prozent in diesem Geschäftsfeld, würde ich sagen, nicht abnormal. Ich habe mehr gesehen, ich habe weniger gesehen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Dipl.-Ing. Malzacher, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie sowohl mit dem Finanzminister als auch mit dem Wirtschaftsminister Kontakt hatten, aber ebenso mit diversen Parteien, Parteienvertretern. – In welchen Parteien haben Sie da speziell lobbyiert?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe nicht mit den Parteien lobbyiert, sondern ich habe, wie ich es sagte, mit **einzelnen Personen** in den **Parteien** gesprochen, denn von dort erwartet man sich ja auch Unterstützung, gerade dann, wenn es um das Arbeitsplatzargument geht.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Können Sie ein paar Namen nennen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Mit allen politischen Parteien.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Mit welchen Personen in welcher Partei? Es gibt ja Personen, die eher in zweiter Reihe stehen, die nicht so einen wesentlichen Einfluss haben können.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Wenn Sie sich an mein Einleitungsstatement erinnern: Ich bin auf Grund meiner Funktionen mit vielen leitenden Persönlichkeiten in Österreich – nicht täglich, aber sehr, sehr häufig – in Kontakt gewesen, ob das bei Empfängen, bei Einladungen oder bei Treffen war. Die Kontaktebenen waren natürlich hoch angesiedelt.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Namen wollen Sie von sich aus jetzt keine nennen. Aber ich möchte jetzt nicht gleich woanders anfangen, sondern Sie doch fragen: Mit wem von Seiten der FPÖ haben Sie damals – da hat es das BZÖ noch nicht gegeben – gesprochen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich sage Ihnen noch einmal, dass ich mich auch bei den politischen Parteien Österreichs für das Projekt eingesetzt habe. Nach meiner Erinnerung ist es so, dass ich mit allen politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, Kontakt gehalten habe. Die Kontakthaltung fängt natürlich an der Spitze an. Aber ich kann Ihnen jetzt wirklich – wirklich! – nicht sagen, wann ich mit wem gesprochen habe.

Das habe ich gemacht, selbstverständlich, dazu stehe ich. Und wie die Namen in den Jahren 2002 bis 2003 oder wann immer lauteten, das ist nachzulesen. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner: Das ist ja auch nichts Schlechtes!*) – Nein, ich stehe auch wirklich dazu.

Wenn man etwas Großes anschafft – und ich höre, dass dies das größte Beschaffungsprojekt der österreichischen Streitkräfte seit ihrem Bestehen ist –, dann befassen sich ja wirklich die leitenden Persönlichkeiten, die Damen und Herren, damit, und ich habe versucht, bei denen Erklärungen abzugeben, ihnen zu erklären, warum, wie ich Ihnen soeben erklären durfte, wir nicht irgendwelche Gegengeschäfte gemacht haben, etwa: Wir liefern Flugzeuge für zwei Milliarden und kaufen Holzstämme für drei Milliarden!, sondern wirklich ein Konzept hatten, das auch bei der Beurteilung sehr beachtet wurde. Auch da habe ich gewisse Response bekommen und habe gesagt ...

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Haben Sie auch mit den Oppositionsparteien gesprochen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe gesagt: Mit den im Parlament vertretenen politischen Parteien, nach bestem Wissen und Gewissen. Ich wüsste nicht, mit wem ich sonst gesprochen hätte. Ich glaube, es sind – mit Ausnahme einer Partei – **alle** vertreten.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Namen werden wir da keine hören. Gehen wir einmal weiter!

Eine Frage, die mich interessiert im Zusammenhang mit den möglichen Kompensationsgeschäften bei einer Bestellung von SAAB Gripen, nachdem es möglich gewesen wäre, dass die Tschechische Republik, Ungarn und Österreich zusammen die Wartung von einem SAAB Gripen in Österreich durchführen: Haben Sie mit den Leasing-Verträgen vom Leasinggeber SAAB an Leasingnehmer Tschechische Republik und Ungarn etwas zu tun gehabt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein! Mit den Zusammenhängen Tschechische Republik und Ungarn war ich nie befasst. Es wäre möglich gewesen, dass ich in Zukunft bei einem Erfolgsfall von Gripen überhaupt in einem breiteren, größeren Zusammenhang noch unterstützend gewirkt hätte. Das war auch die Vorstellung. Aber während dieser ganzen Akquisitionsphase habe ich nie irgendetwas mit diesen beiden Ländern zu tun gehabt.

Ich weiß aber von den Überlegungen hinsichtlich eines Wartungsriings, und zwar auch für die Ausbildung, Ersatzteilhaltung, Wartung und Logistik, also die ganzen Sachen, die auch bei einem Preisvergleich von verschiedenen Produkten wichtig sind, also ich weiß, dass man hier sehr wohl auch österreichischerseits den Gedanken verfolgt hatte, mit den Nachbarländern eventuell etwas gemeinsam aufzubauen. Auch Slowenien war da noch in Rede. Kroatien überlegt jetzt auch eine Beschaffung. Dort ist auch wieder ...  
(*Abg. Dr. Fekter: Die Investition in Zeltweg meinen Sie, im Hinblick auf das Aircraft-Wartungscenter?*)

**Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner:** Frau Kollegin, könnten Sie die Frage dann stellen, wenn Sie wieder dran sind? – Bitte.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ich kann die Frage gleich aufnehmen, das ist ja nur eine Detaillierung der Frage. – Meinen Sie die Investition in Zeltweg?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, die meine ich nicht. Aber ich habe gehört, dass in Zeltweg etwas vorgesehen war.

Was ich meine, das ist eine wirklich große Lösung, nämlich wenn man Österreich als Zentrum genommen hätte für logistische Fragen – Ersatzteilfragen, Ausbildung, Dokumentation et cetera, also all die Dinge, die man richtig im Griff haben muss, wenn man so ein Gerät verwendet –, und zwar durch Zusammenarbeit, durch Kooperation der Nachbarländer Österreichs mit Österreich. Das war eine Überlegung! Das hat aber konkret mit Zeltweg nichts zu tun. Vielleicht wäre Zeltweg in einer Auswirkung noch zum Zug gekommen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Zurück zu Ihrer Beratungsfunktion: Sie haben vorhin, auf den Inhalt der Beratung angesprochen, gesagt, es war die österreichische politische Landschaft zu erklären, die österreichische Industrielandschaft besser verständlich zu machen. Für mich ist jetzt doch etwas fraglich, wieso es notwendig ist, British Aerospace die politische Landschaft und die Industrie in Österreich zu erklären, wo gerade British Aerospace bei SAAB beteiligt war und SAAB seit über vierzig Jahren mit Österreich in Verbindung steht, in Geschäftskontakt steht und seit jeher in bestem Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung ist.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe in einer früheren Antwort dazu festgestellt, dass auch mir das auf den ersten Blick nicht klar war und auch ich mir diese Frage gestellt hatte und dass daraufhin ganz offenkundig war, dass zwischen den beiden Häusern die Vereinbarung getroffen wurde – aus welchen Gründen auch immer –, dass BAE-Systems hier im Marketing unterstützend eingreifen oder wirken sollte. Soviel ich weiß, haben sie in anderen Ländern auch unterstützend gewirkt. Das entzieht sich aber meiner Kenntnis, denn ich war nur in diesem Zusammenhang hier tätig. (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Vielleicht können Sie mir jetzt weiterhelfen im Zusammenhang mit British Aerospace. Ich frage mich schon seit Beginn des Ausschusses, welchen Flugzeugtyp BAE lieber verkauft hätte: den Gripen oder den Eurofighter?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Verzeihen Sie die Replik, aber ich empfehle, **BAE** zu fragen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Das heißt, Sie sind nicht informiert?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** BAE führt die Geschäfte von British Aerospace, und **nur sie** können dazu Stellung nehmen. Ich weiß es nicht!

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Es hätte ja sein können, dass Sie informiert worden sind, nachdem Sie ...

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, nein! Das Einzige, was ich Ihnen sehr wohl sagen kann – und das scheint mir sehr wichtig zu sein, zumindest für mein Verständnis; wenn es auch für Ihr Verständnis von Wert ist, würde es mich freuen –, ist der wirklich absolute Eindruck, den ich gewonnen hatte, dass es sich hier um eine ganz, ganz harte Konkurrenz zwischen den beiden gehandelt hat. Also das steht für mich völlig außer Frage.

Und wenn man sich die Beteiligungsverhältnisse anschaut: Gut, bei SAAB haben sie eine Minderheitsbeteiligung, nicht einmal eine Sperrminorität. Das heißt, sie könnten bei SAAB mit zwanzig Prozent nach unserem Aktiengesetz nicht einmal irgendetwas ablehnen – ich weiß nicht, ob das schwedische anders ist –, das heißt, sie haben dort keine qualifizierte Minorität. Und sie haben bei EADS 33 Prozent. Das heißt, sie können dort nicht majorisieren, sie können nein sagen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Welche Wahrnehmung haben Sie persönlich gehabt zum mittlerweile äußerst bekannten und wesentlich überhöhten Angebotspreis durch SAAB für den Gripen in Österreich?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich war in die Preisbildungsgespräche und in die Entwicklung der Preispolitik nicht involviert. Das gilt aber generell für Berater. Das behalten sich Unternehmungen – das habe ich auch immer so gemacht – wirklich vor, im eigenen kleinsten Rahmen die Preispolitik zu machen und zu entscheiden. Ich muss Ihnen sagen, ich habe den Angebotspreis nicht einmal gekannt; ich habe ihn dann natürlich aus den Medien erfahren.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ein letzter Fragenkomplex: Ich möchte noch einmal zurückkommen zu Ihrer Funktion als Vorsitzender der Offiziersgesellschaft bis zum Jahr 1999. – Mit welchen primären Ansprechpartnern im Bundesministerium für Landesverteidigung hatten Sie zu tun, und zwar vor allem im **Amt für Wehrtechnik**, beim Materialstab **Luft** und in der Abteilung **Luftzeugwesen**?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** In meiner Funktion als Präsident der Offiziersgesellschaft habe ich null zu tun gehabt. Das habe ich ja vorhin erklärt: Das ist einfach ein Bestandteil meines Profils, so wie ich viele andere Bestandteile habe.

Hinsichtlich der Kontakte, die ich hatte: Ich habe mit dem österreichischen Bundesheer von Steyr aus laufend Kontakte auch bei Großprojekten gehabt, über 30 Jahre hindurch, intensivste, und zwar mit **allen Abteilungen** und sozusagen auf **allen Ebenen**. – Aber jetzt hier Namen zu nennen, das geht über mein Vermögen hinaus.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Die letzten 30 Jahre sind für mich nicht so wesentlich, sondern die letzten paar Jahre, in denen dieser Beschaffungsvorgang abgewickelt wurde. Das heißt, aus den Jahren 2002 und 2003 wird Ihnen doch ein Name bekannt sein, gerade in der Abteilung Luftzeugwesen – da gibt es ja nicht so viele Ansprechpartner, die Sie gehabt haben konnten – oder im Materialstab Luft und im Amt für Wehrtechnik. So viele Piloten gibt es nicht.



**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe ganz sicherlich mit General Corrieri laufend Kontakt gehabt. Ich habe sicher Kontakt gehabt mit den anderen führenden Generälen, aber auch mit den einzelnen Mitarbeitern auf dieser Ebene. Das sind Namen, die ich Ihnen nennen kann, ja.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Haben Sie mit Herrn Generalmajor Wolf Kontakt gehabt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich kenne Herrn Generalmajor Wolf, und zwar hat er mich, glaube ich, einmal bei Steyr besucht, und wir haben uns gesehen, aber wir pflegten keine privaten Kontakte. Aber ich kenne ihn. Und wenn er jetzt da wäre, würde er sicherlich auch mich erkennen. Aber in Relevanz zu dem Thema, das wir hier haben, haben wir keinerlei Kontakte gepflegt.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ist Ihnen **Brigadier Katter** in diesem Zusammenhang erinnerlich?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich kenne Herrn Brigadier Katter auch seit vielen Jahren.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** In diesem Zusammenhang?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ja ich weiß, dass er der Leiter der Luftabteilung ist, sofern ich das richtig zitiere, oder war. Und bei irgendwelchen Gelegenheiten werde ich wahrscheinlich ihm gegenüber auch erwähnt haben, dass ich der Meinung bin, dass Gripen mit allem Drumherum, mit den ganzen Dingen, die ich ja vor allem betrieben habe ... Ich habe ja nicht die Technik des Gripen vertreten, denn das könnte ich ja gar nicht, das war nicht mein Fachgebiet. Es ist möglich, dass ich das auch erwähnt habe. (*Abg. Mag. Darmann: Danke!*) – Gerne.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Diplom-Ingenieur, Sie haben sicher in den Medien verfolgt – auch in den letzten Wochen und Monaten –, dass Herr Steininger für EADS und Eurofighter tätig war. Ich weiß schon, dass ich Sie als Auskunftsperson nach Ihren eigenen Wahrnehmungen fragen muss, aber da Sie auch als **Berater** für **BAE** tätig waren, würde mich interessieren, ob es in diesem Segment, im Bereich der Rüstung üblich ist, dass man sich als Berater dann auch noch eine **Werbeagentur** oder eine **PR-Firma** zur Seite nimmt, um da noch beratend tätig zu werden. Denn: So, wie ich jetzt in den letzten Minuten Ihre Aussage verstanden habe, waren Sie selbst als Berater tätig und haben auch selbst die Gespräche geführt und haben das größtenteils selbständig gemacht. Es wäre daher meine Frage, ob es in diesem Segment üblich ist, dass man hier noch andere Personen mit einschaltet oder sogar eine PR-Firma damit beauftragt.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Bitte um Verständnis, wenn ich jetzt – Sie haben Herrn Steininger vorher zitiert – dazu wirklich nichts sage (*Abg. Dr. Haimbuchner: Das verstehe ich schon!*), denn das kann nicht meine Sache sein. Aber ich glaube, ich habe Ihre Frage verstanden und kann nur sagen: Warum nicht? Ich habe das auch in Ländern gemacht, weil sich ja die Verhaltensweisen, die Strukturen auch in diesem Zusammenhang ändern. Es wäre früher einmal vollkommen eigenartig gewesen, wenn man über eine Werbeagentur oder über extreme Aktivitäten in den Medien und im Fernsehen zu akquirieren versucht hätte. Es hat sich aber wirklich verändert.

Ich persönlich bin da immer eher zurückhaltend, weil ich nicht sehr viel davon halte. Aber es gibt Länder, wo man wahrscheinlich wirklich gut beraten ist, das zu tun. Und ich erinnere mich sehr gerne daran, weil es einer der größten Erfolge in der Geschichte des Pandur-Produktes war, dass in einem wirklich für meine Erfahrungen entsetzlich harten Kampf schlussendlich Steyr und Pandur gewonnen hatten. Und Steyr hatte dort eine Agentur eingeschaltet, hatte professionelle Medienberater und hatte auch noch

einen Berater à la Malzacher in Österreich. Und rückblickend muss ich sagen: Es war auch absolut notwendig! Also das ist eine Antwort, die ich Ihnen aus meiner Erfahrung geben kann. Das ist zum Beispiel eine solche Erfahrung.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Es ist in diesem Zusammenhang ganz interessant, dass Sie da schildern, in einem anderen Land, da Sie ja Erfahrungen in Österreich haben. Sie haben sich in Österreich, glaube ich, nie eine Werbeagentur zur Seite genommen.

Es mag durchaus sein, dass es in anderen Ländern spezifisch notwendig ist, das will ich überhaupt nicht bestreiten, aber haben Sie sich in Bezug auf die österreichischen Verhältnisse jemals gedacht: Na, es wäre doch ganz geschickt, wenn wir da eine PR-Agentur hätten!?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich gebe zu, beim Verkauf meiner eigenen Produkte von meinem eigenen Unternehmen – ich habe ja damals bereits die Mehrheit von Steyr besessen – wäre ich nicht auf die Idee gekommen, für den Radpanzer Pandur in Österreich eine Werbeagentur einzuschalten. Sicher nicht!

Wenn ich mir hingegen vorstelle, dass ein Unternehmen akquisitorisch zu wirken beginnt, ein Unternehmen, das in diesem Land noch nie ein Geschäft gemacht hat ... Und ich kann mich nicht erinnern, dass es schon eine erste oder nullte Welle von Eurofightern in Österreich gab; das war das erste Projekt, das man hier überhaupt verfolgte und wo man wahrscheinlich nicht sehr viel wusste.

Ich habe mir natürlich die Protokolle angeschaut, nicht alle 3 000 Seiten, aber doch gewisse Ausschnitte daraus, und ich weiß ungefähr, was Herr Dr. Bergner zu dieser Frage hier gesagt hat. Ich kann das letzten Endes wiederholen, weil Sie es ja selber schon gehört oder gelesen haben. Aber es ist sehr, sehr plausibel, dass er sagt: Das ist das erste Geschäft! Wir haben hier niemanden gekannt, wir waren hier Neulinge!

Ja was tut man in so einem Fall, noch dazu, wenn man so spät erst einsteigt? Es waren ja andere hier tätig, die haben schon zehn Jahre vorher begonnen. Und da ist man doch, soviel ich weiß, erst spät eingestiegen, und da hat man sich natürlich gedacht: Was tun wir: Nehmen wir uns eine Werbeagentur oder eine Medienagentur oder einen Berater?

Ich wollte jetzt nicht zu anderem argumentieren, das war auch kein Argument, sondern das war nur eine Antwort auf Ihre Frage.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Es ist in den Medien bekannt geworden, dass auch Herr **Mensdorff-Pouilly** einen Beratervertrag mit **British Aerospace** hat.

Jetzt meine Frage an Sie: Wie war denn das Verhältnis? Sie waren als Berater tätig, und Herr Mensdorff-Pouilly war oder ist als Berater tätig. Wir werden dann noch mehr dazu befragen können. – Wie war das Verhältnis zwischen Ihnen beiden? Wer war wofür zuständig? Was können Sie mir diesbezüglich erzählen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das ist sehr einfach zu beantworten.

Erstens: Ich kenne Herrn Mensdorff seit längerer Zeit, aber wir verkehren nicht miteinander, und wir haben keinerlei Kontakte, aber wenn wir uns jetzt sehen würden, würden wir uns kennen. Ich wusste, dass er auch BAE nahesteht oder beratend tätig ist, aber ich wusste nicht, welche Aufgaben er **in concreto** hat. Das kann nur er Ihnen sagen.

Ich kenne nur meine Aufgaben sehr genau, und dazu habe ich meiner Meinung nach ausführlich berichtet. Wir haben auch bei diesem Projekt nicht zusammengearbeitet,

sondern er hatte eine Rolle inne, die ich wirklich nicht näher kannte. Was auch zu sagen ist, und das ist vielleicht schon wichtig in dem Zusammenhang, ist, dass sich größere Konzerne oder Unternehmungen überhaupt **immer** und **prinzipiell** in ihren Beraterverträgen die Freiheit garantieren lassen, dass sie sich nicht **ausschließlich** an jemanden binden, sondern nach freiem Ermessen entscheiden, wen immer sie noch heranziehen wollen.

Daher ist es auch sehr normal oder in keiner Weise irgendwie auffällig oder abnormal, dass außer meiner Unterstützung hier noch andere tätig waren. Vielleicht kenne ich einige überhaupt gar nicht, aber das ist eine vollkommen normale Situation.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Sie haben erwähnt, Sie haben mit allen im Parlament vertretenen Parteien Gespräche geführt. Ich würde Sie konkret nach Personen fragen und ob Sie sich an diese erinnern können, also ob Sie zum Beispiel mit Herrn **Prinzhorn** gesprochen haben.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Bitte, ich lächle jetzt so, weil ich Dipl.-Ing. Prinzhorn seit 35 Jahren kenne und als Chef der Maschinenfabrik Andritz eine seiner ersten Maschinen umgebaut habe. Da waren wir beide noch sehr, sehr jung, knapp über 30. Das heißt, wir haben eine sehr alte Bekanntschaft. Und ich habe wahrscheinlich auch in diesem Zusammenhang einmal mit ihm gesprochen. Ich schließe das überhaupt nicht aus, aber einen intensiven Kontakt zwischen Herrn Prinzhorn und mir hat es in der Sache sicher nicht gegeben. Auch mit den anderen nicht.

Ich möchte das vielleicht auch ins rechte Licht rücken: Ich habe nicht Parteiengespräche geführt, sondern eben auch mit **maßgeblichen Herren** in diesen **Parteien** seit langer Zeit Kontakt gehalten und bei diesen Gelegenheiten eben auch alle meine anderen Sachen immer wieder angesprochen. Ich habe ja andere Projekte von Steyr gehabt; der Gripen war ja nicht mein Lebensinhalt. Und ich habe eben lobbiiert oder meine Wünsche geäußert: Vielleicht kann man das hier besonders genau prüfen, und vielleicht ist es besonders interessant, was man sich da vornimmt auf der Industriellenseite.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Diplom-Ingenieur!, das ist ja kein Vorwurf. Das ist durchaus legitim und auch das Geschäft in der Wirtschaft, das man mit verschiedensten Personen in Gespräche zu treten hat. Das ist gar keine Frage.

Abschließend würde ich gerne noch einmal auf Herrn **Steininger** zurückkommen. Ist Ihnen in Ihrer Beratertätigkeit die Tätigkeit des Herrn Steininger für EADS in irgendeiner Art und Weise besonders aufgefallen? Haben Sie da irgendwelche besonderen Wahrnehmungen gemacht, oder ist Herr Steininger sozusagen völlig an Ihnen vorübergegangen?

Ich sehe das vielmehr so: Da Sie als Berater für BAE tätig waren, wäre es durchaus im Bereich des Möglichen, dass Ihnen die Tätigkeit des Herrn Steininger in irgendeiner Art und Weise mehr aufgefallen ist.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich muss spontan sagen: Nein. Ich kenne ihn auch nicht, ganz ehrlich gestanden. Vielleicht haben wir uns irgendwann einmal gesehen, aber ich könnte hier nicht sagen, dass sich unsere Wege irgendwie direkt gekreuzt hätten.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Okay. Danke. (*Dipl.-Ing. Malzacher: Hoffentlich stimmt es!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Einige ergänzende Fragen: Was die Vertretung in Österreich betrifft – es wurde jetzt konkret nach **Mensdorff-Pouilly** gefragt –: Haben Sie Wahrnehmungen darüber, ob BAE Systems andere Vertragspartner für die, wenn ich das so sagen darf, „**Region Österreich**“ unter Vertrag gehabt hat?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Davon ist mir nichts bekannt. (*Abg. Mag. Kogler: Ist nichts bekannt?*) – Nein.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und zum angesprochenen **Mensdorff-Pouilly**: Ist Ihnen da bekannt, welches quasi geographische Aufgabengebiet der eigentlich hatte?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, das ist mir auch nicht bekannt (*Abg. Mag. Kogler: Ist Ihnen auch nicht bekannt.*), aber ich weiß, dass er, und zwar meines Wissens seit längerer Zeit, für BAE eine beratende Tätigkeit ausübt. Das ist mir bekannt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das haben Sie schon gesagt. Gut. – Wer waren denn Ihre Ansprechpartner bei BAE Systems?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das waren die Herrn des Marketings auf den verschiedenen Hierarchieebenen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Können Sie uns da einige Namen nennen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich weiß nicht, ob das unter die Geheimhaltungspflicht fällt. – Das ist sehr einfach. BAE hat relativ rasch einen Herrn in Österreich etabliert, einen „**Director Europe**“. So wurden die Herren bezeichnet, aber die waren nicht für ganz Europa verantwortlich, sondern haben einfach den Rang gehabt. Das war ein gewisser **Jon Mill**. (*Abg. Mag. Kogler: Können Sie das noch einmal sagen, auch fürs Protokoll vielleicht! Ich habe es auch nicht ganz verstanden.*) Das war Herr Mill. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, John Mill!*) John, wobei man eigentlich **Jon** sagen müsste, er hat nämlich nicht John geheißen, sondern **Jonathan**. (*Abg. Mag. Kogler: Aha!*) Ich möchte da jetzt nicht belehrend wirken, aber wenn Sie mich fragen ... – Es ist einfach genau so! Also Jon, aber jeder hat John gesagt. Er hat sich auch **Jon** geschrieben – und nicht John.

Jon Mill, und dann waren verschiedenste Namen, **Julian Scopes** zum Beispiel hat eine wichtige Rolle gespielt. Er war sogar **Executive Vice-President**, er hat also einen sehr hohen Rang gehabt. Ich würde sagen: Diese beiden waren sehr wesentlich, aber es waren insgesamt sicher mehr als die beiden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zurück zu den Jahren 2000 bis 2002 in Österreich. Frau Kollegin Fekter hat ja ihre Befragung sehr stark rund um die Inaussichtstellung von Gegengeschäften zentriert.

Ist Ihnen in diesem Zusammenhang das Industriewissenschaftliche Institut – **IWI** – ein Begriff?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich möchte nicht mit einer Gegenfrage antworten. IWI habe ich in Erinnerung. Ist das das ... (*Abg. Dr. Fekter: Professor Clement!*) ... Institut von Herrn Professor Clement? (*Abg. Mag. Kogler: Herr Professor Clement, wenn das hilft!*) Ja, den kenne ich, und daher kenne ich auch ist das Institut, das.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist Ihnen bekannt, dass nicht BAE Systems, sondern **SAAB selbst** bei diesem Industriewissenschaftlichen Institut

eine umfangreiche Studie zur Sinnhaftigkeit von Gegengeschäften speziell in Österreich in Auftrag gegeben hat?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich glaube, ich erinnere mich an irgendetwas in diesem Zusammenhang, aber mehr als das kann ich wirklich nicht sagen. Das ist eine ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Uns geht es nur darum, ob Sie eine Wahrnehmung haben, ob SAAB Auftraggeber für dieses IWI war?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Also ich getraue mich das wirklich nicht zu bestätigen, aber ich bestätige, dass ich mich erinnere, IWI irgendwann einmal gehört zu haben in meinen Gesprächen. (*Abg. Mag. Kogler: Na gut, das hilft uns so nicht weiter!*) Mehr kann ich ... – Ich kenne aber Professor Clement und habe mit ihm auch noch einmal ein Gespräch geführt, allerdings erst, als die ganze Geschichte schon vorbei war. Wir sind nämlich in Innsbruck ins gleiche Gymnasium gegangen und haben einmal in seinem Institut über die Sache gesprochen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Etwas ganz anderes noch einmal: Wir haben ja vorher gemeinsam herausgearbeitet, dass die vertragliche Vereinbarung von Ihnen mit BAE Systems durchaus eine Provision in Aussicht gestellt hätte für den Fall, dass die Republik **Gripen** kauft – so war die Fragestellung.

Können Sie die angebliche Üblichkeit von 5 Prozent Provisionszahlungen in Abhängigkeit von der Kaufsumme für Rüstungsgeschäfte bestätigen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe zu dieser Frage bereits vorhin Stellung genommen; ich wiederhole das aber sehr gerne. Im Zusammenhang mit BAE Systems will ich keine Stellungnahme abgeben. Ich kann und will meine Position, die ich eingangs erklärt habe, nicht verlassen. Dann wurde ich aber von einem Ihrer Vorgänger in der Befragung gefragt, ob ein solcher Prozentsatz im internationalen Rüstungsgeschäft nach meiner Erfahrung und meinem Wissen unüblich sei oder nicht. Soweit ich mich richtig erinnere, war das ungefähr der Inhalt der Frage. Daraufhin habe ich gesagt: Völlig getrennt vom Fall BAE Systems und völlig getrennt von dem hier anstehenden Projekt, aber ganz im Allgemeinen sind solche Prozentsätze nach meinem Wissen oder nach meiner Erfahrung nichts Außergewöhnliches.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie dann für sich in diesem gewöhnlichen Bereich eine Provisionsvereinbarung getroffen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Bitte um Verständnis, aber ich bleibe bei meiner Position. Ich glaube, ich habe jetzt so gut ich irgend konnte ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut. Wir haben es hinreichend versucht. Wir wollen keine Rodeo beim Bezirksgericht veranstalten. – Ich bin fertig.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe mich wirklich bemüht.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das waren wirklich klare und ausführliche Beantwortungen, und dabei können wir es auch protokollmäßig belassen.

Gibt es noch weitere Fragewünsche? – Kollegin Fekter, bitte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ich möchte schon darauf hinweisen, dass wir hier eine Ungleichbehandlung der Auskunftspersonen vorliegen haben, wiewohl uns das auch im Hinblick auf Ihren Beratungsvertrag schon sehr interessieren würde und Sie sich auf genau dieselbe Position wie Steininger zurückziehen, nämlich dass Sie das wegen der vereinbarten Vertraulichkeit nicht beantworten können.

Überhaupt ist eine sehr große Parallele zu Steininger in Ihrem Aufgabenbereich erkennbar, Herr Diplomingenieur. Sie haben vorhin erwähnt, Sie haben mit Opinionleadern gesprochen, Sie haben Ihrem Vertragspartner sozusagen die österreichischen Eigentümlichkeiten erläutert. Sie haben Lobbying betrieben. Sie haben eine Art Beratungshonorar erhalten. Auch Steininger hat ein Beratungshonorar bekommen. Sie wollen vom Inhalt Ihres Vertrages nichts mitteilen. Sie wollen uns nicht sagen, wie hoch Ihr persönlicher Profit ist. – Eigenartig ist das schon!

Können Sie ein bisschen zur Aufhellung beitragen? Mir drängt sich der Eindruck auf: Sie waren sozusagen „Steininger“ für SAAB oder BAE. – Liege ich da falsch?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Sie werden verstehen, dass ich zu Ihrem letztgenannten Vergleich *nicht* Stellung nehme. Das ist Ihre Sache, das zu beurteilen. Zum anderen unterscheidet uns eines sehr wesentlich, nämlich dass offenbar der von Ihnen genannte Herr die Interessen des Ausschussgegenstandes vertritt. – Ich nicht! Daher ist hier einmal eine *wesentliche Unterscheidung* Faktum.

Zum anderen glaube ich, dass ich mich sehr wohl zumindest bemüht habe – offenbar aus Ihrer Sicht in ungenügendem Maße –, auch über den Inhalt meines Vertrages zu sprechen, obwohl ich dabei sehr weit ging; aber das nehme ich auf mich.

Ich habe sehr ausführlich über die Aufgabenstellungen gesprochen. Ich habe sehr ausführlich mitgeteilt, wie der Duktus meiner Tätigkeit war. Das sind ja lauter Vertragsinhalte, wenn Sie so wollen. Ich bin dann auch noch weiter gegangen und habe Namen genannt, und habe nicht gesagt: Bitte, wenn Sie von BAE Systems einen Namen wollen, wer die hier vertreten hat, dann rufen Sie doch am besten einfach in London an! Nein, ich habe hier wirklich versucht, etwas beizutragen, konstruktiv zu sein und zu machen, was ich eben aus meiner Sicht kann.

Und was für mich eben bleibt, ist, dass wir hier zwei Funktionen vergleichen, nämlich eine, die für ein *unterlegenes* Produkt tätig war, und eine andere, die höchst erfolgreich für das *erfolgreiche* Produkt tätig war. Und ich meine, unter diesen beiden Voraussetzungen die Akteure in wesentlichen Dingen gleichzusetzen, das würde zumindest ich von meiner Seite aus *nicht* tun, aber das heißt natürlich nicht, dass es Ihnen nicht freisteht, das zu tun. Bitte, mich nicht misszuverstehen!

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bezüglich der Gelder, die von SAAB Gripen beziehungsweise BAE Systems in die Marktbearbeitung, in das Lobbying gesteckt wurden: Das Erfolgshonorar hat es nicht gegeben, weil der Vertrag so nicht zustande gekommen ist. Sie haben aber gemeint, dass BAE sehr wohl Marketing betrieben hat.

Hatten Sie ein Lobbying-Budget im Hinblick auf Ihre Kontaktaufnahmen, im Hinblick auf das Lobbying, das man betreibt? Hatten Sie da ein Budget für die Marktbearbeitung?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das ist eine ganz klare Sache. Ich habe keinerlei Budget gehabt, um irgendwelche Marketingfirmen oder Lobbyingfirmen beizuziehen oder Medienbeispiele zu machen, und so weiter. Dazu hatte ich kein explizites Budget.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sind diese Aktivitäten von BAE Systems selbst wahrgenommen worden oder hat das jemand anderer für SAAB betreut?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich weiß nicht, ob BAE Systems dazu noch Unterverträge vergeben hat. Das entzieht sich meiner Kenntnis; das weiß ich nicht. Und ich muss Ihnen auch sagen, ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen, ob SAAB direkt noch Unterverträge abgeschlossen hatte in diesem Zusammenhang. Ich weiß es nicht.

Was vielleicht hilft, ist: Ich machte immer die Beobachtung, dass diese Seite zurückhaltend war auf der Ausgabenseite. Diesen Eindruck hatte ich generell.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Erfahrung hat uns nach dem Draken-Kauf etwas ganz anderes gelehrt, aber lassen wir das einmal so stehen als Ihre Antwort. (*Dipl.-Ing. Malzacher: Vielleicht habe ich einen falschen Eindruck gehabt!*)

Bezüglich Personen: Kennen Sie den Bundeskanzler persönlich, und wie lange kennen Sie ihn schon?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Welchen Bundeskanzler meinen Sie? (*Abg. Dr. Fekter: Danke für die Frage und dass das ein Zweifel für Sie ist! Ich meine jetzt Gusenbauer!*)

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Da besteht für mich überhaupt kein Zweifel, denn ich verfolge auch die Medienberichterstattung und weiß, dass Gusenbauer derzeit Bundeskanzler ist. Da sich die Untersuchung jedoch nicht auf die derzeitige Situation bezieht, war ich der Meinung, Sie meinten vielleicht den Alt-Bundeskanzler. Verzeihen Sie meine offenbar etwas unterstützungsbedürftige Frage. – Ich kenne Herrn Bundeskanzler Gusenbauer persönlich, ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Kennen Sie auch **Brigadier Rudolf Hofer**?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Hofer kannte ich auch. Er war stellvertretender Leiter des Amtes für Wehrtechnik unter Brigadier Dechant, mit dem ich natürlich viel zu tun hatte, und in diesem Zusammenhang trat er immer wieder in Erscheinung.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Hofer hat sich selber als **Berater** von Gusenbauer bezeichnet, gemäß den Aussagen einer Auskunftsperson. – Würden Sie sich auch als Berater, Industrierberater von Herrn Gusenbauer bezeichnen? (*Dipl.-Ing. Malzacher: Nein!*) Kennen Sie ihn so gut, dass er auf Sie hört?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, das ist nicht der Fall.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es wird kolportiert, dass Sie der Sozialdemokratie nahe stehen. Oder ist das ein Fehler? Stehen Sie einer anderen Partei näher?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Frau Kollegin Fekter, das sind Fragen in einer Art und Weise, die wir hier mit Sicherheit **nicht stellen!** Die politische Gesinnung der Auskunftspersonen ist **nicht** Untersuchungsgegenstand! Wenn aber ein Zusammenhang mit Parteien und möglicher Einflussnahme auf den Untersuchungsgegenstand vorliegen, dann bitte ich, die Frage konkreter zu formulieren. – Sonst stelle ich eine bodenlos gemeine Frage, und frage Sie, Frau Kollegin Fekter, nach Ihrem Naheverhältnis zur Österreichischen Volkspartei, denn da gibt es Hinweise.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Die Auskunftsperson hat mehrmals die Industriellenvereinigung und ihr verdienstvolles Engagement in der IV und auch in der Wirtschaftskammer hervorgehoben, und da wollte ich eben eigentlich nur klarstellen, weil man hier im Ausschuss Wirtschaftskammer und ÖVP oder Wirtschaftsbund in einem Atemzug nennt, ob das bei Ihnen auch zutrifft.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Mit Freude sage ich Ihnen – jetzt weiß ich nicht, was ich sagen soll –, was ich bin oder was ich in Ihren Augen sein könnte. Es ist furchtbar einfach: Ich habe nie einer politischen Partei in Österreich angehört, habe

auch meine Karriere als damals Dreißigjähriger aus dem Ausland zurückkommend **ohne** irgendwelche politische Unterstützung gemacht, denn es hätte keine gegeben, weil ich auf keine zurückgreifen hätte können, bis zur Stunde nicht.

Ich bin seit 1973 – aber das weiß ich jetzt nicht so genau, das ist doch schon länger her – außerordentliches Mitglied des Österreichischen Wirtschaftsbundes, gehöre aber **nicht** der ÖVP an, weil ich eben **außerordentliches** Mitglied des Wirtschaftsbundes bin.

Herr Vorsitzender, verzeihen Sie, ich habe mir jetzt doch erlaubt, zu antworten, weil es mir ein Bedürfnis war. (*Obmann Dr. Pilz: Wenn es Ihnen etwas nützt, dann bitte!*) Mein Bedürfnis, über das erforderliche Maß hinaus zu antworten, ist erfüllt. – Danke.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Malzacher, mit dem Unternehmen **Wirtschaftsbund-Mitglied** oder **ad personam**?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Als Person Hans-Michael Malzacher, so wie ich da sitze.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Haben Sie auch eine Kammerfunktion?  
**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das habe ich vorhin eingehend erklärt: Ich hatte **zwei** Kammerfunktionen. Ich war lange Zeit Vorsitzender des Fachverbandes für die österreichische Fahrzeugindustrie, und ich war – wie das damals hieß, weiß ich nicht – Vorsitzender der Sektion Industrie in der Wirtschaftskammer Wien. Alle Funktionen sind zurückgelegt, und auch meine Funktion im Zentralvorstand der Österreichischen Industriellenvereinigung, dem ich beitrug im Jahre 1972, habe ich zurückgelegt. Ich bin ein vollkommen freier, unabhängiger Mann; so hoffe ich wenigstens.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bezüglich der Personen Katter, die Sie kennen, und auch Rudolf Hofer, haben Sie auch gesagt, kennen Sie: Kennen Sie auch **Karl Hofer**, Mitglied der Bewertungskommission?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, kenne ich nicht.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das SAAB-Gripen-Angebot ist ja ausgeschieden worden durch die Bewertungskommission wegen Mangelhaftigkeit; der Preis war nicht ermittelbar – und es hat dann ein Konkretisierungsgespräch gegeben. – Waren Sie in diese Konkretisierung vor dem zweiten Anbot involviert?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Das ist mir jetzt nicht bekannt, was Sie meinen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Im Jänner 2002 war die Angebotsfrist vorbei. Dann hat man die Angebote geöffnet und festgestellt, dass eigentlich das Gripen-Angebot unzureichend ist, und hat es mit Bewertungskommissionsbeschluss ausgeschieden. Dann hat man gesagt: Na gut, damit würde nur Eurofighter übrig bleiben. Dann hat man alle Angebote angesehen und hat gesagt: Okay, wir konkretisieren das Angebot, und man hat gewisse Veränderungen vorgenommen. SAAB Gripen war das einzige Unternehmen, mit dem man Gespräche geführt hat vor der Abgabe des zweiten Angebotes, und dieses Gespräch war insofern sehr eigenartig, weil **nur** mit SAAB Gripen gesprochen worden ist, nicht mit Eurofighter.

Waren Sie bei dieser Gesprächsanbahnung oder bei dem Gespräch selbst dabei? War Ihnen bekannt, dass SAAB Gripen ausgeschieden ist und dass man sozusagen noch einmal nachbessern musste?



**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Wenn ich nur wüsste, mit wem das Gespräch stattgefunden hat, dann würde ich mir leichter tun, zu wissen, welches Sie meinen. Sie sprechen hier von einem ...

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das war mitten in der Anbotsphase, also eine sehr heikle Phase an und für sich. Das erste Anbot war vorbei, und aufgrund des ersten Angebotes ist SAAB Gripen ausgeschieden worden – er war nicht ordentlich ausgepreist –, und für die Konkretisierung hat es Gespräche im Landesverteidigungsressort gegeben, um sozusagen die Gripen-Leute nachzuschulen.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Also, ich habe an solchen Gesprächen sicher nicht teilgenommen. Das wüsste ich. Wenn es ein Gespräch war von Gripen-Mitarbeitern mit Beamten des Verteidigungsministeriums, kann ich sagen, war ich nicht dabei, weil das wüsste ich.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Eine kurze Frage, Herr Dipl.-Ing. Malzacher: Österreich wurde oder wird ja von vielen als „SAAB-Land“ bezeichnet. Sie selbst haben in der Befragung heute das Paket Gripen als ausgezeichnetes Produkt beschrieben. Wir wissen auch, dass der damalige Verteidigungsminister Scheibner eher den Gripen präferiert hat, dass der Finanzminister, damals Grassler, keine Abfangjäger wollte, und, wenn unbedingt notwendig, dann die gebrauchten F-16.

Haben Sie Wahrnehmungen gemacht, warum es zu diesem Schwenk gekommen ist, dass, wenn der eine Minister das möchte, der andere das, am Ende dann ein Dritter herauskommt?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Na ja, ich darf sagen, Herr Vorsitzender, ich habe natürlich Ihre 120 Seiten auch gelesen über Ihren „Luftraum“, was ich hochinteressant gefunden habe, und sollten Sie je ein Buch schreiben, würde ich das erwerben. Ich sage das, damit Sie davon ausgehen können, dass ich weiß, was da drin steht, und ich habe auch Kenntnis der Protokolle, aber nur sehr fragmentarisch, nach Sub-Begriffen. Aber in der Schrift des Herrn Vorsitzenden wird ja genau dieser Frage ein ungeheuer großer Raum gegeben, und es wird – das ist aber jetzt nicht wertend – nahezu akribisch abgeleitet die Meinung, die man, implizit zunächst, liest, und es sind Fußnoten dort wie bei einer hochwertigen Dissertation.

Das wollte ich vorausschicken, damit Sie wissen, ich bin im Besitz dieser Kenntnisse und beziehe sie auch von dort, und ich kann jetzt, wenn ich mit Ihnen spreche, auf diesen Informationsfundus zurückgreifen. Das tue ich, und wenn ich jetzt die Parabel etwas kürzer fasse in diesem Zusammenhang, leitet es ja wirklich zu der Frage hin: Was hat denn hier sozusagen im letzten Moment oder relativ spät zu einem Umschwung geführt? – Ich weiß das nicht. Ich weiß das nicht, außer dass ich im Besitz der Argumente des Herrn Vorsitzenden hier bin. Und da kann man lesen, dass der eine teurer war, der andere billiger, dass man die Betriebskosten offenbar nicht angesetzt hat; das war 1 Milliarde € immerhin im Quervergleich, und verschiedenste Dinge mehr.

Aber zur Frage an sich: Was hat denn zu diesem Umschwung geführt?, kann ich wirklich nur eine Vermutung äußern, und wenn Sie die interessiert, gebe ich die gern von mir; wenn nicht, dann behalte ich sie auch bei mir.

Meine Vermutung ist eine sehr einfache: Dass bei so großen Vorgängen – und für Österreich ist das ein sehr großer wirtschaftlicher Vorgang, aber auch militärpolitisch, und er ist auch bündnispolitisch von großer Bedeutung; der bündnispolitische Aspekt ist nicht zu unterschätzen, mit allfälligen langfristigen Assoziationen in dem Zusammenhang –, vermute ich ganz einfach, eine Regierung – und das ist in keiner Weise illegitim – eine **politische Entscheidung** getroffen hat. Man hat sich alle Analysen, alle Bewertungen und so weiter machen lassen, hat also die berühmten

Vergleichstabellen gehabt. Zum Schluss hat man ja immer nur eine A 4-Seite vor sich, auch wenn es eine große Sache ist, so ungefähr. Und man kam eben, auf Grund von allen möglichen Überlegungen – und ich darf noch einmal sagen: wirtschaftspolitisch, bündnispolitisch, was weiß ich, was sonst noch, technologisch, et cetera –, zur Meinung, dass man das wahrscheinlich besser **so** macht.

Schlussendlich hat die Bundesregierung ja einen einstimmigen Beschluss gefasst – das hat sie gemacht, und sie hat ihn exekutiert. Also für mich als ganz einfachen Bürger dieses Landes, wenn Sie so wollen, der natürlich auch nachdenkt in diesem Zusammenhang, ist das eine Vermutung. Das ist meine persönliche Erklärung. Ich wüsste sonst keine Erklärung für mich.

**Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ):** Es ist für viele im Ausschuss diese Entscheidung wahrscheinlich überraschend zustande gekommen. – Haben Sie im Vorfeld, vor dem 2. Juli, Wahrnehmungen gehabt, dass der Deal für Sie schlecht laufen kann, also für SAAB?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Heute bin ich natürlich wesentlich gescheiter – nach der Lektüre von „Mein Luftraum“. Aber ich habe selbstverständlich meine Wahrnehmungen gehabt, und es war schon erkennbar, dass hier ein ganz starker Konkurrent auftritt. Das war erkennbar. Es war offensichtlich zunächst so, dass man sich zurückhielt, weil man der Meinung war, das Produkt ist einfach noch nicht da. Und das ist ja richtig. Da kann man ja ganz allgemein darüber diskutieren, da gibt es eine reiche Literatur, aus verschiedensten Parlamenten und Ausschüssen und auch aus Deutschland selbst. Das war damals offensichtlich, und man hat sich hier auch zurückgehalten, sonst hätte der schon viel früher kommen können. Dann kam er aber doch, und dann gab es die Zwischenlösung. Also es war schon erkennbar, dass hier ein ganz, ganz starker Konkurrent am Werken ist. Ich möchte im Nachhinein jetzt nicht gescheiter erscheinen, als ich bin: Es war natürlich bedauerlich für unsere Seite, nach zehnjährigen Bemühen, aber das war schon längere Zeit vorher nicht auszuschließen; sagen wir so. (*Abg. Mag. Kuzdas: Danke schön!*)

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Diplomingenieur, ich bin nicht ganz zufrieden, dass Sie uns nur die Wahrnehmung eines „einfachen Bürgers“ Österreichs kundgetan haben, denn Sie hatten ja, sage ich jetzt einmal, auch persönlich Kontakt zu Katter, und Katter war der Chef der Bewertungskommission.

Haben Sie mit ihm **nie**, auch im Nachhinein nie, darüber gesprochen, wie das damals in der Bewertungskommission gelaufen ist – 4 : 1 für den Eurofighter! –, und dass er sich selber intensiv bemüht **hätte**, das Ruder noch herumzureißen, indem er ja selber sich ein Stimmrecht arrogiert **hätte**, das er aber nicht gehabt hat laut Bewertungskommissionsrichtlinien? Wie waren die Gespräche mit Katter? Der muss Sie ja doch informiert haben, wie das gelaufen ist!

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Er hat wirklich nie eine Informationspflicht mir gegenüber gehabt, um das so zu sagen, und auch nie wahrgenommen. Katter ist etwas jünger als ich, aber wir kennen uns auch schon seit vielen Jahren. Mit Flugzeugen habe ich an sich nicht so viel zu tun gehabt, mit **Österreich** habe ich immer sehr viel zu tun gehabt. Aber Brigadier Katter war überhaupt sehr zurückhaltend, wie viele andere in dieser Zeit. Ich habe manchmal mit General Corrieri gesprochen. Mit dem habe ich klarerweise sehr viel zu tun gehabt. Aber wirklich: Ich hätte das auch nicht gemacht mit Herrn Katter, weil ich kenne ja Österreich ein bisschen, und wenn er einem Projekt zu nahe steht, dann wäre das kontraproduktiv. Selbstverständlich hätte er das auch nie gemacht. Abgesehen davon: Hätte er es gemacht, dann hätte ich weggehört. Aber das ist nicht Gegenstand gewesen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ihr Vertrag konkret hat 2002 begonnen, eher am Jahresanfang, und hat dann 2003 geendet, und das zum Jahresende. Kann man dann sagen, zwei Jahre war Ihr Vertrag? Oder hat er schon früher begonnen?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Es gibt *einen* Vertrag, der ausschließlich gilt, obwohl er ausgelaufen ist in allen nachwirkenden Bestimmungen, und der jede Relation, die vorher bestand, ersetzt hat. Das heißt, ich spreche also von diesem einen Vertrag, habe aber deutlich gesagt, dass ich lange vorher auch schon unterstützend tätig war. Der letzte Vertrag ist im Sommer 2003 ausgelaufen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Also nach der Vertragsunterzeichnung?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Knapp danach.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Da müssten Sie ja, wenn Sie vorher auch schon beratend tätig waren und dann intensiv die BAE Systems und SAAB-Connection betreut haben, auch mit Drescher zusammengearbeitet haben?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ich habe mit Drescher nie zusammengearbeitet. Ich kenne ihn, aber ich habe mit ihm nie etwas zu tun gehabt, außer, dass er, glaube ich, Honorarkonsul von Bolivien war oder von einem anderen Staat in Südamerika, wo wir Traktoren oder was verkauft haben. In Paraguay waren wir die Marktleader. Da war er mir schon ein Begriff. – Hoffentlich habe ich das jetzt richtig zitiert, wenn nicht, bitte mir das nachzusehen. Er war auch damals mit seinem Sohn schon einmal bei uns, aber ich habe nie mit ihm betreffend SAAB oder BAE Systems zusammengearbeitet.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wie hat sich Ihr Auftraggeber Ihnen gegenüber im Hinblick auf diese Doppelrolle geäußert? Ist es vertraglich mit Ihnen explizit verhandelt worden? Sie haben ja speziell erwähnt, da gab es die harte Konkurrenz, obwohl man denselben Eigentümer hatte. Wie hat der Auftraggeber hier Ihren Auftrag definiert? Weil in Wirklichkeit hat, wenn Eurofighter zum Zug kommt, BAE Systems ja eigentlich genauso viel davon. Ist das bei Ihrem Vertrag irgendwie, sozusagen als Trennlinie, genauer definiert worden?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Sie wurde in keiner Weise auch nur irgendwie tangiert, diese Frage, sondern bezieht sich auf die Unterstützung des Gripen. Und ich möchte schon feststellen: Das ist kein gemeinsamer Eigentümer! Das ist sehr, sehr wichtig festzustellen, denn BAE Systems ist, glaube ich, der viergrößte Rüstungskonzern der Welt und der fünftgrößte Lieferant an das Pentagon. Er hat halt eine, wie man sagt, Visitenkarte. Na gut, es sind nur 5 Prozent, aber bei den 20 Prozent auch bei SAAB war er interessiert, dass dort was weitergeht, hat das unterstützt, und andererseits haben sie 33 Prozent bei EADS.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe keine Ahnung, wie die meritorischen Vor- und Nachteile der beiden Linien für BAE Systems gewesen wären. Da ist doch wesentlich – wenn man jetzt als Industrieller denkt –, welche Wertschöpfung im einen oder im anderen Fall zum Zuge gekommen wäre, das heißt, wie viele Werkstattstunden in irgendeiner Werft bei BAE Systems irgendwo auf der Welt ausgelastet gewesen wären, zu welchen Konditionen im Falle Eurofighter oder im Falle von Gripen. Das ist eine ganz entscheidende Frage. Ich weiß das nicht.

Oder ist es die Frage, wenn man es mehr als Finanzanlage beurteilt, von wo höhere Ausschüttungen zu erwarten gewesen wären und welchen Einfluss dieses Geschäft auf die jeweiligen Ausschüttungen der Unternehmen gehabt hätten.

Das sind zwei wesentliche Parameter. Es gibt noch XX andere, aber ich weiß nicht, welche Vor- und Nachteile BAES zu gewärtigen gehabt hätte in dem einen oder anderen Fall. Da war meine Zuständigkeit in keiner Weise relativiert, was Eurofighter angeht, sondern ausschließlich bezogen auf Gripen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bezüglich des Gegengeschäftnutzens haben Sie uns eben erläutert, dass speziell mit den Radpanzern dieser 2- bis 4 Milliarden-Deal, der da im Raum gestanden ist, nicht zustande gekommen ist. – Hat Steyr-Daimler-Puch-Spezialfahrzeuge durch andere Gegengeschäfte jetzt mit EADS und deren Töchtern profitiert? Haben Sie sozusagen die Fronten wechseln können und Wertschöpfung aus dem Beschaffungsvorgang für Österreich lukrieren können? (*Dipl.-Ing. Malzacher: Nein!*) – Auch mit keiner Tochter, gar nicht? Ich meine, ihr seid im Technologiebereich tätig.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein. Österreich macht das nicht wie viele andere Staaten, dass sie unterscheiden zwischen **direkter** und **indirekter Kompensation**.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Gibt es! Haben wir auch. Indirekte Kompensation gibt es!

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Aber keine direkte.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Doch, laut Vertrag!

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Nein, keine direkte. Das Normale in allen anderen mir bekannten Ländern – ich kenne natürlich nur einige – ist: Die bestehen darauf, dass auch eine **direkte Kompensation** stattfindet, das heißt, eine Kompensation im Rüstungssektor selbst. Das heißt, wenn **Rüstungsgut** gekauft wird, dann wird verlangt, dass auch **Rüstungsgut** oder **Rüstungsprodukte** aus dem eigenen Land gegengekauft werden oder eben Joint-Ventures aufgebaut werden oder gemeinsame Entwicklungen gemacht werden oder investiert wird, was immer. Diese Direktkompensation hat auch immer den höchsten Multiplikator.

Nachdem es sehr oft nicht möglich ist, mit der direkten Kompensation allein das gesamte Kompensationsvolumen zu erfüllen, gestattet man dann auch am **indirekten** Sektor Kompensationen und hat dort natürlich verschiedene Gewichtungen, indem man also weniger Kürbisse akzeptiert oder was weiß ich, sondern möglichst hochwertige Produkte, die für die Nationalökonomie von Bedeutung sind. Das sind indirekte.

In unserem Lande machen wir das so nicht. Wir haben nicht dieses Muss-Kriterium, es **muss** auch die österreichische Rüstungsindustrie, die ja nur mehr sehr klein ist, miteinbezogen werden zu einem möglichst hohen Satz. Daher ist es letzten Endes auch nicht sehr verwunderlich, dass man dann nach Verlust des Gripen-Projektes, wo ja auch Steyr mit der Tochter sehr stark agiert hat und das Gegengeschäftskonzept ja entwickelt hatte, nicht besonders vorstellig wurde, denn ich weiß nicht, ob Deutschland sehr viele österreichische Schützenpanzer baut. – Das war jetzt eine eher eine humorvolle Bemerkung.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Jetzt haben Sie uns sozusagen als Experte oder aus Ihren Erfahrungswerten gesagt, dass Provisionen in Millionenhöhe, und zwar in nicht unerheblicher Millionenhöhe, quasi als Erfolgshonorar international **nicht unüblich** sind. Wir haben aber hier im Ausschuss eigentlich zu Tage gefördert, dass nicht nur Erfolgshonorare im Hinblick auf Provisionen geflossen sind, sondern im Vorfeld bereits das Geld geflossen ist, als **Lobbying-Geld**. – Denken Sie nur daran, dass EADS **Rapid** sponsert, um politisches Lobbying zu betreiben, denn dort gibt es ja keine Öffentlichkeitswirksamkeit.

Sind BAE Systems und SAAB ähnlich vorgegangen, bereits im Vorfeld politisches Lobbying zu betreiben? Mit Geld?

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Ja, eben. Auf Grund des Zusatzes kann ich jetzt auch eine Antwort finden. Mir ist das nicht bekannt, und ich habe vor einiger Zeit Ihnen auch sehr nachdrücklich gesagt, ich habe immer nur die Beobachtung gemacht, dass hier sehr genau gerechnet wurde und eine sehr sparsame Geschäftspolitik betrieben wurde. Ich habe also diese Beobachtung nicht machen können.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Das passt aber nicht dazu, dass SAAB ein heillos überteuertes Angebot abgegeben hat, weil ja alle Experten und auch die politisch Verantwortlichen bass erstaunt waren, dass SAAB so teuer war im Verhältnis zu Eurofighter. Also mit sparsam war da gar nichts.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Na ja, gut, das ist ja eigentlich eine Inversion, wenn Sie den Preis bekommen hätten ...

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wir spekulieren, dass die da etwas hineingerechnet haben, was vielleicht vorher schon ausgegeben wurde.

**Dipl.-Ing. Hans-Michael Malzacher:** Bitte, das entzieht sich meinem Beurteilungsvermögen, das entzieht sich jeglicher Wahrnehmung meinerseits. Ich kann dazu einfach gar nichts sagen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Waren Sie anwesend im Parlament bei jener Sitzung im SPÖ-Klub, wo das SAAB-Gripen-Projekt vorgestellt worden ist, gemeinsam mit hochrangigen schwedischen Politikern, veranstaltet von schwedischer Botschaft und Sozialdemokratie? (*Abg. Dr. Kräuter: Sie redet da immer von einem Vorhalt, der nicht stimmt!*) – O ja, weil da haben wir schriftlich die Einladung der schwedischen Botschaft, wo draufsteht, Einlader ist die schwedische Botschaft gemeinsam mit der SPÖ. Es waren hier schon Journalisten anwesend, die dort dabei waren. Also, Herr Kollege Kräuter, das abzustreiten ist unklug. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wenn es wieder zum Koalitionsstreit kommt, bleibt mir nichts anderes übrig, als die Sitzung zu unterbrechen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Waren Sie bei dieser Präsentation hier im Parlament anwesend? (*Dipl.-Ing. Malzacher: Nein!*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gibt es noch eine weitere Frage, Frau Kollegin Fekter?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Da uns die Auskunftsperson über Geldbeträge genauso wenig sagt wie der Steininger, tut es mir leid, keine weiteren Fragen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Schauen Sie, Frau Kollegin Fekter, wir haben das grundlegende Problem, immer wenn wir auf Ihr Drängen eingehen und zu den schärfsten Mitteln dieses Ausschusses greifen, müssen wir befürchten, wie im Fall Rapid, dass sie dann das Ganze zum Betriebs- und Geschäftsgeheimnis erklären und dann, wenn die Auskunft verhindert worden ist, am nächsten Tag wieder die Auskunft verlangen, gegen die Sie gestimmt haben. Deswegen bin ich dafür, dass wir mit diesem Verfahren eher zurückhaltend umgehen, um den Ausschuss nicht in ein falsches Licht zu bringen. – Gibt es dazu noch irgendwelche weiteren Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Herrn Malzacher herzlich für sein Kommen und für seine Auskunft! Die Befragung ist geschlossen! Danke schön. (*Dipl.-Ing. Malzacher: Danke auch!*)

(*Die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Malzacher verlässt den Sitzungssaal.*)

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Für eine kurze Pause **unterbreche** ich die Sitzung.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 15.24 Uhr **unterbrochen** und um 15.40 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)*

\*\*\*\*\*

15.40

**Obmann Dr. Peter Pilz nimmt** – um 15.40 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Alfons Mensdorff-Pouilly** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Alfons Mensdorff-Pouilly** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson MMag. Dr. Eberhard Wallentin** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Dr. Peter Pilz** begrüßt Herrn **Mensdorff-Pouilly** als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Alfons Mensdorff-Pouilly:** Mein Name: Alfons Mensdorff-Pouilly; Geburtsdatum: 7.9.1953; Anschrift: 7522 Luisling; Beruf: Bauer.

**Obmann Dr. Peter Pilz** fragt Herrn Mensdorff-Pouilly, ob er im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, was dieser **verneint**.

Der Obmann erinnert Herrn Mensdorff-Pouilly an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung. Sollte auf eine konkrete Frage nach Meinung von Herrn Mensdorff-Pouilly einer dieser Gründe schlagend werden, dann möge er den Verfahrensanwalt oder den Obmann darauf aufmerksam machen, und man werde die weitere Vorgangsweise besprechen.

Der Obmann weist Herrn Mensdorff-Pouilly weiters auf sein Recht hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, wozu er, wenn er von diesem Recht Gebrauch machen wolle, nach der Belehrung der Vertrauensperson die Möglichkeit habe.

Der Obmann ersucht nun die Vertrauensperson um Bekanntgabe ihrer Personalien.

**Vertrauensperson MMag. Dr. Eberhard Wallentin:** Mein Name: Eberhard Wallentin; Geburtsdatum: 9.4.1955; Anschrift: 1180 Wien; Beruf: Rechtsanwalt.

**Obmann Dr. Peter Pilz** fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Wallentin als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, was **nicht** der Fall ist, und setzt mit der Belehrung der Vertrauensperson fort.

Der Obmann erinnert auch Herrn Dr. Wallentin an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter – hinsichtlich des Inhalts der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage auf die Belehrung der Auskunftsperson Bezug nehmend – und weist darauf hin, dass strafrechtliche Folgen zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben könnte.

Der Obmann weist Herrn Dr. Wallentin ferner darauf hin, dass seine Aufgabe die **Beratung** der **Auskunftsperson** sei, er aber nicht das Recht habe, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, und dass er, wenn er sich nicht daran halte, als Auskunftsperson ausgeschlossen werden könne. Er könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei.

Sollte Herr Dr. Wallentin der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe er die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, der dann, wenn er es für erforderlich halte, ihn, den Obmann, informieren werde.

Der Obmann weist nunmehr die Auskunftsperson auf die Möglichkeit hin, eingangs eine persönliche Erklärung abzugeben, die diese wahrnimmt.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte! Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Gerne komme ich Ihrer Ladung nach, da ich dadurch die Gelegenheit bekomme, falsche Behauptungen über mich richtigzustellen.

Es waren weder ich noch meine Firma MPA Handels-GesmbH in die Abfangjägerbeschaffung in Österreich involviert, weshalb es auch **keine Verträge** dazu von mir und meiner Firma mit Gripen, SAAB, Eurofighter oder EADS gab.

In den letzten Jahren wurde ich mehrfach von manchen Medien und einigen Herren in diesem Raum fälschlicherweise als „Waffenhändler“ oder „Waffenlobbyist“ bezeichnet. Ich möchte daher diese Gelegenheit dazu nützen, ein für alle Mal klarzustellen, dass ich niemals in meinem Leben Waffen verkauft habe noch für Rüstungskonzerne lobbyingmäßig tätig war.

Meine Firma **MPA Handels-GesmbH** arbeitet für viele internationale Konzerne, die in den unterschiedlichsten Bereichen tätig sind. Meine Aufgabe verstehe ich darin, Firmen zu **beraten** und **Kontakte** zu für sie relevanten Geschäftspartnern herzustellen.

Der Einzige meiner Kunden, der mehr oder weniger in der Rüstungsindustrie tätig ist, ist BAE Systems. Gegenstand meiner Tätigkeit für BAE ist laufende Information des Sales- und Marketing-Personals von BAE in politischer und kultureller Hinsicht in Bezug auf Geschäftsgebräuche in Österreich, über Handelsbeziehungen in Österreich zu anderen Ländern, über Offset-Möglichkeiten und mir relevant erscheinende politische Entwicklungen.

Politisches Lobbying oder gar als Vertreter von BAE aufzutreten, war vertraglich ausdrücklich **untersagt**, und ich habe mich auch stets daran gehalten.

Wie Sie daraus ersehen können, war ich in die Vorgänge rund um die Abfangjägerbeschaffung in Österreich **nicht involviert**. Ich werde Ihre Fragen aber gerne trotzdem nach bestem Wissen und Gewissen beantworten, obwohl ich über die in der Ladung angegebenen Beweisthemen auch nur Information aus zweiter Hand und aus den Medien habe. – Danke.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Mensdorff, Sie haben jetzt gerade erwähnt, dass in Ihrem Vertrag untersagt ist, Lobbying zu betreiben. – Können Sie uns diesen Vertragsinhalt schriftlich vorlegen?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Da muss ich mit BAE reden. Aber diesen Teil, kann ich mir schon vorstellen, dass die sagen, das kann ich hergeben.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Was war dann konkret Inhalt des Vertrags mit BAE Systems?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Vertragsinhalt war seit dem Jahr 1992 einfach, in diesem Teil über österreichische Wirtschaft, über österreichische Politik zu berichten.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Haben Sie auch Aufträge lukriert, so nach dem Motto: Was wird ausgeschrieben? Welche Beschaffungsvorgänge stehen an?



**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Überhaupt nicht. Ich habe keinen Kontakt mit irgendjemandem in einem Ministerium diesbezüglich gehabt oder irgendetwas. Das System ist ein ganz anderes: Es gibt Damen oder auf jeden Fall Herren, die sich mit diesen Sachen beschäftigen. Meine Aufgabe war immer eine dritte: von außen einfach zu **beobachten**. Die meisten von denen, die in Österreich oder auch woanders etwas gemacht haben, haben gar nicht gewusst, dass es mich gibt, sondern der Vorstand von BAE als großer Konzern – aber, wie gesagt, bei mir ist das ein prozentueller Teil, denn wir haben große andere Konzerne, die viel interessanter sind – .... aber war nur für den Vorstand und für die Marketingleute, Erhebungen zu machen, Analysen zu machen, Zeitungen zu lesen und alle diese Sachen, und das seit 15, 17 Jahren, aber sich überhaupt nicht einzumischen in das Ganze, in irgendeine Abwicklung. Sie werden niemanden finden in Österreich oder auch in anderen Ländern – was man behauptet –, wo ich jemals mit einem Politiker oder mit einem Beamten über so etwas geredet habe. Das wäre am System vorbei gewesen!

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** War Ihre Tätigkeit produktbezogen oder die allgemeine Situation betreffend?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Rein die allgemeine Situation – alles, was einen Konzern interessiert. Ich kann Ihnen – und das wird vielleicht auch niemand oder nicht jeder glauben – gar nicht alle Produkte sagen, die alle meine Firmen, die ich habe, produzieren.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie waren bezüglich des Beschaffungsvorganges nicht involviert, aber Ihr Vertrag mit BAE Systems ist auch während des Beschaffungsvorganges aufrecht gewesen? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja!*) – Hat sich BAE Systems hier aktiv um Informationen bemüht, den Beschaffungsvorgang betreffend?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein, nur Informationen darüber wollten sie haben, haben aber nicht in irgendeiner Form gesagt: Misch dich da ein!, oder: Misch dich dort ein!, oder irgendwas. Das hat BAE Systems ja gar nicht wirklich interessiert – auf jeden Fall die Ebene, die ich berate.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die anderen Firmen? – Es waren ja mehrere Firmen bei den Ausschreibungen beteiligt, wie SAAB beispielsweise.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Auch nicht. Das hätte ich gar nicht dürfen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wie steht Ihr Vertragsverhältnis zu den Konkurrenten untereinander? Oder sind jene Firmen, die Sie da beraten, keine Konkurrenten in dem Sinne? Wie muss man sich das vorstellen, wenn hier sozusagen einerseits BAE Systems, andererseits SAAB – ich weiß nicht, für welche Firmen Sie noch tätig sind – ...?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Das habe ich jetzt nicht verstanden: Firmen, die solche Flugzeuge produzieren?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Nein. Firmen, die Sie beraten, stehen die in Konkurrenz zueinander?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein, das ginge gar nicht. Ich würde nie eine Firma nehmen, die mit einer anderen eine Konkurrenz hat. Das ist ja kein anständiges Arbeiten.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie sind nur in Österreich tätig? Oder – wir wissen ja auf Grund der Medienberichterstattung – auch im Ausland? Wie schauen da Ihre Beratungsverträge aus, mit welchen ...

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Das werde ich Ihnen hoffentlich noch richtigstellen können, was die Medien schreiben. Aber ich berate Firmen, die wir in Österreich beraten, auch in manchen Nachbarländern mit. (*Abg. Dr. Fekter: Beispielsweise?*) – Beispielsweise Ungarn, Kroatien, Rumänien, Bulgarien.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wenn es nicht um Waffengeschäfte geht, um welche Art von Geschäften geht es dann?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Es geht um Technologiekonzerne, es geht um medizinische, pharmazeutische Firmen. – Alles muss ich Ihnen, glaube ich, nicht erzählen, Frau Abgeordnete, oder?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sofern es nicht mit dem Beschaffungsvorgang zu tun hat, liegen Sie richtig – obwohl wir neugierig sind, an und für sich.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich habe auch nichts zu verheimlichen, aber ...

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es ist ja von Schweden ausgehend, in Schweden eine Untersuchung aktuell laufend, wo im Hinblick auf das Lobbying von SAAB die Bestechungsvorwürfe untersucht werden. Da wird immer Ihr Name so in einem Atemzug genannt. – Können Sie uns dazu Näheres erläutern?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Im Prinzip, glaube ich, betrifft es nicht eine österreichische Sache, aber ich sage Ihnen gerne, dass das alles falsch ist, auch wenn das schwedische Fernsehen einen angeblichen Vertrag von mir vorgezeigt hat, wo aber nur mein Name drinnen steht, der weder unterschrieben noch sonst irgendetwas ist. Und darauf basiert leider alles.

Es hat mich schon auch interessiert, was da für Schmäh herumkursieren, und wir sind draufgekommen, es hat das schwedische Fernsehen ein Stück Papier gefilmt, und daraufhin schreiben alle Medien jetzt, inklusive Österreich: „Das schwedische Fernsehen hat gesagt, ...“ – Die kann ich leider auch nicht alle klagen. – „Das schwedische Fernsehen hat behauptet, es könnte Folgendes gewesen sein: ...“ – Und auf das bauen alle auf. Jetzt fängt gerade Ungarn an – derselbe Schmäh.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Ist das Schriftstück falsch oder sind die Schlussfolgerungen falsch?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich kenne das Schriftstück nicht, aber ich weiß, was ich unterschrieben hätte. Und ich habe *niemals* so etwas unterschrieben. Wenn jemand über mich etwas schreibt, eine Firma an die andere, kann ich es leider nicht verhindern. Aber ich kenne dieses Schriftstück nicht, und ich habe auch niemals so ein Schriftstück unterschrieben! Daher habe ich auch – um vielleicht andere Fragen vorwegzunehmen – niemals eine Provision von, ich glaube, 4 Prozent oder was angeboten bekommen. Ich habe niemals in diesem Zusammenhang Provisionen genommen. Das würde ich auch nicht tun! Da wäre das System falsch.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Muss ich mir das dann so vorstellen: Sie sind nicht erfolgshonoriert, sondern Sie haben einen Beratungsvertrag mit einem Fixum? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Jawohl!*) – Und der läuft schon seit 1992?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Seit 1992 – mit verschiedenen Änderungen, klarerweise. Ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** An welchen Informationen insbesondere waren Ihre Vertragspartner während des Beschaffungsvorganges interessiert?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich muss Ihnen sagen, nicht mehr und nicht weniger als sonst: Wie die politische Situation ist, wie die wirtschaftliche Situation ist, wo die Republik glaubt, dass sie das Geld herhat – nicht wirklich aufregend mehr.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** War für Sie überraschend, dass Eurofighter in Österreich zum Zug kam – im Hinblick darauf, dass wir ja als Gripen-Land gegolten haben?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich war relativ sehr überrascht, weil ich gedacht habe, das eine ist billiger – ich meine, das habe ich mir nur als Staatsbürger ausgerechnet –, und dann kam plötzlich das andere. Ich habe nicht damit gerechnet, muss ich gestehen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Hat Ihre Beratung auch die Gegengeschäfte betroffen?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein, weil die Gegengeschäfte der machen muss, in dem Fall, der das Geschäft gemacht hat.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie haben weder mit Eurofighter noch mit EADS irgendwann einmal Geschäftsbeziehungen gehabt?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein. Habe ich nicht. (*Abg. Dr. Fekter: Nie?*) – Nie.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** BAE Systems ist ja für Eurofighter in Österreich meines Wissens nicht aktiv aufgetreten. Hat es da etwas, was sozusagen ich nicht wahrgenommen habe, oder hat es hier ein Lobbying-Büro gegeben, das sozusagen Lobbying für BAE Systems gemacht hat? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Das heißt, das ist ausschließlich von EADS abgewickelt worden?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Soviel ich weiß, ja. Ich weiß nichts davon, dass BAE hier ein Büro gehabt hätte. Das hätte ich ziemlich sicher gewusst.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Waren Sie in Fliegergeschäfte in den anderen Staaten und Nachbarländern involviert?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** In der gleichen Weise wie hier: dass ich einen Konzern beraten habe oder seine Fragen beantwortet habe. Diese Beratung besteht auch nicht darin, dass man jetzt allzu viele seitenlange Berichte schreibt, sondern ich fliege einmal im Monat nach London, dort treffe ich mich mit jemandem vom Vorstand, und der fragt mich dann – aber nicht nur über Österreich und ob die Donau noch blau ist oder nicht, sondern halt auch über alle möglichen Zusammenhänge. In der letzten Zeit haben wir sehr viel über Ungarn geredet, was die politischen Gründe des Herrn Orbán sind, und diese Sachen. Das interessiert einfach eine Konzernführung – und das kriegen sie von ihren Lobbyisten und von ihren Händlern und von denen **nicht** geliefert!

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Bezüglich der Situationen in Österreich, Beschaffungsvorgänge betreffend, insbesondere die Ausschreibung betreffend Bundesheer: Haben Sie Kontakte zu hohen Offizieren im Bundesheer?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich habe einen, mit dem bin ich verwandt, oder zwei. Aber das ist der einzige Kontakt, den ich dorthin habe.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Können wir den Namen wissen?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich weiß nicht, ob die das sehr gerne haben würden. Muss ich das?

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wenn er in den Beschaffungsvorgang involviert ist, interessiert uns das schon!

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein, die waren beide nicht in den Beschaffungsvorgang ... – meines Wissens überhaupt nicht. Ich habe auch nie mit ihnen darüber geredet.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Sie haben also mit der Fliegerei, Luftfahrt nichts zu tun? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nichts zu tun!*)

Bezüglich dieser Beratungsaktivitäten: Jetzt sage ich einmal, die Herrschaften kennen ja untereinander, wer berät, wer Lobbyist ist. Kennen Sie die Lobbyisten, die dann auch für Ihren Konzern das darüber hinaus machen, was Sie nicht liefern können?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich kenne sie hauptsächlich von den Medien oder vom Grüß-Gott-Sagen, aber ich habe mit keinem irgendwie einen intensiveren Kontakt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wer ist der Lobbyist für British Aerospace, also **BAE Systems**, die Nachfolgefirma?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Niemand, meines Wissens.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Hier in Österreich? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Das war so, weil British Aerospace bei uns nicht auftreten ist; das hat für den Konzern EADS abgewickelt ...

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Die sind beteiligt daran und die haben das selbständig gemacht, diese EADSler. British Aerospace hat hier meines Wissens niemanden gehabt, der für sie in irgendeiner Form lobbyiert hat.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Für mich ist die Situation irgendwie ein bisschen unverständlich, dass BAE Systems einerseits am Eurofighter und andererseits auch am Gripen beteiligt ist. Wie muss man sich das im Konzern vorstellen? – Die haben immer in Wirklichkeit zwei Hüte gleichzeitig auf.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich habe ein paar Mal mit ihnen geredet, habe gesagt: Passt auf, das wird euch noch auf den Kopf fallen! – Und die haben gesagt: Was sollen wir machen: Wir können nicht eine Firma davon verkaufen!

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** War hier für Ihren Auftrag eine Trennung gegeben im Hinblick darauf, dass man nur Informationen für eine Seite wollte – oder war das irgendwie vermengt?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nachdem ich nur British Aerospace nach London berichtet habe, habe ich keine Ahnung, was die damit gemacht haben. Ob die jetzt den einem, wo sie 20 Prozent oder 40 besitzen haben, mehr gegeben haben als dem anderen, wo sie 37,5 Prozent besitzen haben – ich weiß es nicht. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner übernimmt den Vorsitz.*)

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Herr Mensdorff, ich möchte das noch ein bisschen vertiefen und mit einer authentischen Aussage beginnen. Da gibt es einen Artikel im „FORMAT“ vom ... (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Vom 26. 11.!*) – Sie wissen es auswendig. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Der ist falsch!*) – Einen Artikel vom 26. 11. 2001. Da sagt der britische Rüstungskonzern British Aerospace:

„Ja, Herr Mensdorff-Pouilly hat einen Beratervertrag mit uns“, bestätigt Jonathan Mill, Europa-Direktor des Konzerns ...“ „Er beobachtet für uns den gesamten Militärmarkt in Österreich.“

Jetzt haben Sie gesagt, über die österreichische Wirtschaft, die österreichische Politik berichten Sie, aber nie für Rüstung zuständig. Aber hier sagt dezidiert Herr Mill, Sie beobachten den Militärmarkt. – Was sagen Sie dazu?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Herr Doktor, ich weiß nicht, was der Herr Mill im Jahr 2001 sich da eingeschränkt hat. Natürlich lese ich auch die Zeitungen über den Militärmarkt, was dort passiert. Aber es ist nicht ausgeschlossen. Er schließt es ja auch nicht aus.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Er sagt deutlich: „Er beobachtet für uns den gesamten Militärmarkt in Österreich.“ – Das war ja ganz eindeutig. Da ist es dezidiert um Rüstungsfragen gegangen.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Im Jahre 2001 ist meines Wissens ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Und diese Antwort ist im logischen Zusammenhang. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Wieso?*) – Wenn von Journalisten der britische Rüstungskonzern, British Aerospace gefragt wird und dann gesagt wird, dass Sie den Militärmarkt beobachten, dann ist ja das eindeutig.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Er hätte sagen können: den Militärmarkt – Beistrich –, den Wirtschaftsmarkt – Beistrich –, den Kulturmarkt – Beistrich, ... Da müssen Sie ihn fragen, warum er das gesagt hat.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das heißt, das stimmt nicht?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Das sage ich ja nicht, dass es nicht stimmt – dass der Militärmarkt nicht auch stimmt, Herr Doktor!

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Dann gehen wir einmal davon aus, der Herr Mill hat sich da geirrt oder das unzureichend ...

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Das sage ich ja gar nicht. Ich sage ja nicht, dass er sich geirrt hat. (*Abg. Dr. Kräuter: Aber?*) – Aber vielleicht hat er nicht alles gesagt. Ich meine, Sie wissen ja auch, dass Journalisten ... – Vielleicht hat er ein bisschen mehr gesagt und das andere war uninteressant. Darum habe ich ja auch am Anfang gesagt: Man will mich ja nur als Waffenlobbyist hinstellen. Den Journalist, der den gefragt hat, den hat nur der Militärmarkt interessiert. Der Rest hat ihn nicht interessiert – nehme ich jetzt an.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Gut. Lassen wir das jetzt einmal so stehen! Wenn man dann einen Satz weiter liest, kommen wir ja schon zur nächsten problematischen Sache. Da heißt es:

„Ob Mensdorff-Pouilly bei Vertragsabschlüssen Provisionen bekommt, will man in der British-Aerospace-Zentrale nicht beantworten.“

Da wäre es ja wirklich das Einfachste der Welt gewesen zu sagen: Nein, er hat bei uns ein Fixum.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Verehrter Herr Nationalrat, dazu kann ich Ihnen auch Folgendes sagen: So ein Konzern hat – weiß ich nicht, ich schätze jetzt – 100, 150 Berater rund um den Erdball. Die haben alle ein bisschen verschiedene Verträge und die wollen jetzt hier nicht in Kategorien machen.

Ich kann Ihnen auch eines sagen zum Beweis: Schauen Sie nach! Es muss aus dem Jahr 1992 einen Brief im Verteidigungsministerium geben, wo British Aerospace an das Verteidigungsministerium schreibt:

Wir teilen mit, dass ab jetzt British Aerospace von keinem Agenten, Vertreter mehr vertreten wird, sondern wir nur mehr Government-to-company-Verträge machen wollen.

Diesen Brief gibt es, den habe ich. Das war meine erste Aktion dort, dass ich denen das eingeredet und gesagt habe: Haut einmal alle diese Agenten hinaus, weil damit

bekommt ihr einen schlechten Ruf! Geht doch selber hin, setzt euch selber hin und redet mit denen!

Das heißt, in Österreich war es ab 1992 für BAE wieder ganz anders als in Singapur, in Pakistan – weiß der Kuckuck wo. Das heißt, so ein Pressesprecher – Herr Nationalrat, das wissen Sie auch – versucht da, so offen wie möglich zu sein. Mich hat das nicht betroffen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Bleiben wir beim Thema **Provisionen**. Wir sind ja da ein bedeutendes Stück weitergekommen. Ich möchte Ihnen vielleicht kurz zitieren, was Herr Rauen gesagt hat. Herr Rauen hat auf meine Frage, ob er Prozentsätze ausschließt, gesagt:

„Ich habe gesagt, ich kann dazu keine Aussage machen, weil das nicht in meinem Zuständigkeitsbereich ist.“

Ist ja auch interessant. Das deckt sich ja mit dem anderen.

Herr Rauen weiters: „Im Übrigen denke ich, dass es in jedem Land hochgradig unterschiedlich ist. Falls es so etwas, wie Sie sagen, Herr Abgeordneter, gäbe, solche Prozentsätze, würde ich zumindest davon ausgehen, dass sie nicht in jedem Land gleich sind, weil es unterschiedliche Anforderungen gibt.“

Jetzt war Herr Malzacher vor einer Stunde ungefähr da und hat gesagt, 5 Prozent bei der Auftragssumme als Provision würde er – hat er wörtlich gesagt – nicht als **abnormal** bezeichnen; es ist auch nichts Außergewöhnliches für Lobbyisten und Vermittler.

Jetzt kennen Sie ja viele Jahre lang und sehr gut die gesamte Szenerie. Ich möchte Sie einfach fragen: Halten Sie die Aussage von Herrn Malzacher so für plausibel? Deckt sich das mit Ihren Einschätzungen?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich kann Ihnen das darum nicht sagen, weil auch da Sie leider vielleicht meine Unkenntnis und Dummheit akzeptieren müssen. Ich habe nie mit Herrn Malzacher oder sonst jemandem über seine Provisionen geredet. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe nie welche bekommen, weil das ein anderes System ist. Ich berate die Spitze oben. Und die Lobbyisten, Händler, was immer, die machen ihre „Gschäftln“. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob jemand 5 Prozent bekommen hat oder nicht, ob das viel ist oder nicht. Für mich als kleinen Bauer sind 5 Prozent wahnsinnig viel.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Habe ich das akustisch richtig mitbekommen, haben Sie doch „Bauer“ bei der Berufsbezeichnung gesagt?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ja. Ich bin Bauer. Das ist mein Hauptberuf.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wir sind so lange – bis heute in Wirklichkeit – im Dunkeln getappt; so relativ kleine Zahlungen für diese Prozentverhältnisse wie 6,6 Millionen für die Rumpolds und so weiter ... Und beispielsweise hat Herr Ott hier gemeint, er hat ein Honorar ... – Sie kennen den Herrn Ott von der Ott GesmbH, der Lobbyist war?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ja, das habe ich in der Zeitung gelesen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Der hat hier gesagt, er hat ein Honorar für diesen Zeitraum von 66 000 € bekommen. – Also, Peanuts natürlich vergleichsweise. Und jetzt geht aus einem Akt hervor – ich zitiere –:

Peter Ott wird bald in Pension gehen, ist derzeit politisch engagiert (Wahlkampf für Dr. Schüssel), hat nur kurzfristig keine Umsätze.

Dann aber, nach Anruf des Herrn Schwarzinger (*phonetisch!*), der dieser Frage noch einmal nachgegangen ist, heißt es:

Herr Ott hat sehr wohl gigantische Umsätze, die aber nicht der 20-prozentigen Umsatzsteuer unterliegen, sondern Auslandsumsätze sind. Diese fallen unter die Katalogleistungen. – Zitatende.

Das heißt, der Herr Ott, der hier gesessen ist und uns von 66 000 € erzählt hat, da geht aus einem Akt hervor, dass er **gigantische** Umsätze im Ausland hat. (*Abg. Dr. Fekter: 800 000! Von denen hat er dezidiert gesprochen! Jeden einzelnen belegt!*) Und daher möchte ich Sie jetzt fragen, denn Sie haben die Erfahrung – auch wenn die Frau Kollegin Fekter jetzt nervös ist – und Sie sind ja immerhin zumindest, wie unbestritten feststeht, seit 1991 Berater ... Ich weiß nicht, ob ich das Jahr richtig zitiert habe.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich glaube, es ist 1992.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja. Daher glaube ich, ist es ja legitim – Sie haben die Erfahrung, Sie kennen viele Akteure – zu fragen, ob Sie Prozentsätze von 5 Prozent, wie der Herr Malzacher sagt, für **realistisch** halten.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Also, wenn es der Herr Malzacher sagt, wird es realistisch sein, muss ich Ihnen sagen, weil der ist in dem Geschäft. Dem will ich gar nicht widersprechen, wenn er das sagt. – Ich kann es Ihnen nicht bestätigen.

Ich würde nicht als erste Aktion ... Entschuldigen Sie, es steht mir nicht zu als „kleinem Wähler“, einen Abgeordneten zu unterbrechen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Bitte! Ich habe **Sie** unterbrochen.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich würde nicht als erste Aktion einem Konzern sagen: Hör' auf mit diesen Kommissionären, weil damit wird dein Ruf schlecht, und dann nachher über Kommissionen reden für andere, für mich, für irgendjemanden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Es geht ja nur um die grundsätzliche Frage.

Aber ich möchte zu einer anderen Frage kommen. Sie haben gesagt, Sie sind ein kleiner Bauer. Da wollte ich Sie fragen, ob dieser „kleine Bauernhof“ auch zu Ihrem Gut gehört. (*Abg. Dr. Kräuter hält das Bild eines Schlosses in die Höhe.*)

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das ist im „Guardian“ abgebildet, und da wird eben ...

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Das gehört nicht zu meinem Bauernhof, nein.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie den „Guardian“ geklagt? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Bitte?*) – Haben Sie den „Guardian“ geklagt?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein, weil das gar nichts bringt. – Die haben das an einem Tag geschrieben und nie mehr wieder.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Gehört Ihnen dieses Schloss (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) in Schottland? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Das gehört Ihnen nicht. – Aber der „Guardian“ hat es geschrieben und Sie haben das nicht dementiert. (*Abg. Dr. Fekter: So viel zur „Wahrheit“ in den Medien! – Abg. Gahr: Das sind ja Schlösser, bitte!*) – Na ja, wenn es ihm nicht gehört?

Herr Mensdorff-Pouilly, ist Ihnen Herr **Steininger** bekannt? (*Weitere Zwischenrufe.*) – Na, wenn mich der Kollege reizt, werde ich noch ein bisschen nachfragen: Also, Ihnen

persönlich gehört dieses Anwesen nicht? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Kennen Sie es?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ja, ich kenne es: Es gehört einer Firma, die auch nicht mir gehört, sondern das gehört einer ungarischen Firma.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** In welcher Hinsicht sind Sie mit dieser Firma, der dieses Schloss gehört, in Verbindung?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Diese Firma? – Es gibt eine Firma, der gehört das. Die gehört einer ungarischen Firma, und diese ungarische Firma gehört der MPA in Wien.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Also gehört Ihnen dieser „kleine Bauernhof“ doch.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein! – Aber, Herr Abgeordneter, was hat das mit dem Ganzen ...? – Ich beantworte Ihnen jede Frage! Ich setze mich nicht hierher und sage: Ich beantworte nichts.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Schauen Sie, ich wollte ja dann nur nachfragen, welche Tiere, welche Zucht man da haben muss, dass man sich sozusagen solch einen Bauernhof erwirbt. – Können Sie uns sagen, wann Sie diesen Bauernhof über Ihre Firma erworben haben?

**Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner:** Der Herr Verfahrensanwalt ist der Meinung – und wir schließen uns seiner Meinung an –, dass das **nicht** Gegenstand der Befragung sein kann.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das war sowieso aufschlussreich.

Ist Ihnen Herr **Steininger** bekannt?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** ... mit den Gegengeschäften zu tun gehabt haben.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Vorher haben Sie ihn nicht gekannt? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Sie haben vorher bei der Befragung ausgeschlossen, dass Sie in irgendeiner Weise etwas mit dem Eurofighter-Geschäft, mit den Gegengeschäften zu tun gehabt haben. – Haben Sie irgendetwas mit der Finanzierung zu tun gehabt? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Vielleicht irgendetwas mit der BAWAG P.S.K., als Provisions...?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Dafür hat sich Herr Abgeordneter Dr. Cap entschuldigt – wollen Sie den Armen noch sekkieren?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich wollte Ihnen hier unter Wahrheitspflicht, die wir ja haben, eben diese Frage stellen: ob Sie vielleicht auch im Zuge der Vorfinanzierung ...?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Glauben Sie, dass ich mit Herrn Elsner ein Geschäft gemacht hätte, über ...?

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wissen Sie, was uns hier im Ausschuss regelmäßig passiert? – Als wir Herrn Wolf gefragt haben: Ist Herr Steininger Ihr Trauzeuge?, hat er das entrüstet von sich gewiesen. Als man ihn dann gefragt hat: Ist er der Trauzeuge Ihrer Frau?, hat er das bejaht.

Und daher frage ich eben ein bisschen kompliziert, ob Sie beispielsweise im Zusammenhang mit der Vorfinanzierung durch die BAWAG Provisionszahlungen bekommen haben.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Herr Doktor, ich kann **ausschließen**, dass ich irgendetwas mit der Finanzierung oder mit dem Erwerb zu tun gehabt habe.



**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie irgendetwas mit Provisionen bei Gegengeschäften zu tun gehabt? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Kennen Sie Frau Keglevich?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Die kenne ich dem Namen nach, auch aus den Medien.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Haben Sie mit ihr überhaupt keinen Kontakt?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich glaube, ich habe ihr einmal bei irgendeiner Veranstaltung „Grüß Gott!“ gesagt.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das heißt, eine Geschäftsbeziehung können Sie vollkommen ausschließen? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Hundertprozentig!*) – Jetzt muss ich natürlich konsequenterweise nachfragen, ob Sie Geschäftsbeziehungen von Frau Keglevich mit einer *Ihrer Firmen* ausschließen können.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Also, ich mache keinen solchen Blödsinn mehr, Herr Doktor: Was Österreich betrifft, spiele ich mich nicht so herum wie hier. – Das kann ich hundertprozentig ausschließen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Können Sie ausschließen, dass die Firma der Frau Keglevich mit Ihnen oder die Firma der Frau Keglevich mit einer Firma *von Ihnen* etwas zu tun gehabt hat?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Welche Konstruktion immer Sie zustande bringen, die mich oder eine meiner Firmen betrifft, können Sie ausschließen, dass es da eine Geschäftsbeziehung gegeben hat.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Herr Mensdorff, ich möchte noch einmal auf die beiderseitigen Beteiligungen von British Aerospace sowohl zu SAAB als auch zur Eurofighter Jagdflugzeug GmbH zurückkommen:

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie für British Aerospace *Informationen* gesammelt und diese an British Aerospace weitergegeben haben. Wie dann British Aerospace diese Informationen verteilt hat, entzieht sich Ihrer Kenntnis. – War das so weit richtig wiedergegeben? (*Die Auskunftsperson nickt.*)

Jetzt ist es so, dass mich Folgendes interessiert: Wissen Sie oder haben Sie eine Wahrnehmung, ob es irgendeine Produktpreferenz gegeben hat seitens British Aerospace, welches Produkt sie dort präferiert hätten: Eurofighter Typhoon oder SAAB Gripen? (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein. – Und es ist auch leider nicht so, dass *sie mich* beraten, sondern *ich* muss *sie* über Österreich beraten. Also, so etwas hätten die mir nie gesagt!

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Es hätte ja sein können, dass in Gesprächen so etwas durchdringt.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein. – Ich glaube, das war ihnen auch relativ Wurscht. Das glaube ich, aber das ist meine persönliche Meinung.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Zweite Frage: Haben Sie eine Wahrnehmung zum öffentlich bekannten und doch extrem überhöhten Angebotspreis von Seiten von SAAB für den Gripen in Österreich?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Dazu kann ich Ihnen leider wirklich nichts sagen.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Haben Sie eine Erklärung für die Preisdifferenz für das Produkt SAAB Gripen in Österreich und in der Tschechischen Republik?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Sie werden jetzt akzeptieren müssen, dass ich hier die Wahrheit sagen muss, aber ich weiß beide Preise nicht.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Ich akzeptiere es, aber ich versuche trotzdem vielleicht (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich weiß beide Preise nicht!*) die Differenz ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich würde vorschlagen, dass erstens jetzt möglichst wenig wiederholt wird, weil die Gefahr dahin gehend rasant gestiegen ist – und zweitens Fragen in Richtung auf **tatsächliche persönliche Wahrnehmungen** gestellt werden sollten.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Mensdorff, mich würde interessieren, wie British Aerospace Systems an Sie herangetreten ist, um sich als Konzern beraten zu lassen?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Das kann ich Ihnen sagen, das war so: Ein paar Jahre, bevor ich diesen Vertrag bekommen habe, da gab es diese Lightning, und die Lightning hat gegen den Draken verloren. Und da sind sie gekommen und haben mich gefragt, ob ich einmal eine Analyse machen könnte, warum die Lightning verloren hat – und so bin ich mit ihnen ins Gespräch gekommen.

Dann haben wir irgendetwas ... – Aber das war vor 1990. – Das war mein erster Kontakt mit ihnen.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Nun ist es so, dass Herr Malzacher auch Beratungstätigkeiten für BAE Systems ausgeführt hat oder noch ausführt; jedenfalls hat er uns heute in der Einvernahme nicht mitteilen können, was der Unterschied zu Ihrer Tätigkeit war.

Haben Sie gewusst, dass Herr Dipl.-Ing. Malzacher auch für BAE Systems tätig gewesen ist, und wie unterscheidet sich Ihre von seiner Tätigkeit? Ist das irgendwie abgegrenzt, oder haben Sie die gleichen Aufgaben? – Denn es ist schon sehr eigenartig, dass hier zwei Personen – durchaus bekannte Personen! – für das gleiche Unternehmen, für den gleichen Konzern tätig sind.

Noch dazu gäbe es ja dann ein weiteres Problem, weil Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt haben, Sie würden für kein Unternehmen arbeiten, das mehr oder weniger „auf zwei Hochzeiten tanzt“. Aber gerade bei BAE Systems ist das ja der Fall, weil sie gleichzeitig an EADS und auch an Gripen beteiligt sind.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein. – Entschuldigen Sie, aber das wäre so, wenn ich – ich weiß nicht – **McDonnell Douglas** oder irgendeine andere Firma, die solche Flugzeuge produziert, auch noch beraten würde! Aber dass mein Geschäftspartner an zwei Firmen beteiligt ist, das ist nicht mein Problem, verstehen Sie? (*Abg. Dr. Haimbuchner: Ja!*) – Ich würde keine amerikanische Firma – wenn sie das überhaupt wollte – in irgendeiner Form beraten, weil ich **British Aerospace** berate. Aber ich habe weder SAAB noch EADS jemals beraten; ich habe diesbezüglich auch keinen Vertrag mit ihnen!

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Aber das schließt sich ja nicht aus: Sie haben einen Vertrag mit BAE Systems.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Herr Abgeordneter, ich glaube, Sie haben sich das System nicht ...

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ich habe das durchaus verstanden.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Da ist ein Konzern, der sitzt in London und in Amerika und weiß der Kuckuck wo, und der ist beteiligt an vielen – ich glaube, an 48 oder 50 Firmen. Darunter sind zwei: eine zu 37,5 Prozent, ist gleich EADS, und das andere ...

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ich kenne diese Beteiligungsverhältnisse durchaus.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich rede mit denen „da unten“ ja gar nicht. Ich habe mit denen „da unten“ nichts zu tun.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Wen meinen Sie mit „da unten“?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Mit den Firmen, an denen die beteiligt sind.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ja, aber BAE Systems muss ein Interesse haben, seine Waren oder Produkte am Markt anzubringen. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja, na sicher!*) – Das ist ja nicht nur ein Konzern, der irgendwo sitzt, sondern das ist ein Konzern, der Beteiligungen hat und der Produkte anbringen will.

Aber mich würde interessieren – bevor mich der Herr Vorsitzende unterbricht ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wir sind knapp davor!

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ja, aber die Frage ist noch nicht beantwortet worden, wo jetzt der Unterschied zur Tätigkeit des Herrn Malzacher liegt.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wir könnten eine Gegenüberstellung machen.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ich habe eine Frage gestellt, und ich glaube, dass ich durchaus ein Anrecht darauf habe, dass diese Frage beantwortet wird. Wenn es mir Herr Mensdorff nicht sagen kann, kann er es mir nicht sagen, aber ...

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein, nein, ich kann es Ihnen sagen. Ich habe immer gedacht, dass Herr Malzacher mit der Firma **SAAB** einen Vertrag hat. Aber wenn er sagt, es ist BAE, dann ist es **BAE**.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Herr Malzacher hat heute im Zusammenhang mit BAE zwei Personen erwähnt: Herrn Julian Scopes und Herrn John Mill. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Wie bitte?*) – Julian Scopes und John Mill. Welche Funktionen haben diese Personen? Kennen Sie diese Personen? Wenn ja ...

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Ich kenne die – den einen kenne ich dem Namen nach und den anderen kenne ich auch so. Aber die sind längst irgendwo anders. Das weiß ich nicht. Der eine war in London – also ich kenne sie.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Haben Sie jemals mit Vertretern der Firmen EADS oder Eurofighter GmbH Kontakt gehabt?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nein. (*Abg. Dr. Haimbuchner: Bitte?*) Nein – ich sage also noch einmal **nein** für den Fall, dass man das nicht gehört hat.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ich habe noch eine abschließende Frage: Ihre Gattin hat dieses Jahr eine Firma gegründet, die **MRK Consult**. Steht die in irgendeiner Verbindung mit einer Firma, die in Ihrem

Eigentum oder Besitz steht, oder die irgendwo beteiligt ist? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Gar nicht! – Abg. Dr. Fekter: MRK – Maria Rauch-Kallat!*) – Das hätte ich mir fast gedacht, Frau Kollegin. Aber wissen Sie, das Problem ist, über diese Firma erfährt man gar nichts. (*Abg. Dr. Fekter: Weil sie frisch gegründet ist!*) – Normalerweise haben Firmen, die frisch gegründet werden, ein Interesse daran, dass sie bekannt werden oder dass sie irgendwelche Tätigkeiten ausführen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Damit wir jetzt wenigstens ein paar wenige Dinge für das Protokoll sozusagen auf den Boden bringen: Sie sagten – was die geographischen Auftragsgebiete betrifft –, dass Sie nicht nur in Österreich, sondern auch in Ungarn, in Kroatien, in Bulgarien und in Rumänien tätig seien. – Habe ich Sie da richtig wiedergegeben? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Unter anderem!*) – Welche Länder noch? – Das wäre die Frage.

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Slowenien, Slowakei und Tschechien.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Slowenien, Slowakei und Tschechien – das haben wir uns gedacht. – Sie haben gesagt, die Beratung bezieht sich auf die allgemeine Situation. – Seien Sie uns nicht böse, aber Sie werden doch nicht glauben, dass wir annehmen, dass Ihre Tätigkeit für den viertgrößten Rüstungskonzern der Welt so aussieht, dass Sie zum Frühstück die Zeitungen mitkonsumieren und dann eine kurze Meldung machen. – Können Sie Ihre Beratungstätigkeit ein bisschen näher beschreiben?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Wer sagt, dass das eine *kurze Meldung* ist, Herr Abgeordneter? Das ist einmal im Monat eine relativ lange Meldung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, welchen Inhalts sind diese Berichtsmeldungen? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich weiß nicht, ob ich das hier wirklich alles erzählen muss! Ich weiß es nicht, weil das uninteressant ist!*) – Welchen Inhalt haben in der Regel diese Berichte, die Sie Ihrem Auftraggeber im Zuge dieses Nicht-Lobbying-Vertrages – wie Sie es nennen – abliefern? (*Abg. Dr. Fekter: Das hat nichts mit dem Beschaffungsvorgang zu tun!*)

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Es ist sicher an der Grenze – die anderen zahlen ja viel Geld dafür, was ich Ihnen hier jetzt vielleicht erzählen sollte. Aber Sie werden sich wundern: Es sind Sachen, die die obersten Manager interessieren – über die Kultur der Länder zum Beispiel. Weil die wollen wissen, ob ihre Mitarbeiter, die dort viel Geld kosten und die dort sitzen – in Ungarn oder jetzt gerade in Rumänien –, das alles richtig einschätzen.

Das heißt, dass die sehr viele Berichte von ihren Leuten bekommen. Aber dann fragen die mich: Was hältst du davon? Wie schaut das aus? Stimmt das? Und so weiter. Das geht, wie gesagt, bis ins Kulturelle hinein. Natürlich auch – damit wir jetzt gleich –, natürlich fragen sie mich auch, wie die Budgets ausschauen, ob die das Geld auch wirklich haben und solche Sachen. – Keine Frage.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie – was die österreichische Situation betrifft – vor der Angebotseinholung im Jänner 2002 oder auch während des offenen Beschaffungsvorganges Informationen an BAE geliefert?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Nicht über die Ausschreibung und diese Sachen konkret; politische, wirtschaftliche – sicher.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also über den konkreten Beschaffungsvorgang haben Sie keine Informationen geliefert? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*)

Letzte Frage: Haben Sie mit **Lockheed Martin** Kontakt gehabt – grenzen wir das auch ein – im Zeitraum 2000 bis 2002?

**Alfons Mensdorff-Pouilly:** Also ich habe nie mit denen geschäftlich zu tun gehabt. Ob ich einmal irgendwo einen Lockheed-Martin-Menschen getroffen habe, das kann ich Ihnen wirklich mit bestem Wissen und Gewissen nicht sagen. Aber es kann schon sein. – Oh ja, mir fällt sogar ein, in einem Hotel in Budapest habe ich einmal einen getroffen, der sich als solcher vorgestellt hat, bei irgendeinem Empfang. Aber ich habe nie geschäftlich zu tun gehabt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sagt Ihnen der Name „Lee“ irgendetwas als Manager von Lockheed Martin? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Danke.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Gibt es noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich für Ihr Kommen und Ihre Auskunft!

(*Die Auskunftsperson Alfons Mensdorff-Pouilly verlässt den Sitzungssaal.*)

16.27

**Obmann Dr. Peter Pilz unterbricht** die Sitzung.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 16.28 Uhr **unterbrochen** und um 17.06 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)*

\*\*\*\*\*

17.06

**Obmann Dr. Peter Pilz nimmt** – um 17.06 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dipl.-Ing. Walter Stephan** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Dipl.-Ing. Walter Stephan** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Dr. Peter Pilz** begrüßt Herrn **Dipl.-Ing. Walter Stephan** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan (FACC AG):** Mein Name: Dipl.-Ing. Walter Alfred Stephan; geboren am 3. 8. 1954; Adresse: 4973 St. Martin; Beruf: Vorstandsvorsitzender der FACC AG.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? *(Die Auskunftsperson **verneint dies.**)*

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, wenden Sie sich an den Verfahrensanwalt oder an mich zur Besprechung der weiteren Vorgangsweise.

Sie haben nach der Verfahrensordnung auch das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. – Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? *(Die Auskunftsperson **verneint dies.**)*

Der Obmann erteilt als erstem Fragesteller Abg. Gaßner das Wort.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Herr Dipl.-Ing. Stephan, ich stelle eine Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden Hannes Androsch bei FACC an die Spitze meiner Fragen. Hannes Androsch hat gegenüber der APA am 26. 04. 2007 gemeint, die Aufträge von Airbus seien nicht wegen der Eurofighter gekommen, sondern weil „wir das notwendige Know-how besitzen und die Entwicklung des A 380 mit einem Prozent mitfinanziert haben“. – Was sagen Sie zu dieser Aussage?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Kann ich mir diese Seite einmal ansehen?

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Wir legen sie gleich vor.

Gegenüber dem „Standard“ sagte Androsch, die Gegengeschäfte mit FACC seien nur zum Pool dazugerechnet worden.

Androsch: Mit uns sind ja Gegengeschäfte nicht vereinbart worden. Das waren ganz normale bilaterale Geschäfte. – Zitatende.

Dieses Originalzitat kann ich Ihnen gleich überlassen, das andere müssen wir noch ausheben.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück überreicht.)*

Ich lese das noch einmal vor:

Die Gegengeschäfte mit FACC seien nur zum Pool dazugerechnet worden.

Androsch: Mit uns sind ja Gegengeschäfte nicht vereinbart worden. – Das waren ganz normale bilaterale Geschäfte, die später eben zu Gegengeschäften geworden seien. Die ganze Geschichte mit den Eurofightern sei eine Farce, eine sehr, sehr seltsame Sache, die die frühere Regierung übrig gelassen habe.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ich muss dazu sagen, dass sehr wohl Gegengeschäfte mit FACC vereinbart worden sind. Die Verträge in der Luftfahrt bestehen aus sehr vielen Kilogramm Papier, und darin sind die Gegengeschäftsverpflichtungen ein wesentlicher Punkt, der von den Kunden gefordert wird. Darauf sind wir schon vor der Diskussion mit Eurofighter hingewiesen worden. Wir wurden von der EADS schon auf diese Gegengeschäftsverpflichtung im Zusammenhang mit der Airbus-Gesellschaft hingewiesen, welche die Tochter ist, mit der wir hauptsächlich zu tun haben.

Es wurden also im Endeffekt sehr wohl Gegengeschäfte vereinbart. Ich muss dazu sagen, dass es eine freie Entscheidung der Firma FACC ist, wo wir die Gegengeschäfte machen. Ob wir diese Geschäfte in Österreich oder aber in China beziehungsweise Indien machen, wo der Weltmarkt groß ist, liegt im Ermessen der FACC Problematik. Das wurde uns nicht vorgeschrieben. Österreich wurde nur im Zuge der Eurofighter Beschaffung als Gegengeschäftsmarkt von der EADS und von Airbus genannt.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Habe ich das jetzt richtig verstanden: Sie haben in Ihrem Vertrag mit EADS eine Gegengeschäftsklausel?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das stimmt absolut, ja.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Dabei steht es der FACC aber frei, zu entscheiden, wo sie diese Gegengeschäfte für EADS erbringt?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Richtig. Dazu muss aber auch gesagt werden, dass die FACC ihre Arbeit dann tatsächlich in diesen Ländern abwickeln muss. Ein Gegengeschäft wird von der österreichischen Regierung nur dann anerkannt, wenn es im Endeffekt auch wirklich als Gegengeschäft läuft. Das ist im Endeffekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zu bestätigen. Würde man das in anderen Ländern machen, dann wären die dortigen lokalen Behörden dafür zuständig.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Wann hat die Zusammenarbeit zwischen FACC und EADS im Bereich Airbus begonnen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Die Zusammenarbeit mit EADS im Bereich **Airbus** gibt es seit 1989, allerdings in sehr kleinem Ausmaß. Die FACC wurde als Unternehmen 1989 gegründet. Nach Ausgliederung der Fischer GmbH hatte sie einen Umsatz in der Größenordnung von rund 80 Millionen S, also von etwa 6 Millionen €. Wir haben damals Interieurprodukte für die Airbus-Flugzeuge A 320 gefertigt, und das war im Endeffekt der Grundstein für die Zusammenarbeit. Dann sind wir gewachsen. Im Jahr 1999/2000 hatte die FACC zirka einen Jahresumsatz von 100 Millionen €. Dann ist auch die Firma Eurofighter als einer der Anbieter an FACC herantreten, um herauszufinden, was man in Österreich bauen könnte oder welche Aufträge verfügbar wären, wenn es in Österreich Gegengeschäftsverpflichtungen im Zuge einer Beschaffung des Eurofighters gäbe. Etwa zwischen 1999 und 2001 fanden diesbezüglich intensive Kontakte statt.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Zwischen 1999 und 2001 ist Eurofighter auch schon an Sie herantreten?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Eurofighter wie auch die anderen Anbieter sind damals an FACC herantreten. Andere Anbieter waren unter anderem ursprünglich auch SAAB,



die Firma Boeing und letztlich als Intensivanbieter auch die Firma Lockheed-Martin mit dem F-16 Angebot.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Ist es richtig, dass im April des Jahres 2002 der Vertrag für diesen Superjumbo unter Dach und Fach war?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das weiß ich jetzt nicht genau. Wir haben mehrere Verträge mit Airbus zum A 380-Projekt. Der Hauptvertrag wurde meiner Meinung nach im April 2003 unterschrieben. Ich kann Ihnen aber genaue diesbezügliche Unterlagen zukommen lassen.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Ich beziehe mich jetzt auf eine EADS-Aussendung vom 23. April 2002, in der von einem Vertrag im Vertragswert von 400 Millionen € für die Landeklappenträgerverkleidungen die Rede ist. Wurde dieser Vertrag tatsächlich 2003 abgeschlossen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Dieser Vertrag wurde 2003 abgeschlossen. Ich weiß das genaue Vertragsdatum jetzt nicht, meines Wissens war es irgendwann zwischen März und April 2003.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Die Typenentscheidung seitens EADS fiel aber schon im April 2002?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Die Typenentscheidung für die Eurofighter wurde, glaube ich, am 2. Juli 2002 getroffen.

**Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ):** Wann aber fiel die Entscheidung der EADS für FACC?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wenn man ein großes Flugzeugprogramm wie A 380 durchführt, dann ist die Vorbereitungszeit sehr lang. Im Zeitraum zwischen 1999 und 2001 haben wir vorbereitende Arbeiten mit Airbus durchgeführt. Wir haben ein so genanntes „Frame Agreement“ unterschrieben, in dem wir dem Kunden Airbus zugesagt haben, dass wir uns für eine Teilnahme am A 380 Programm interessieren und einen maximalen Entwicklungswert von 106 Millionen US Dollar dafür auf die Seite legen werden, was im Endeffekt einen Anteil von einem Prozent am Flugzeugprogramm ausmacht. In diesem Vorvertrag war nur geregelt, dass die FACC von der Airbus-Gesellschaft und von EADS als Mutter als interessanter Partner gesehen wird.

Weiters wurden natürlich die Eigentumsrechte an Vorentwicklungen geregelt, die unter Umständen gemacht werden müssen. Außerdem geht es darin um die kaufmännische Vorgangsweise im Hinblick auf Angebotsanfragen und letztlich auf die Beauftragung. Dieser Vorvertrag behandelt, wie dieses Szenario laufen soll.

Wir wurden dann unter der Bedingung in die Angebotsausschreibung aufgenommen, dass wir, wenn wir ausgesucht werden, Gegengeschäftsverpflichtungen gegenüber Airbus oder Eurofighter erfüllen. Ich kann mich jetzt nicht genau an das Datum erinnern, aber es wurde uns jedenfalls in einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass FACC im Prinzip vorselektiert wurde. Das könnte im April 2001 gewesen sein. Damals war aber noch offen, ob der Auftrag in Österreich abgewickelt werden oder ob die FACC mit anderen Nationen zusammenarbeiten müsste. Wir führen heute auch Aufträge in China – nicht für Airbus, sondern für andere Flugzeugunternehmen – durch, die dem chinesischen und nicht dem österreichischen Offset zugerechnet werden. Dann findet die Wertschöpfung auch in China und nicht in Ried im Innkreis oder in Ort im Innkreis statt.

**Obmann Mag. Kurt Gaßner:** Hat dieser Vorvertrag aus dem Jahr 2001 quasi schon beinhaltet, dass Eurofighter zum Thema gemacht werden muss?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, das war ein Vorvertrag beziehungsweise ein **Frame Agreement**. Das ist praktisch eine Vereinbarung oder ein **Memorandum of Agreement**, in dem steht, dass FACC von Airbus vorbehaltlich der wirtschaftlichen Bedingungen und der Offsets als Lieferant gesehen wird und Anbieter sein könnte.

**Obmann Mag. Kurt Gaßner:** Was hat FACC dann dazu beigetragen, dass Eurofighter tatsächlich das Geschäft macht?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir haben nichts dazu beigetragen. Das können wir auch nicht. Wir haben aber natürlich versucht, den Standpunkt von FACC beziehungsweise der Industrie einzubringen, dass man nämlich, wenn man ein Rüstungsgut kauft, auch Gegengeschäfte im übrigen Luftfahrtbereich machen kann, der in den letzten Jahren ein sehr stark wachsender Bereich in Österreich war, und zwar nicht zuletzt auf Grund dieser Entscheidung. Wir haben versucht, darauf aufmerksam zu machen, dass man die wirtschaftlichen Stärken der unterschiedlichen Anbieter bei den entsprechenden Entscheidungen bedenkt. Wir haben Dr. Androsch mitgeteilt, dass hinter dem Anbieter ein Unternehmen steckt, das etwa 20 oder 25 Milliarden € Umsatz macht, dass hinter dem anderen Anbieter ein Unternehmen mit fünf oder sechs Milliarden € Umsatz steht und dass hinter dem dritten Anbieter, dem Amerikaner, ein Unternehmen steht, das ebenfalls ungefähr 20 Milliarden macht.

In diesem Zusammenhang haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass man in der Industrie natürlich wesentlich mehr Chancen hat, in einem großen Netzwerk Gegengeschäfte zu bekommen als bei einem kleinen Unternehmen. Das war unser Input. Wir hatten natürlich, wie Sie selbst sehen, keinerlei Einfluss, aber wir haben versucht, Dr. Androsch mit unserer Stellungnahme zu konfrontieren, da wir sahen, dass wir Chancen hätten, in einer kleinen österreichischen Luftfahrtindustrie zu reüssieren, die damals 100 Millionen € gemacht hat; im Jahr darauf waren es auf Grund der Krise des 11. September nur mehr 76 Millionen €.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich möchte jetzt kurz eine Bemerkung machen: Kollege Gaßner hat nur sehr wenige Fragen gestellt, und seine Fragezeit ist bereits vorbei. Es wäre für uns alle eine Erleichterung, wenn mehr Fragen pro Abgeordnetem beantwortet werden könnten, und das funktioniert dann besonders gut, wenn die Antworten **etwas kürzer** sind. (Abg. Dr. Fekter: Es war aber sehr interessant!)

Frau Kollegin Fekter, ich weiß, dass diese Ausführungen für Sie Balsam auf irgendetwas sind. Wir sind aber nicht der Balsam-Ausschuss, sondern der **Untersuchungsausschuss!**

Bitte, Kollege Darmann.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Dennoch sollten wir die Antworten der Auskunftspersonen akzeptieren. – Amen!

Herr Dipl.-Ing. Stephan, ich darf mich vorerst auf zwei Fragen beschränken.

Sie haben angesprochen, dass in Ihren Verträgen eine Gegengeschäftsklausel enthalten war, haben dann aber nicht genau ausgeführt, wie diese ausgesehen hat oder was diese beinhaltet hat. Können Sie das dem Ausschuss jetzt erläutern?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir haben in all unseren Verträgen Gegengeschäftsklauseln, nachdem die Luftfahrt in Österreich, aber natürlich auch in China oder Indien sehr stark politisch reglementiert ist. Diese Gegengeschäftsklausel sagt im Endeffekt aus, dass Käufer, die beim Kauf von Rüstungsgütern oder zivilen Verkehrsmaschinen eine solche Klausel in ihrem Vertrag haben, zur Wertschöpfung in den Ländern beitragen müssen. In Österreich hat es eine derartige Klausel auch bei Austrian Airlines gegeben, so hat die Luftfahrt in Österreich überhaupt begonnen. Bei

den MD-80-Flugzeugen, die 1985 bis 1990 von Austrian Airlines gekauft wurden, gab es eine Klausel, dass bis zu 50 Prozent des Wertes dieser Flugzeuge in Österreich beschafft werden muss. Das hat zum Beispiel der FACC überhaupt erst den Einstieg in die Luftfahrt bei McDonnell Douglas und bei Boeing zwischen 1985 und 1989 erlaubt.

Diese Klausel hat sich in den letzten Jahren sehr stark entwickelt, und die gleiche Klausel ist natürlich auch in den Airbus-Verträgen enthalten. Ursprünglich sollten oder mussten durch diese Klausel 20 Prozent des Volumens in die jeweiligen Länder verlegt werden. Heute ist die Anrechnung der gesamten österreichischen Wertschöpfung oder der gesamten Wertschöpfung im anderen Land gefordert. Das ist eine Klausel mit ungefähr 20 Zeilen. Entschuldigen Sie bitte, dass ich sie Ihnen nicht direkt zitieren kann, sie steht aber natürlich zur Verfügung.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Kann man somit festhalten, dass Sie in Ihren Verträgen regelmäßig ein und dieselbe Klausel in der Wortwahl nur mit unterschiedlichen Namen verwenden? Oder hat es im Zuge der Gegengeschäfte im Zusammenhang mit der Eurofighter Beschaffung eine **spezielle Klausel** gegeben?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Im Zuge der Eurofighter Beschaffung wurde die Klausel auf einen ursächlichen Namen zurückgeführt, nämlich auf Eurofighter GmbH und die zuständigen Tochterfirmen der EADS.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Normalerweise wird bei den verschiedenen Gegengeschäftsverträgen aber immer nur der Name ausgetauscht, während die Struktur und das Gerüst dieser Klausel gleich bleiben?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Im Prinzip ja.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Meine zweite Frage: Hätte ein Vertragsausstieg der Republik Österreich aus dieser Eurofighter-Beschaffung irgendwelche Konsequenzen für FACC?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ja. Wir sind derzeit natürlich europaweit sehr massiv in Diskussion, denn die Debatte, die bei uns leider stattfindet, ist wirklich nicht sehr üblich. Ich meine, ein Vertragsausstieg hätte jetzt weniger unmittelbare Folgen für die FACC als für unsere Zulieferanten, die wir heute in Österreich beschäftigen. Wir beschäftigen zirka 70 Klein- und Mittelbetriebe, die allein teilweise keine Zulassung bekommen würden, sondern über die FACC zugelassen sind. Dieser Zukauf von Bauteilen würde im Endeffekt auf Grund einer anderen Gegengeschäftsverpflichtung wiederum in anderen Ländern stattfinden müssen. Letztlich geht das natürlich bis zur FACC. Wir müssen dann darauf achten, Airbus zu helfen, dass in China oder in Indien Gegengeschäfte erledigt werden. Das größte Wachstum der Luftfahrtindustrie findet derzeit hauptsächlich in den Nationen des Fernen Ostens statt.

Konkret müssten wir, wenn wir heute aussteigen würden, in den nächsten drei Monaten sehr intensive Gespräche führen, und zwar angefangen von den Emiraten bis zum Fernen Osten, China und Indien. Solche Diskussionen haben wir ohnehin schon heute auf Grund der gegebenen Situation.

**Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ):** Heißt das, dass das sehr wohl auch Einfluss auf derzeit bestehende Verträge hat?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ja, und zwar in der Abwicklung. Sie dürfen nicht vergessen, dass unsere Verträge sehr langfristiger Natur sind. Wir haben, wie gesagt, zwischen März und April 2003 diesen Vertrag unterschrieben. Wir haben die ersten Bauteile für Prototypen etwa im Jahr 2005 geliefert. Die ersten Serienbauteile haben wir 2006 geliefert. Sie kennen alle die Probleme der A 380 auf dem Markt. Wirklich ins Laufen wird die Lieferung 2008/2009 kommen, und wir planen, dass das Programm bis

2025/2026 läuft. Da zahlt sich natürlich auch die Reorganisation eines Vertrages aus für den Fall, dass in Österreich dann keine Gegengeschäfte mehr stattfinden würden.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Sie haben vorher geschildert, dass Sie bereits ab dem Jahr 1999 Vorarbeiten für das Projekt Airbus geleistet haben. Wenn Sie sagen, dass Sie auf Grund dieser Diskussionen beziehungsweise dieses Ausschusses jetzt bereits Probleme mit bestimmten Partnern haben, dann würde mich interessieren, ob Sie, wenn Sie Vorarbeiten bis zu 106 Millionen Dollar – wie Sie zuerst geschildert haben – geleistet haben, auch eine Regelung im Vertrag getroffen haben, dass Airbus nicht einfach hergehen und sozusagen jemanden anderen als Zulieferer auswählen kann. Immerhin haben Sie gewisse Vorarbeiten auch im Hinblick auf ein gewisses Vertrauen geleistet, und 106 Millionen € an Investitionen sind auch für FACC kein Pappentstiel!

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein. Das kann ich Ihnen so beantworten: Wir haben dieses Frame Agreement, das uns praktisch in den Status eines Partnerunternehmens von EADS oder Airbus versetzt. Der Anteil, der vor einer Beauftragung, konkret also vor diesem Datum März oder April 2003, aufgewendet wurde, also die Kosten für Arbeiten, die im Bereich von einigen Millionen Dollar liegen, fällt sozusagen ins Risiko von FACC. Wenn es also zwischen 1999 und 2003 zu keinem ernsthaften Auftrag gekommen wäre, dann hätte FACC diese wenigen Millionen Dollar verloren und in den Sand gesetzt. Das ist ein Standard in der Luftfahrtindustrie bei den First Tier Suppliers – es gibt weltweit insgesamt 40 im Composite-Bereich, in dem wir tätig sind, und wir liegen zwischen Platz 5 und Platz 10 – und an diesen Usus hält sich nicht nur Airbus, sondern auch Boeing.

Danach gibt es natürlich entsprechende Klauseln. Dennoch trägt man ein gewisses Marketingrisiko für Aufträge, und wir tragen auch weiterhin das technische Risiko. Für das, was wir entwickeln, müssen wir auch gerade stehen. Wenn also zum Beispiel Nachentwicklungen notwendig sind, dann zahlen wir diese auf eigene Kosten.

Es gibt aber auch einen Schutz dagegen, dass uns der Vertrag sozusagen weggenommen wird. Wenn uns also ein Konkurrent auf dem Markt, der ja kompetitiv ist und wettbewerbsmäßig alle zwei, drei bis fünf Jahre ganz neue Herausforderungen bringt, unseren Kunden sozusagen im Hinblick auf einen Vertrag abspenstig macht, dann würden wir die Entwicklungskosten refundiert bekommen, die noch nicht refundiert sind. Unsere Entwicklungskosten werden refundiert. Die 106 Millionen Dollar waren unser Vorvertrag, in der Realität haben wir dann über ungefähr 60 Millionen Dollar unterschrieben, und dieses Geld würde uns immer refundiert werden, wenn unser Kunde ohne unser Verschulden zu einem Konkurrenzunternehmen geht. Wenn wir hingegen dafür die Schuld tragen, dass wir nicht liefern können, und die Liefertermine oder die Qualität nicht erfüllen, dann würden wir nicht kompensiert werden.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Das verstehe ich. Haben Sie da aber nicht auch irgendwelche Patente? In der freien Wirtschaft kann man bekanntlich immer wechseln. Wenn Sie aber spezifische Vorarbeiten für ein derartiges Projekt geleistet haben, dann gehe ich nicht davon aus, dass, auch wenn es vielleicht 40 andere Bewerber weltweit auf dem Markt gibt, diese ein spezielles Produkt ohne Probleme herstellen könnten.

Ich kann das auch abkürzen und fragen: Was haben EADS oder Eurofighter damit zu tun, dass Sie letztendlich als Zulieferer für den Airbus fungieren, wenn es diese Vorarbeiten schon im Jahre 1999 gegeben hat? 1999 hat es über die wirkliche Nachbeschaffung in Österreich noch gar keine Diskussion gegeben. Vor allem war EADS zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht im Spiel. Die sind ja überhaupt erst relativ

spät in den Markt und in den Wettbewerb eingestiegen! Deswegen ist für mich relativ schwer verständlich, warum jetzt das Auftragsvolumen von FACC sozusagen in so großer Kausalität zu EADS oder Eurofighter steht.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Zum Auftragsvolumen selbst, also den 400 Millionen, die hier angesprochen wurden. Es geht jetzt Arbeiten an der A 380 im Wert von einer Milliarde aus insgesamt zwölf Verträgen. Davon sind zwei derzeit ruhend gestellt auf Grund der Diskussion. Der **A-380-Freighter** wurde zurückgestellt. Der Vorvertrag aus dem Jahr 1999 besagt ja nur, dass FACC 1 Prozent der Herstellung dieses Flugzeugs übernehmen will, benennt aber nicht die konkreten Aufträge.

Wir haben natürlich für unsere Entwicklungen auch Patente. Wenn man aber heute mit Boeing oder Airbus zusammenarbeitet, dann gewährt man dem Kunden immer ein automatisches Mitbenützungsrecht für ein Patent für den Fall, dass man sozusagen auf Grund eigenen Verschuldens aus dem Vertrag ausscheidet. Im Fall unserer Landeklappenträgerverkleidungen war das im Jahr 1999 kein Thema. Es hat sich erst bei der Zusammenarbeit und in den Arbeitsgruppen mit Airbus ergeben, dass die A-380-Landeklappenträger an uns gegangen sind.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Sie haben gerade erwähnt, dass das Mitbenützungsrecht von Patenten dann ein Problem wäre, wenn Sie ein Verschulden treffen würde. (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*) – Wo hätten Sie denn überhaupt ein Verschulden?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wenn es technisch nicht funktioniert.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Das ist schon richtig, aber das hat mit der Beschaffung des Abfangjägers nichts zu tun.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, es hat damit nichts zu tun. Ein Verschulden wäre in dem Fall, wenn ich meine Offset-Klausel nicht erfüllen würde.

Angenommen, der Fall würde eintreten, dann würde Airbus zu mir kommen und sagen: Okay, und diese Verträge werden in Zukunft in China gebaut. – Wenn ich dem nicht nachkommen würde, wäre das mein Verschulden, weil ich ja dann meine Offset-Klausel, die in meinem Vertrag definitiv drinsteht, nicht erfüllen würde.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Ich würde Sie gerade zu diesem Thema noch um eine Klarstellung ersuchen. Ich habe das vielleicht noch nicht ganz richtig verstanden – glaube aber auch, dass ich da nicht der Einzige bin –, was Sie zu Beginn erwähnt haben: dass es FACC eigentlich freisteht, wo Sie diese Offset-Geschäfte mehr oder weniger erfüllen, wo Sie letztendlich Ihre Gegengeschäfte erfüllen. Ob Sie das zum Beispiel in Indien oder China machen, wie Sie gesagt haben, das hängt vom Weltmarkt ab.

Nur ist es dann die Frage: Wie wird das in Österreich als Gegengeschäft gewertet?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Dann gilt es nicht in Österreich als Gegengeschäft. Wenn ich eine Arbeitsabhandlung in China machen würde, dann würde es in China als Projekt anerkannt werden müssen, aber dann gilt es natürlich **nicht in Österreich**. Dann hat zwar FACC den Auftrag, aber der Auftrag wäre kein österreichischer, sondern das würden wir mit Mitarbeitern in China erledigen.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Wie wird das mit dem Wirtschaftsministerium abgesprochen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das Wirtschaftsministerium bekommt ja nur Aufträge gemeldet, die de facto in Österreich abgearbeitet werden. Wir haben auch von Airbus derzeit keinen Auftrag, der in China abgewickelt wird. Wir fertigen heute Aufträge in

China für Boeing; wir haben einen chinesischen, einen malaysischen Offset, in China und in Malaysia, wie gesagt.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Können Sie angeben, welche Gegengeschäfte für FACC es gibt, die rein in Österreich wirksam werden?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir haben drei Kategorien von Gegengeschäften, die für FACC sehr wichtig sind.

Das eine sind Gegengeschäfte, die nicht so spektakulär sind wie dieser Riesenflieger, der A380. Das sind Gegengeschäfte, die wir nach Zeichnungen von Airbus, also nach Entwicklungen von Airbus bezeichnen. Das sind kleinere Aufträge, für die es auch im BWA genaue Richtlinien gibt, wie sie abgewickelt werden. Da hat man genau geschaut, wie viel an Auftragsvolumen aus eventuellen Aufträgen schon vorher, vor dem Zeitraum, vorhanden war – ich glaube, das war gemittelt über drei Jahre –, und da gilt als Zusatzgeschäft zu diesen Aufträgen nur, was, glaube ich, nach dem 2. Juli 2002 stattgefunden hat.

Das sind kleinere, wenig spektakuläre Aufträge, die aber für FACC sehr wichtig waren. Denn – Sie können sich erinnern – es hat den 11. September 2001 gegeben, zu dem Zeitpunkt ist die Baurate der Flugzeughersteller auf die Hälfte zusammengefallen, und das sind Aufträge, mit denen wir uns zusagen unsere Entwicklungen für die großen Aufträge finanziert haben. Das sind Lieferungen aus neuen Entwicklungen: Gepäckablagefächer A320, ich habe es vorhin gesagt, die wir seit 1989 gefertigt haben. Es hat im Jahr 2004 einen neuen Auftrag gegeben, der weltweit ausgeschrieben worden ist. Wir haben diesen Auftrag gewonnen, das Volumen war wesentlich größer als zuvor. Das bezeichne ich als Brot- und Butter-Business; das ist für FACC unmittelbar Cashflow-fähig.

Dann gibt es Produkte, da hat FACC Eigenentwicklungen, die Airbus gerne kauft, weil sie damit auf ihrem Flugzeug, muss ich sagen, eigentlich ein USP haben. Sie haben zum Beispiel einen Gewichtsvorteil oder einen Korrosionsvorteil. Diese Aufträge sind am wenigsten drinnen, das würde man so und anders bei FACC kaufen. Da ist für uns dann wesentlich die Gegengeschäftsklausel aktiv, wo wir fertigen.

Dann gibt es die große Kategorie, das sind die Aufträge A380. Da geben wir, wie gesagt, unser Commitment ab, die 106 Millionen € zu investieren. Da haben wir eine sehr starke Bindung an unseren Kunden, weil einfach unser Investment sehr groß ist, das finanzieren wir noch für sehr viele Jahre. Das ist für FACC mit einem Gegengeschäftsvertrag im Zuge von Eurofighter leichter gangbar gewesen, denn um diese Aufträge – das müssen Sie sich vorstellen – stellt sich die ganze Welt an. Da bieten 15 Leute an, die Korean Airlines in Korea für ihre lokale Industrie, die kaufen aber die Flieger selbst. Das ist also das gleiche Unternehmen, das auch politisch sehr stark unterstützt ist und zur Hanjin-Gruppe gehört, aber zum Beispiel auch ein Konkurrent von FACC auf diesem Sektor ist.

Was diese Gruppe betrifft, hat der Eurofighter-Auftrag einfach das Tüpfelchen auf dem i ausgemacht, dass wir bei dieser großen Wertschöpfung, die auch sehr langfristig angelegt ist, haben anbieten können. A380 macht für FACC 1 Milliarde im Verlauf von 16 bis 20 Jahren aus. Die sind spektakulär, die sind schön, aber da haben wir auch sehr viel investiert, wie Ihr Kollege schon gemeint hat.

Da war für FACC auch die Größe nützlich. Wir hätten einen Auftrag dieser Größenordnung nicht bekommen, als wir die kleine FACC mit damals – als wir begonnen haben, uns dafür zu bewerben – zwischen 70 Millionen € und 100 Millionen € waren.

**Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ):** Meine Frage wäre aber diesbezüglich: Wie ist das konkret vonstattengegangen, dass man sagt, dass das wirklich ein Gegengeschäft ist? Wie können Sie es dem Ausschuss gegenüber konkret begründen, dass die Firma FACC ansonsten das Geschäft nicht erhalten hätte?

Ich verstehe schon, dass es auch im Wirtschaftsleben sehr viele Funktionen gibt, von Vermittlungstätigkeiten bis zu so genannten Türöffnungsmöglichkeiten. Da ist sehr vieles möglich. Aber es wäre interessant, wie FACC konkret zu diesem Auftrag gekommen ist: ob man gesagt hat, ihr bekommt diesen Auftrag nur, wenn die Republik Österreich von EADS oder Eurofighter den Eurofighter anschafft. Das würde mich persönlich – und ich glaube, auch den Ausschuss – interessieren, wie es konkret zu diesem Gegengeschäft kommt, welche konkreten Maßnahmen seitens EADS' oder Eurofighters oder auch von Airbus gesetzt worden sind.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Da kann ich versuchen, konkret darauf einzugehen. Das erste Resultat oder das erste Ergebnis der Gegengeschäftsdebatte war praktisch, dass man auf die so genannte Bidding-Liste gesetzt wird; das ist die Liste derjenigen, die anbieten dürfen.

Wie gesagt, es gibt weltweit 40 Leute im Strukturgeschäft, und ich sage, auf solchen Bidding-Listen sind im Endeffekt 15 Firmen drauf. Es gibt da sehr viele Unternehmen, Fluggesellschaften; ich habe eine genannt, die Korean Airlines. Sie ist aber nicht die einzige, Singapur Airlines würde ich auch nennen; eigentlich alle die Leute, die im Fernen Osten sehr gute Technologiepolitik machen. Die haben meistens eine Airline und auch den Flugzeughersteller in der gleichen Holding; die sind dann drauf.

Dass ich auf diese Bidding-Liste komme, dazu war einmal das Eurofighter-Interesse sehr gut. Wir sind auch für Airbus-Aufträge bei der Firma SAAB auf die Bidding-Liste gekommen, und wir sind auch bei amerikanischen Aufträgen auf die Bidding-Liste gekommen, muss ich dazusagen, über die Firma Lockheed-Martin.

Der Anbieter in Österreich oder der Anbieter in Korea geht zu uns und sagt: Wir haben euch auf die Liste gesetzt, weil wir Interesse daran haben, dass Gegengeschäfte über euch abgewickelt werden. Es kann aber auch der Chinese kommen und das genauso gut sagen. Oder Airbus kann kommen und sagen: Wir haben euch auf die Bieterliste für Interior-Produkte gesetzt, weil die Chinesen an euch Interesse bekundet haben, wenn ihr in China ein Werk baut, oder was immer.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich glaube, wir können uns auf die Fragen der zeitlichen und sachlichen Entsprechung reduzieren; sachlich heißt in dem Sinn ursächlich. – Kennen Sie den Gegengeschäftsvertrag der Republik mit der Eurofighter GesmbH?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nicht im Detail, und wenn Sie mir helfen, dann hilft mir das. Ich habe ein paar Daten im Kopf. Es gibt den 2. Juli 2001, und dann gibt es eine zweite Frist. Was die zweite Frist betrifft, müssen Sie mir helfen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Mir ist nur ... (*Abg. Dr. Fekter: 2. Juli 2002! Typenentscheidung!*) 2. Juli ...

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** 2. Juli 2002 und, glaube ich, der erste Teil. Es gibt ja vor diesem Vertrag auch eine Klausel im Vertrag drinnen. Wenn Sie mir den vielleicht vorlesen können?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, mir geht es nur um das Prinzip der Entsprechungen. Und der 2. Juli 2002 ist eben der Stichtag. (*Abg. Dr. Fekter: Nein! Der Stichtag ist 2003, die Vertragsunterfertigung! Das ist der Stichtag!*) – Ja, aber man

kann ... (Abg. Dr. **Fekter**: *Dann gibt es die Vorfrist bis zur Typenentscheidung, in der auch anerkannt wird!*)

Das wollte ich ja zum Ausdruck bringen (Abg. Dr. **Fekter**: *Vertrag lesen, Kollege Kogler!*), dass am 2. Juli 2002 die Typenentscheidung war und dass es bis dorthin alles Mögliche gegeben haben mag, wobei aber die zeitliche Entsprechung besonders zu hinterfragen ist. Das tun wir gerade. Sie haben auf Ihrer Homepage im April 2002 schon die definitive Absichtserklärung verkündet, die schon unterzeichnet war, über dieses Gesamtprogramm von 400 Millionen €, über viele Jahre laufend.

Jetzt ist auch die Frage, was die Ursächlichkeit betrifft neben der zeitlichen Entsprechung: Würden Sie behaupten, dass FACC den Auftrag entlang dieser Absichtserklärung, die offensichtlich – Ihrer eigenen Homepage nach – ganz konkret ist, wo schon sehr klar ist, wohin die Reise gehen wird, dass Sie den storniert bekommen hätten für den Fall, dass am 2. Juli 2002 Gripen zumindest der Type nach entschieden worden wären? Wollen Sie das dem Ausschuss jetzt erklären?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan**: Ja, wir hätten dann die Aufträge in einem anderen Land als Österreich gefertigt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne)**: Das ist also die Antwort. Sie sagen – damit wir das nur haben –, diese quasi vorvertragliche Absichtserklärung hätten Sie, hätte FACC an einem anderen Standort abgewickelt, wenn am 2. eine andere Typenentscheidung zustande gekommen wäre in der österreichischen Bundesregierung. (Dipl.-Ing. **Stephan**: *Genau! Ja!*) – Und im April 2002, noch einmal, war ja die Erwartungshaltung, dass das Eurofighter wird, noch nicht so ausgeprägt. Hat man da in Ihrer Firma irgendeine Vorahnung gehabt? (Dipl.-Ing. **Stephan**: *Nein, eigentlich nicht!*) Außer Minister Grassler hat eigentlich niemand damit spekuliert zu dem Zeitpunkt.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan**: Ich muss sagen, für die Industrie war dieser Anbieter, nicht nur sozusagen für die FACC, sondern die gesamte österreichische Luftfahrtindustrie – ich kann das auch sagen, ich bin zwar nicht..., aber ich bin Präsident der österreichischen Industriegruppe im Luftfahrtbereich –, war das an und für sich der interessanteste Anbieter. Wir haben spekulieren müssen oder darauf gesetzt, dass es die werden könnten. Es war natürlich immer noch offen, dass es auch eine F-16 hätte sein können oder ein Gripen hätte sein können.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne)**: Auf der gleichen Site sagen Sie noch – ich sage deshalb „Sie“, weil auch Ihre Adresse angegeben ist bei dieser Homepage, jedenfalls im April 2002 –, in einem eigenen Kapitel beschreiben Sie die Forschung und Entwicklung im Kontext mit diesem Vorhaben. (Dipl.-Ing. **Stephan**: *Ja!*) – Das ist im Übrigen alles sehr begrüßenswert, nicht dass Sie mich da falsch verstehen.

Aber können Sie uns Auskunft geben, inwieweit FACC in den neunziger Jahren und bis zum Jahr 2002/2003 öffentliche Forschungsförderungen bezogen hat?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan**: Das kann ich nicht aus dem Kopf heraus (Abg. Mag. **Kogler**: *Aber so ungefähr!*), aber ich sage, im Prinzip ... – Sie sagen jetzt, 1999 ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne)**: Die neunziger Jahre herauf bis 2002, 2003.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan**: Das ist schwierig zu sagen. Wir haben Forschungsförderungs-Gelder bekommen vom Forschungsförderungs-fonds der gewerblichen Wirtschaft in dem Ausmaß sozusagen, wie ein Unternehmen, das sehr stark wächst, wahrscheinlich bekommen wird. Ich muss sagen, das werden einige ...



Es hat in Österreich ja kein Förderprogramm speziell für die Luftfahrt gegeben bis zu TAKE OFF, und das gibt es, glaube ich, seit 2003 – wenn Sie mir helfen. Vorher haben wir normale Kunststoffförderung bekommen, die ist in der Gegend von 15, 16 Prozent von Förderprogrammen.

Ich muss Ihnen also einen breiten Rahmen geben und würde sagen, zwischen 1 Million € und 3 Millionen €, in dem Zeitraum, den Sie mit „in den neunziger Jahren bis 2003“ wiedergegeben haben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Genau kann ich Ihnen auch nicht helfen, aber vielleicht Herr Staatssekretär Kukacka, und den darf ich jetzt zitieren. Er war offensichtlich am 30. Jänner 2004 bei Ihnen zu Besuch. (*Dipl.-Ing. Stephan: Okay!*)

Kukacka verwies darauf – jetzt in einer Meldung der APA –, dass – ich kürze ab – FACC seit 1992 mit insgesamt rund 7 Millionen € aus den Mitteln – jetzt aber – des BMVIT und des FFF – den haben Sie erwähnt – gefördert wurde. – Das ist noch gar nicht mein Punkt.

Kukacka geht dann davon aus, dass es dann dieses TAKE-OFF-Programm gibt, offensichtlich aus dem Jahr 2002. (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*) – Haben wir wieder eine gemeinsame Antwort gefunden.

Jetzt kommt es aber: dass dann akut, also von den Jahren 2001 aufwärts, für vier konkrete Projekte im F & E-Bereich – die das braucht – solch konkrete Zuschüsse, also offensichtlich gebunden an eine bestimmte Projektentwicklung, getätigt wurden.

Können Sie ausschließen, dass eines dieser vier Projekte jenem entspricht, das Sie im April 2002 auf Ihrer Homepage mit dieser Absichtserklärung hier ganz offensichtlich gemeint haben und von dem Sie jetzt behaupten, dass das nicht in Österreich produziert worden wäre für den Fall, dass nicht Eurofighter gekauft worden wären?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Darf ich Sie bitten, Ihre Frage noch einmal ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Frage ist, ob Sie ausschließen können, dass dieses Projekt, das Sie selbst auf Ihrer Homepage mit der Absichtserklärung beworben haben – das haben wir vorher lang besprochen (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja, genau!*) –, zu jenen forschungsgeförderten Projekten gehört, die Staatssekretär Kukacka hier unter diesen vier Projekten meint, die seit dem Jahr 2001 gefördert wurden – ab 2002 offensichtlich mit diesem TAKE-OFF-Programm, das Sie selbst erwähnt haben?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das kann ich jetzt nicht ausschließen. Ich muss sagen, ich weiß jetzt nicht, welche die vier Projekte sind. (*Abg. Mag. Kogler: Das geht da auch nicht genau hervor, sonst würde ich nicht so fragen!*) Aber das kann ich nicht ausschließen. Im Falle, dass es eines dieser vier Projekte gewesen wäre, hätten wir in dem Fall praktisch das Förderprogramm abgebrochen und, wie gesagt ...

Ich meine, wenn da drinnen Bedingungen gewesen wären – ich kenne jetzt nicht alle Bedingungen. Im FFF gibt es teilweise Bedingungen, also ich sage, es gibt Bedingungen in den ERP-Fonds, wo steht, wo die Mitarbeiter, die geschaffen werden müssen, festgelegt sind. Und es gibt Projekte, wo keine Mitarbeiter genannt sind. Ich weiß jetzt in dem Fall nicht, in den angesprochenen da, ob das eines davon ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das steht leider nicht da. Wir können ja einen durchgehen. Sehr bekannt geworden ist ja jener für die Landeklappenverkleidung. (*Dipl.-Ing. Stephan: Die Landeklappenträger!*)

Haben Sie eine Erinnerung, ob dort eine Bedingung dieser Art drinnen gestanden ist?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Der hat konkret im Jahr 2005, glaube ich, aber aus dem TAKE OFF einen ERP-Kredit bekommen und eine Garantieleistung sozusagen für das Werk. Das ist der Fall, aber der dürfte in der Gegend von 2005 ... – Also dort, als das Ganze schon drüber hinweg war, ist dann eingereicht worden – Fertigungsstätte für das Werk 3 und die Garantie für das Werk 3. Das waren zwei TAKE-OFF-Programme. Die Garantie war über 7,5 Millionen €. Und aus diesen 60 Millionen und der ERP-Kredit, das kann ich Ihnen nicht genau sagen, aber dürfte in der Gegend von 4 Millionen € gewesen sein.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie können uns jetzt versichern, dass das erst im Jahr 2005 schlagend geworden ist?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ich weiß jetzt nicht, ob 2005, muss ich sagen, aber auf alle Fälle nach 2003, 2004. Ich würde sagen, ich kann Ihnen garantieren 2004. Wie gesagt, die genauen Details – die Zeit vergeht leider schnell – kann ich Ihnen ausgraben und zur Verfügung stellen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ein anderer, vorläufig letzter Bereich aus den konkreten Unterlagen und Akten des Ministeriums heraus: Im Zuge mehrerer Gegengeschäftsennungen seitens EADS mit Ihrer Firma, die auf verschiedenen Verträgen basieren, ist Folgendes auffällig – und zwar geht es da um eine Sammelgegengeschäftsbestätigung, wenn ich so sagen darf (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*), denn hier sind neun verschiedene Verträge zugrunde gelegt, die alle verschiedene Lieferungen betreffen. Jetzt ist nur auffällig, dass diese Vertragsgrundlegungen mit dem Vertragspartner – Airbus Deutschland GmbH in diesem Fall – zwischen dem Jahr 1990 und – zugegeben – einmal 2003 schwanken. Wir haben hier vor allem auch das Jahr des Vertragsdatums mit 1994, einmal 1999, einmal 1990, noch einmal 1990, noch einmal 1990 und 1999, dann noch zweimal 2001 und das erwähnte 2003, das heißt, sechsmal Vertragsdaten, die sehr lange zurückreichen. Sie haben das auch unterschrieben – wir haben diese Gegengeschäftsbestätigung jetzt mittlerweile identifiziert –, so wie das zu geschehen hat.

Können Sie dem Ausschuss erklären, wie hier die Ursächlichkeit und die sachliche Entsprechung eines solchen Geschäfts grundsätzlich ausschauen kann, wo der Vertrag schon 1990 abgeschlossen wurde?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Da gibt es eine Klausel ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich meine jetzt nicht, dass Sie die über dreijährigen Durchschnittszahlungen dann heranziehen, sondern es geht ja darum, dass die Gründe alle kumuliert zutreffen müssen. Das hat die Frau Kollegin Fekter heute schon sehr treffend hier erörtert.

Es geht also nicht bloß nur um die zusätzlichen Volumina, die es ja tatsächlich gegeben hat – da hege ich keinen Zweifel! –, sondern darum, wie wir diese Idee nachvollziehen können, dass deshalb irgendetwas ein Gegengeschäft ist, wo 1990 schon der Vertrag geschlossen wurde und dann halt in den Jahren 2003/2004 die Volumszahlungen, also die Transaktionen ein bisserl höher waren. Sie müssten ja jetzt in Wahrheit behaupten, dass die Ausweitung dieses Geschäftsgegenstandes mit Grundlage 1990 nur deshalb war, weil mittlerweile Eurofighter auf der Typenliste stand.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ja, genau. Das stimmt. Man muss jetzt eines dazu sagen: Das sind die Projekte, die ich bei Ihrem Kollegen Brot-und-Butter-Geschäfte genannt habe. Das sind Aufträge, die wir teilweise schon vorher bekommen haben, nämlich 1990. Sie sprechen das an, das sind in dem Fall – Sie haben das ja drinnen! – Gepäckablagefächer und Himmellplatten für Airbus. Also, im Jahr 2001 hat es eine furchtbare Krise in der Luftfahrtindustrie gegeben, den 11. September, wobei das

Volumen zirka um 50 Prozent abgenommen hat. Bei Airbus war es Gott sei Dank nicht so schlimm. Für FACC hat es sich so ausgewirkt: Wir sind von – ich glaube – 99 Millionen € auf 76 Millionen € gegangen.

Und da haben wir ganz massiv bei Eurofighter, als der Auftrag erteilt wurde, sozusagen darum gebeten, man möge unternehmenspolitische Entscheidungen zurücknehmen, die es im Airbuskonzern gegeben hat, der in Spanien beheimatet ist, in Frankreich beheimatet ist, in England und in Deutschland, wo man nicht ganz frei im Arbeitskräfteabbau ist. Konkret waren da zwei, drei Aufträge drinnen, aber alle im Detail, muss ich sagen. Diese wären sonst von FACC abgezogen worden. Und da war der Auftrag an FACC auch nur über einen Zeitraum von fünf Jahren oder über eine bestimmte Stückzahl erteilt.

Man hat diese Aufträge FACC auf Grund der Gegengeschäftsverpflichtung mit Eurofighter verlängert – in einer Phase, wo man normalerweise das nach Hause in das eigene Werk zurückgeholt hätte. Hauptsächlich war Spanien unser Konkurrent. Also, einen Auftrag haben wir verloren. Das war unmittelbar vor dem Juli 2002. Den haben sich die Spanier ins eigene Haus zurückgeholt. Der ist natürlich aus dem Grund auch gar nicht da drauf. Und diese Sachen kann man auch alle nachvollziehen, weil es im Endeffekt die entsprechenden Verhandlungstexte sozusagen auch gibt, wo drinnen steht: Wenn das nicht gewesen wäre, dann hätte es woanders stattgefunden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Man kann sich sicher plausibel annähern.

Ich frage Sie nur abschließend: Hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten von Ihnen nie andere Aufstellungen verlangt als diese eine Beilage, die Sie hier haben, wo nur die Vertragsgrundlage mit dem Jahr 1990 angegeben ist und überhaupt nicht verlangt wurde, ob jetzt fünfjährlich wiederkehrend oder pro Jahr entsprechende Nachbestellungen – oder wie man das jetzt nennen kann – vorhanden sind? Sie konnten ja 1990 niemals wissen, welche Menge Sie im Jahr 2003 bestellen! (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja, genau!*)

Die Frage ist aber eine andere: Hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten bei den Gegengeschäften, die Sie eingereicht haben, oft sogar selber unterzeichnet haben, einmal einen erweiterten, ergänzten, schriftlichen Nachweis verlangt?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ja, und zwar haben wir im Endeffekt diese Projekte auch immer zumindest einmal jährlich vorgestellt und auch immer über einen Zeitraum die Geschichte und die Zukunft vorgeschrieben und dem BMWA natürlich auch Vertragseinblicke gewährt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Damit wir das beim Protokoll haben, weil das immer wieder zu Missverständnissen führt: Die zeitliche Entsprechung ist angegeben, also ein Gegengeschäft ist anrechenbar, wenn es nach dem in Punkt 1.3 bezeichneten Stichtag zustande gekommen ist. Dieser Stichtag ist die Wirksamkeit des Vertrages, das war der 22. August 2003.

Darüber hinaus werden Gegengeschäfte angerechnet, die vor dem 22. August 2003, aber nach dem 2. Juli 2002 – das ist jener Zeitraum zwischen Typenentscheidung und Vertragswirksamkeitswerdung – zustande gekommen sind. Auch dann werden diese Gegengeschäfte anerkannt, aber nur, soweit sie direkt in einer Liste mit den Eurofighterpartnern gemäß Anlage 7 aufgelistet sind.

Das heißt, Eurofighter hat nach der Typenentscheidung bereits aktiv begonnen, sich um die Gegengeschäfte zu kümmern. War das auch in Ihrem Fall so?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das war auch in unserem Fall so. Also, die Einreichung beim BMWA macht ja nicht die FACC, sondern eigentlich (*Abg. Dr. Fekter: EADS!*) die EADS. Und diese haben wir mit der Lieferung unserer Daten maximal unterstützt.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Es ist ja dann auf Grund dieser Gegengeschäfte eine Großinvestition in Oberösterreich passiert. Wie viele Millionen sind dort investiert worden? Und wie viele zusätzliche Arbeitsplätze hat das gebracht?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir waren immer sehr konservativ – muss ich sagen – bei der Abgabe der zusätzlichen Arbeitsplätze. Das heißt, wir haben damals an und für sich in unseren Förderübereinkommen von 150 zusätzlichen Arbeitsplätzen gesprochen. Realität ist, dass wir zwischen 2002 und heute von 600 Arbeitsplätzen auf 1 340 Arbeitsplätzen in etwa gestiegen sind, wobei – sage ich einmal – abgesehen von 150 Mitarbeitern sehr viel auf das Wachstum zurückzuführen ist, das uns durch die neuen Großaufträge ermöglicht wurde.

Über diese Situation sind wir in den so genannten Kreis der **First-Tier-Suppliers** bei Airbus gekommen, also in den Kreis der Lieferanten, die sozusagen direkt mit Airbus arbeiten können. Wenn Sie die Pressemeldungen der letzten Wochen – bei Airbus heißt es so schön „**Power Eight**“, bei Boeing hat es das schon früher gegeben – verfolgen, dann sehen Sie, dass jeder unserer großen Kunden derzeit versucht, die Anzahl seiner Lieferanten abzubauen. Bei Airbus redet man in der Zwischenzeit statt von 40 Großlieferanten nur mehr von 12 bis 15, 16. Bei Boeing ist das schon jetzt der Fall. Auf der 787 sind es nur, wie gesagt, sieben oder acht Großlieferanten, die heute Bauteile anbieten, wie sie die FACC anbietet.

Im Bereich der 787 sind wir auch nicht bei Boeing First-Tier-Lieferant, dort sind wir **Second-Tier-Lieferant**, was aber im Endeffekt die Ertragslage bei den Projekten signifikant beeinflusst, weil, wie gesagt, dann ein First-Tier-Lieferant noch vorne gestellt ist, der im Endeffekt das ja nicht gratis macht, sondern – ich sage jetzt einmal – mit einer Marge von 15 bis 40 Prozent. Das kann man sich ausmalen. Das weiß ich auch nicht. – Aber in der Hinsicht war das sehr nützlich.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Anfang der neunziger Jahre war ja FACC ein – man kann sagen – mittelständisches Unternehmen, damals über den FFF in der Forschung und Technologie unterstützt. Ich kann mich erinnern, als Staatssekretärin habe ich das mitbekommen. Damals ist es um diese Boxen gegangen, wo immer viel zu viel Gepäck hineingeräumt wird. (*Dipl.-Ing. Stephan: Genau!*) Ich war damals ganz überrascht, dass, wenn ich quasi mit dem Flieger in Urlaub fliege, dann hier ein österreichisches Produkt über meinem Kopf in den ausländischen Flugzeugen drinnen ist.

Können Sie uns das erläutern, wie weit sich die Produktpalette jetzt ausgeweitet hat? Sitze – kann ich mich erinnern – sind mir genannt worden: Auf FACC-Sitzen sitzt man auch in den Flugzeugen.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir haben heute Strukturbauteile für Luftfahrzeuge. Das sind 80 Prozent unseres Umsatzes. Das sind Sachen wie die Landeklappenträgerverkleidungen, aber auch zum Beispiel alle Kontrollflächen auf einem Flugzeug. Also, wenn Sie beim Fenster hinausschauen und auf den Flügel schauen, dann sind das Bauteile wie zum Beispiel die Spoiler oder Bauteile wie die Landeklappen oder auch Bauteile wie die Träger zum Tragen der Landeklappen. Zum anderen sind es Triebwerksverkleidungen. In den Triebwerksverkleidungen ist auch hohe Technologie enthalten. Die sind im Sinne des Umweltbewusstseins sehr geräuschreduzierend. Sie sind leicht und reduzieren damit auch die Abgase, weil das Flugzeug nicht so viele Kilo stemmen muss. – Das sind 80 Prozent des Geschäftes.

20 Prozent sind komplette Flugzeuginterieurs, wo wir alles schlüsselfertig an den Kunden liefern – praktisch von der Cockpitverkleidung, also vom vordersten Teil des Flugzeuges, von der Nase des Flugzeuges bis hin zum letzten Bulkhead, zur Verkleidung.

Da liefern wir aber nicht nur Verkleidungsteile, sondern eben andere Dinge wie zum Beispiel **Cabinets** – das sind Einbauschränke –, Dinge, wo auch sehr viele andere österreichische Unternehmen einen Nutzen aus dieser Beziehung haben.

Man muss dazu sagen: FACC ist bei EADS und bei Airbus ein sogenannter **First-Tier-Supplier**, der aber dann in seinem Gefolge eine ganze Unzahl von **Second-Tier- und Third-Tier-Suppliers** mitnimmt. Ich nenne nur einige: die Euromotive in Ranshofen, die Westcam in Tirol, die Firma List in Niederösterreich. – Das sind Unternehmen, die heute jährlich bis zu 10 Millionen € Umsatz an die FACC und damit an die Luftfahrtindustrie machen, die noch dazu einen schönen Vorteil haben: Sie bekommen ihre Rechnungen alle gleich bezahlt, im Gegensatz zur FACC, die im Endeffekt sehr langfristig in diese Projekte wie die A 380 investiert hat.

Gerade darum waren wir auch über die Entscheidung sehr zufrieden, weil uns genau diese Entscheidung des Brot-und-Butter-Business gegeben hat, die Aufträge, wo wir auch ab 2003 und 2004 20, 30 Millionen € pro Jahr liefern können und jedes Jahr geliefert haben, und die schönen, spektakulären Aufträge, wo wir auch Entwicklungsleistungen haben, leisten können. Unsere Entwicklungsleistung – um das genau zu sagen – beträgt heute 12 bis 13 Prozent von unserem Umsatz, Forschung und Entwicklung, aber vor allem die Entwicklung von neuen Komponenten für diese Flugzeuge.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Herr Diplomingenieur, Sie werden ja medial verfolgt, dass da ständig vom Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag gesprochen wird, und wahrscheinlich auch firmenintern diesbezüglich diskutiert haben. Das muss ja ein enormes Damoklesschwert für die Arbeitsplätze in Ihrem Unternehmen sein! – Wie wird das bei Ihnen diskutiert?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir versuchen, die Diskussionen möglichst hintanzuhalten, weil es natürlich nicht angenehm ist, muss ich sagen, in einer Firma, die derzeit an und für sich sehr stark ausgelastet ist und eigentlich die Mitarbeiter braucht und teilweise nicht mehr in der Lage ist, in der Region die Mitarbeiter zu bekommen – wir haben zum Beispiel ein Büro mit sehr vielen Mitarbeitern hier in Wien, um die Entwicklungsleistungen abdecken zu können! –, wenn dann gleichzeitig immer – und das ist auch die Diskussion, dass uns wir eigentlich selbst sehr stark einschränken bei diesen Aussagen – Aussagen kommen, dass Arbeitsplätze verloren gehen würden, weil es nicht angenehm ist, das den Mitarbeitern mitzuteilen, wenn sie im Endeffekt jeden Tag aufs Neue gefordert sind. Also es ist eine unangenehme Stimmung auf Grund dieser Situation. Wir versuchen mit unseren Kunden in der heutigen Situation das Beste daraus zu machen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Da ja die A 380-Entwicklungen und -Lieferungen einen sehr großen Teil von FACC ausmachen – und gerade das ist ja ein, sage ich einmal, EADS-Partner, wo es ein direktes Business-to-Business-Gegengeschäft gibt: Wenn das fällt, dann sind die 1 600 Arbeitsplätze in Gefahr. – Sehe ich das richtig?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Da sind zumindest 300 davon in etwa betroffen. Wie gesagt, unsere Aussage gegenüber den Förderstellen war 150 neue Arbeitsplätze mit dem einen Landeklappenträgerverkleidungs-Auftrag. In der Zwischenzeit sind ungefähr 300 bis 350 Arbeitsplätze davon direkt betroffen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich hätte noch ein paar kurze ergänzende Fragen: Das Wirtschaftsmagazin „trend“ beschäftigt sich ja immer wieder sehr intensiv mit Gegengeschäften, und morgen werden wir ja wieder Entsprechendes lesen können, dass nämlich der Auftrag der Firma Pankl, der angeblich mit 35 Millionen zu Buche steht, auf wenige – auf ein paar ganz, ganz kleine! – Geschäftchen zusammenschmilzt. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist eine Zeitungssente! Pierer hat schon dementiert! Ein schlecht recherchierter Artikel!*) – Frau Kollegin Fekter, das schauen wir uns dann morgen gemeinsam an!

Aber ich habe einen älteren „trend“-Artikel vor mir – 11/2003 –, und da heißt es: EADS gab schon am 23. 4. 2002 offiziell bekannt, FACC wird A 380-Entwicklungspartner. (*Dipl.-Ing. Stephan: Entwicklungspartner!*) – Ja! Und entsprechend folgerichtig sagt ja dann auch der Herr Airbus-Manager Peter Kloefer, es wäre nicht richtig, den neuen Auftrag als konkretes Kompensationsgeschäft darzustellen. Immerhin sei FACC schon seit gut zwei Jahren in die Entwicklung eingebunden.

Ich möchte jetzt meine Frage so formulieren: Das hat eine gewisse Logik, wenn Sie sagen, wir hätten das im Ausland produziert. Für die Anerkennung von Gegengeschäften ist das allerdings zweitrangig, weil es ganz einfach auf die **Zeitlichkeit** ankommt.

Es hätte ja sein können, dass Finanzminister Grasser sich überraschend durchsetzt, die fünf Herrschaften – also Schüssel, Bartenstein, Grasser, Riess-Passer und Scheibner – aus der Sitzung kommen und sagen, nein, es hat sich doch der Grasser durchgesetzt, es gibt überhaupt keine Abfangjäger. – Dann hätten Sie ja trotzdem dieses Geschäft gemacht.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Dann hätten wir es in einem anderen Land als Österreich durchgezogen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ja, aber sehen Sie, was ich meine? Und damit ist die Zeitlichkeit nicht gegeben! Bartenstein selbst sagt, die einzelnen Geschäfte müssen dem Prinzip der Sachlichkeit, Zeitlichkeit, Zusätzlichkeit und inländischen Wertschöpfung entsprechen, um als Gegengeschäfte anerkannt zu werden. Wissen Sie, das ist unabhängig davon. Das ist sehr gut für die Arbeitsplätze. Da rennen Sie bei der sozialdemokratischen Fraktion offene Türen ein.

Aber den Kriterien von Gegengeschäften entsprechen diese 400 Millionen ganz einfach nicht, weil eben das Prinzip der Zeitlichkeit nicht erfüllt ist. (*Abg. Dr. Fekter: Freilich! Stimmt ja nicht! Der Vertrag ist 2003 unterzeichnet worden!*) – Frau Fekter, sind Sie der Herr Dipl.-Ing. Stephan? – Sie sind es eben nicht. (*Abg. Dr. Fekter: Machen Sie keine falschen Vorhalte, wenn der Vertrag 2003 unterzeichnet worden ist!*) – Frau Fekter, ich habe Sie nicht gefragt! Es tut mir leid! Ich habe Sie nicht gefragt!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Frau Kollegin Fekter, wenn Sie sich als Volksanwältin so aufführen, werden viele Menschen den Fernseher ausschalten! (*Abg. Dr. Kräuter: Ja, und erschrecken!* – *Abg. Dr. Fekter: Aber im Fernsehen gibt es nicht so viele falsche Vorhalte, wie sie der Kollege Kräuter macht!*)

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Herr Kräuter, ich kann Ihnen auf das eindeutig antworten. Wir wurden als Entwicklungspartner ausgewählt. Ich glaube nicht, dass irgendjemand eine Pressekonferenz machen würde und dann behauptet, hat es nicht gegeben. Wir hätten dann den Auftrag nicht bekommen. Der Auftrag wäre woanders hingegangen, wäre nicht unter diesen Konditionen zustande gekommen.

Ich muss natürlich sagen, dann wäre es auch nie zu der Förderung des Werkes III gekommen, das mit den Take-off-Mitteln und diesen Mitteln gebaut wurde. Und dann hätte es auch die Arbeitsplätze nicht gegeben, denn im Jahr 2003 haben wir nicht

einmal Prototypen gebaut, sondern die Prototypen, die auf Grund des Vertrages vom Jahr 2003 entstanden sind, sind im Jahr 2005, 2006 gebaut worden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Ich möchte noch einmal zum Kern der Sache kommen: Wäre am 2. Juli die Regierungsriege aus der Sitzung gekommen und hätte gesagt, es gibt **gar keinen** Eurofighter, Grasser hat sich mit seinem ursprünglichen Plan, wir kaufen keine, durchgesetzt. Dann wäre natürlich trotzdem der Airbus-Vertrag gelaufen, weil Sie ja schon die entsprechende Absichtserklärung über einen Auftragswert von 400 Millionen € unterzeichnet haben. Wenn man zwei Jahre eine Single-Sourcing-Sache entwickelt: Airbus wäre ja gar nicht in der Lage gewesen jemand anderen zu nehmen. Seien wir doch einmal ehrlich!

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir sind heute ein Jahr sicher, sage ich einmal. Wir sind ein Jahr nicht ersetzbar auf Grund dessen, dass unsere Werkzeuge und unsere Entwicklungsleistungen sehr spezifisch auf das Flugzeug A 380 sind und wir Gott sei Dank – wir wollen unser Licht ja auch nicht unter den Scheffel stellen ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das ist alles in Ordnung! Genau das will ich ja nicht. Es soll ja nicht der Eindruck entstehen, dass FACC diese Geschäfte nur macht, weil es den Eurofighter gibt. Das stimmt ja gar nicht. Sie sind eben absolut konkurrenzfähig am Weltmarkt (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*), was ja sehr für Ihre Firma spricht, nur der reinen Lehre der Gegengeschäfte, dem Prinzip der Zeitlichkeit entspricht es eben nicht. – Das ist der Punkt.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Aber ich muss jetzt Folgendes sagen: Es gibt ungefähr zwischen 20 und 40 Konkurrenten, die auch diese Fähigkeiten wie die FACC bringen und die teilweise ... – Ich will nur noch einmal das Beispiel der Korean Airlines anwenden, die ihre eigenen Flugzeuge selbst kauft, oder das der Singapur Airlines, und damit natürlich wesentlich besser ... – Die haben auch ihre eigene Gegengeschäftsklausel, und da steht drinnen, wenn ich Flugzeuge kaufe, dann hast du ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sparen wir Zeit! Ich habe noch zwei ganz kurze Sachen, dann sind wir ohnehin schon fertig.

Was meinte wohl Androsch, wie er da in dem „Standard“ – Sie haben es, glaube ich, noch vor sich liegen – sagt: Mit uns sind ja Gegengeschäfte nicht vereinbart worden!? Wie können Sie sich das erklären? Was meint er da „mit uns“? Meint er da den Aufsichtsrat – oder wen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir haben eine Sitzung gehabt im Jänner 2003, Jänner 2002, wo wir also massiv unseren Aufsichtsrat darüber informiert haben auch, dass es, muss ich sagen, Geschäfte nicht geben würde. Es hat ein Aufsichtsratsmitglied, muss ich sagen, daraufhin bei diesem Punkt eigentlich den Aufsichtsrat, das Gremium verlassen, weil er gemeint hat, das wäre nicht zweckdienlich, auf Grund seiner Funktion bei der Diskussion dieses Punktes dabei zu sein. Aber wir haben diesen Punkt im Jänner 2002 massiv diskutiert und darauf auch hingewiesen, dass wir diese Aufträge nicht bekommen haben, muss ich sagen, oder bekommen hätten oder nicht bekommen würden.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sie haben die Plattform öfter erwähnt. Was sagen Sie dazu, dass der Vertreter der AK, dieser ist da gesessen vor einigen Tagen, gesagt hat, FACC war nicht befriedigend? Was hat er da gemeint?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das weiß ich nicht, muss ich sagen, weil ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Also in der Vorgangsweise und in der Vorlage, ist Ihnen da irgendetwas rückgemeldet worden von der Wirtschaft?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ist uns eigentlich nicht rückgemeldet worden. Also wir haben, wie gesagt, unser ... – Die EADS hat immer den direkten Kontakt mit dem BMWA. Wir waren bei den Gesprächen mit dem BMWA dabei und haben unsere Argumente vorgebracht. Wir haben aber nie direkt eine Diskussion mit einem Mitglied der Plattform gehabt, muss ich sagen, obwohl uns einige Mitglieder der Plattform also namentlich bekannt sind.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Keine Kontakte. – Letzte Frage: Sie kennen Frau Mag. Karin Keglevich? (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*) – Wie ist sie eigentlich zu Ihnen gekommen beziehungsweise zu EADS?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir haben Mag. Karin Keglevich, sage ich einmal, gekannt aus verschiedenen Referenzen, und wir verwenden Frau Keglevich zeitweise für Presse-, für Kontakte zur Presse.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wie ist sie eigentlich zu EADS oder Eurofighter gekommen? Wissen Sie das?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ich weiß es nicht konkret. Ich muss dazusagen: Nachdem wir sehr viele Diskussionen mit EADS gehabt haben, auch über die Wirksamkeit oder wie diese also verschiedene Sachen rüberbringen in der Öffentlichkeit, haben wir einmal sozusagen der EADS gesagt, also dass im Endeffekt offensichtlich Frau Keglevich diese Zusammenhänge mit Gegengeschäften sehr gut verstehen würde und ...

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sie kennen Herrn Bergner, der ja für die ... (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja, genau!*) – Herr Bergner sagt, Sie haben EADS Frau Keglevich empfohlen.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das mag sein. Wir haben also eine gute Referenz für Frau Keglevich abgegeben, aber ich hoffe, dass die EADS keine Entscheidungen wegen der FACC trifft.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Wann war denn das ungefähr, dass Sie eben Frau Keglevich der Firma EADS/Eurofighter empfohlen haben?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das müsste irgendwo in dem Zeitraum drin sein zwischen, ich sage, dort, wo sich alle Anbieter sehr stark bemüht haben, Geschäfte zu machen. Das muss also gewesen sein irgendwo zwischen 1999 und 2003.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Welche Tätigkeiten hat Frau Keglevich nach Ihren Wahrnehmungen ausgeführt für EADS Eurofighter? Hat sie sich bei einzelnen Gegengeschäften betätigt und engagiert?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, wir haben unser Geschäft direkt mit den Unternehmungen der EADS oder mit Airbus gemacht. Wir sind dann zu leitenden Geschäftsführern gegangen, wenn wir Probleme gehabt haben. Also wir haben ungewohnte Probleme gehabt im Jahr 2002 mit aktiven Programmen, die nach Spanien abgewandert wären. Da sind wir in dem Fall zu den Geschäftsführern der EADS gegangen, das war seinerzeit Herr Rauen, der heute ja Geschäftsführer der Eurofighter GmbH ist, der damals aber eine andere Funktion gehabt hat, da war damals die EADS Military in Manching GmbH, und wir haben eigentlich direkt gearbeitet mit diesen Stellen.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Das heißt, da war nicht notwendig, dass jemand den Weg weist oder Türen öffnet oder so etwas, wie das in einer anderen Angelegenheit Herr Steininger gemacht hat mit den Militärs?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, also, ich weiß nicht ...



**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Da hat jeder selbst gefunden die entsprechenden Türen.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ja, wir haben Forderungen an leitende Mitarbeiter von EADS gestellt auf Grund der Angebote, die wir bekommen haben, genauso, wie wenn Sie ein Projekt machen, sozusagen durchziehen. Sie haben eine Vorstellung, und wenn dann das nicht kommt, was im Endeffekt auf der Liste gestanden ist, dann gehen Sie nach und urgieren den Status. Und das haben wir dann gemacht mit Leuten aus dem Bereich Airbus und EADS.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Sie haben mit Herrn Dr. Bergner laufend zu tun gehabt?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ja, laufend. Ich kenne Herrn Dr. Bergner, als er noch in Paris gesessen ist und noch nicht in Österreich, und habe bis heute mit ihm zu tun, nachdem er jetzt in Österreich Geschäftsführer ist.

**Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ):** Und dass Frau Keglevich so für die Plattform zuständig war ...

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das weiß ich, ja. Die Technologieplattform, ja.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Die Äußerungen des Herrn Androsch sind ja ziemlich was von widersprüchlich. Wir wissen, dass Androsch als Intervenant bei Grasser aufgetaucht ist, dort umfassende Unterlagen bezüglich des Nutzens von Gegengeschäften für FACC deponiert hat, nämlich eigentlich ein ganz intensiver Interventionsbrief bei Grasser, er möge sich doch für Eurofighter stark machen, weil das bei FACC sozusagen ein wirtschaftliches Positivum darstellt. Und er hat hier als Eigentümer sich sozusagen ganz stark für das Unternehmen eingesetzt, was aus meiner Sicht verständlich ist, und als Oberösterreicherin habe ich dies sogar begrüßt. Umgekehrt hat heute Herr Kräuter APA-Aussendungen, die, glaube ich, nur ein paar Monate später, nämlich alles aus dem Jahr 2001, das heißt, wenn Herr Androsch ein Mikrofon unter die Nase bekommt, sagt er genau das Gegenteil, wo er sozusagen dann gegen die Gegengeschäfte auftritt. – Können Sie sich das erklären?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, muss ich sagen, also ich kann es aber auch nicht beurteilen. Ich muss sagen, ich kenne auch Gespräche, wo wir gemeinsam bei Kunden waren, wo de facto die Nützlichkeit natürlich angesprochen wurde, also auch vor dem Mikrofon.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Wussten Sie, dass Herr Androsch einen Brief mit aufbereiteten Unterlagen von FACC deponiert hat? Wussten Sie davon?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ich kenne den Brief eigentlich nicht, aber wir haben Unterlagen aufbereitet für Dr. Androsch, wo wir ihn gebeten hatten, für die Industrie tätig zu sein. Das ist unter anderem also bei einigen in der Luftfahrtindustrie. Wir waren da nicht der Einzige, wir sind teilweise als die Großen der Luftfahrtindustrie gemeinsam aufgetreten bei Airbus Industry und haben unsere Unterstützung gemeinschaftlich angeboten, also auch Dr. Androsch, Dr. Raidl, weil wir sozusagen als österreichische Luftfahrtindustrie kaum ein Gewicht hatten 1990 bis 2000, die Luftfahrt erst sozusagen in Österreich eigentlich gewachsen ist, sagen wir, nach der Jahrtausendwende. Und da haben wir doch sehr bekannte Unternehmer.

Ich habe jetzt absichtlich nicht nur Dr. Androsch genannt, weil dieser natürlich bei uns im Aufsichtsrat sitzt, sondern auch andere österreichische Unternehmer angesprochen über die Wichtigkeit, dass sich die Luftfahrtindustrie einmal artikuliert über die Chancen, die es beim einen mehr und beim anderen weniger gibt. Wie gesagt, wir

haben ja keinerlei Einfluss als Industrie auf eine Entscheidung gehabt oder haben wollen. Nur: Wir haben darauf hingewiesen, dass, wenn eine Entscheidung in diese Richtung kommt, die Industrie einen großen Nutzen hat, weil dahinter ein sehr großes Netzwerk steht.

Wir waren in unserer Aussage so amerikanisch, es hat ein großes Netzwerk. Wie wir alle wissen, ist natürlich Amerika sehr protektionistisch in Bezug auf Export Controls und ähnliche Sachen, und da war uns natürlich die europäische Methode – also da haben wir halt versucht, Dr. Androsch in diese Richtung zu bringen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Beginnend mit Gegengeschäften von der AUA, die sozusagen österreichisch bevorzugt hat – dadurch haben sie wachsen können –, kennen Sie jetzt die Gegengeschäfte aufgrund des Beschaffungsvorganges Eurofighter, Sie kennen auch Gegengeschäfte als Lieferant für fremde Nationen. Es ist natürlich eine protektionistische Vorgangsweise, aber: Würden Sie meinen, dass das erstens Sinn macht und zweitens von Österreich seriös abgewickelt wurde?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ich glaube, dass es sehr seriös abgewickelt wurde; es obliegt mir aber keine Detailaussage, würde ich jetzt sagen. Von meiner Warte aus habe ich es als sehr seriös empfunden, wie das abgewickelt wurde, und durchaus auch im Gleichklang mit der Vorgehensweise von anderen Nationen oder mit der Vorgehensweise auch einer Austrian Airlines, und zwar mit der Vorgehensweise: Wirtschaftlichkeit ist Vorausbedingung. Es gibt heute sicher keine Gegengeschäfte, wenn das Geschäft für den Kunden oder den Lieferanten eines Kampfflugzeuges oder einer Verkehrsmaschine teurer ist als ohne Gegengeschäfte.

Ich glaube, auch mit der Anrechnung und mit der Bevorteilung einer Industrie war das ... – Österreich war sehr klein in der Luftfahrtindustrie, und die ersten Gegengeschäfte waren der **Sikorsky Black Hawk** und der **Eurofighter**, der erstmals – muss ich sagen – ganz massiv auf die Bedürfnisse der Industrie eingegangen ist. Erstmals, wie gesagt, hat man nicht kompensiert in andere Produkte, die ohnehin schon gelaufen sind, sondern im Endeffekt diese Zusätzlichkeit ganz massiv gechallenged, also herausgefordert in den Diskussionen.

**Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):** Danke sehr, Herr Diplomingenieur.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich wollte eigentlich nichts fragen, aber nachdem Kollegin Fekter das jetzt so herausgearbeitet hat, eine Zusatzfrage. Ich glaube, wir alle hier sind interessiert daran, dass sich die Luftfahrtindustrie und die österreichische gewerbliche Industrie natürlich in bestmöglichem Ausmaß entwickeln und alle in dem Zusammenhang bestehenden Möglichkeiten ausnutzen, nur: Die Anrechnung der Gegengeschäfte 1990, die doch schon sehr lange zurückliegen – kann es sein, dass das Rechtsgeschäfte waren, die auch einem anderen Förderprogramm, Gegengeschäftsprogramm unterlegen sind, oder ist das auszuschließen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das ist auszuschließen! 1990 war der Ursprungsvertrag, und der ist dort auch nur genannt worden, um einfach korrekt zu sein. Die anderen Verträge, die sozusagen nach 2002 kommen, nach dem 2. Juli 2002, stehen ursächlich mit dem nicht in Zusammenhang.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Aber die davor sind nicht ursächlich?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Die 1990 sind nicht ursächlich, die sind auch nicht drinnen. Die sind nur angezogen, sozusagen als Referenz, wo das erste Mal ein Vertrag abgeschlossen wurde, um eben die vollständige Unterlage zu bieten und zu sagen, man kann auch nachschauen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Das stand nämlich jetzt so irgendwie missverständlich im Raum.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Auch ich habe noch ganz kurze ergänzende Fragen.

Aus einem geplanten Geschäft ist, so wie Sie das geschildert haben, ein Eurofighter-Gegengeschäft geworden. – Wie soll ich mir das vorstellen? Da werden ja nicht Sie und Dkfm. Androsch die Idee gehabt haben: Das wäre schön, wenn das ein Eurofighter-Gegengeschäft wird!, sondern da muss ja etwas von der Bieterseite kommen? (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*)

Wer ist da zu Ihnen gekommen und hat gesagt, da sollte man eigentlich ein Gegengeschäft daraus machen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Es sind ursprünglich zwischen 1999 und 2002 alle Anbieter auf die lokale Industrie gekommen, mehr oder weniger direkt – das war SAAB, das war Lockheed Martin, das war auch Eurofighter –, und haben große Pakete angeboten, die wir im anderen Fall nicht bekommen hätten. 1999 hat uns einer der Anbieter konkret angeboten, den Vorflügel für das Kampfflugzeug abzugeben, sollte der Auftrag in Österreich vergeben werden. (*Obmann Dr. Pilz: Das war mit Sicherheit nicht Eurofighter!*) Das war nicht Eurofighter. (*Obmann Dr. Pilz: Das war mit Sicherheit ein anderer!*) Das war ein anderer.

Eurofighter ist dann eben gekommen und hat gesagt: Bei uns stehen große Pakete an, die an große Unternehmen gehen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wann war „dann“?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das war in den Jahren zwischen 1999 und 2002.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Eurofighter beziehungsweise EADS hat sich erst im Jahr 2001 entschieden, überhaupt etwas auf diesem Markt zu unternehmen, also wäre es ja ein bisschen seltsam, wenn sie 1999 kommen und sagen: Machen Sie mir eine Düse!, und 2001 sagen: Vielleicht bieten wir ein Flugzeug an!

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Aber ich sage, im Prinzip hat sich das dann immer mehr konkretisiert, als diese Entscheidung in Österreich angestanden ist. Soweit ich mich noch recht entsinne, war die Entscheidung in Österreich aus irgendeinem komplizierten Grund auch zweimal. (*Obmann Dr. Pilz: Ja, das war kompliziert, da haben Sie recht!*) Es war einmal eine Entscheidung und dann noch einmal eine Entscheidung.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Eine Entscheidung gab es nur bei der Type, aber es hat ein etwas zähes Verfahren gegeben. (*Abg. Dr. Fekter: Die Ausschreibung war doppelt!*)

Noch einmal: Wer ist zu Ihnen gekommen? Das ist für uns nicht unerheblich, weil wir einmal wissen wollen, wie die Bieterseite im Gegengeschäftsbereich agiert hat. Wer ist da zu Ihnen gekommen und hat mit Ihnen Gespräche über diese Vorhaben begonnen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das waren damals, also konkret bei Eurofighter, die Geschäftsführer von EADS Military. (*Obmann Dr. Pilz: Von EADS Military, also das war Herr Rauen!*) Damals Herr Rauen, dann auch die Vice Presidents im Einkauf, zum Beispiel Herr Mundt bei der EADS in München, der zuerst für EADS Deutschland Einkaufsleiter war; also Leute in diesem Rang, keine Mittelleute, wie das vorher angeklungen ist. Leute, die dafür da sind, sozusagen ... (*Obmann Dr. Pilz: Sagen wir einmal im Bereich: zweite Berichtsebene!*) Ja, genau.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Also Leute von der zweiten Berichtsebene von EADS waren bei Ihnen. Bei Ihnen persönlich, oder bei wem waren sie?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Sie waren bei uns persönlich. Wir haben auch, muss ich dazu sagen, teilweise natürlich ein Meeting organisiert mit unseren Eigentümern, man hat sich durchaus auch mit Dr. Androsch in seiner seinerzeitigen Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender oder auch mit anderen Leuten der österreichischen Wirtschaft getroffen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Und die haben gesagt: Okay, ihr bereitet den Auftrag vor, ihr beteiligt euch zu 1 Prozent an der ganzen Geschichte, ihr werdet auf jeden Fall dabei sein, aber wir wollen, dass das in den Bereich Eurofighter-Gegengeschäfte reinkommt.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das war natürlich der Druck der anderen Seite. Wir haben damit im Endeffekt größere Brocken bekommen, die wir als kleines Unternehmen nicht bekommen hätten. Als FACC hätten wir andere Gepäckabladefächer bekommen, aber wir hätten damals keine Landeklappenträger-Verkleidungen bekommen. Wir wären nie in die Ausschreibung gekommen, wo diese Landeklappenträger-Verkleidungen oder die Spoiler des A 380 ausgeschrieben wurden. (*Abg. Dr. Fekter: Aber wenn es Gripen geworden wäre, hätten Sie den Tragflügel gemacht!*) – Kann ich heute nicht beurteilen; wäre nicht mehr viel zu machen gewesen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Jetzt von der anderen Seite her: In welcher Art und Weise hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten von Ihnen Beweise verlangt, dass ohne Intervention von EADS beziehungsweise Eurofighter dieser Vertrag nicht zustande gekommen wäre?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Vertragsunterlagen, und – wie gesagt, ich kenne die Details nicht – das war immer der Lieferant, also die Eurofighter GmbH oder EADS.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Herr Stephan, soweit ich weiß, hat sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten mit dem Ausfüllen eines Formulars begnügt. – Ist das richtig?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, denn wir haben immer eine Präsentation dazu abgeliefert. (*Obmann Dr. Pilz: Eine Präsentation?*) – Ja. Und, wie gesagt, wir haben diese Unterlagen immer an die EADS ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wie haben Sie nachgewiesen, dass das Grundgeschäft, also der Eurofighter-Beschaffungsvorgang, ursächlich mit Ihrem Geschäft zu tun hat? (*Abg. Dr. Fekter: Muss er ja nicht nachweisen! Er braucht nur mit EADS einen Vertrag!*) Welche Art von Beweis hat das Wirtschaftsministerium hier verlangt?

Schauen Sie: Wenn Sie ein Geschäft machen, FACC mit EADS, dann ist das Ihre Sache, das sind zwei private Unternehmen. (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja, genau!*) Wenn die Republik und Steuergelder ins Spiel kommen, dann muss sich die Republik in Form des Wirtschaftsministers davon überzeugen, dass das alles stimmt. (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*) Das heißt, EADS und sein Partner müssen Beweise führen. (*Dipl.-Ing. Stephan: Ja!*) Das müssen überprüfbare Beweise sein. – Welche überprüfbaren Beweise mussten Sie dem Wirtschaftsministerium vorlegen?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir waren bei den Terminen dabei, muss ich sagen, und die überprüfbaren Beweise hat ja alle EADS zur Verfügung. Was EADS im Detail eingereicht hat, haben wir nicht gewusst.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Das wissen Sie nicht?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Das weiß ich nicht, nein. – Nicht im Detail. Wir haben Unterlagen ausgearbeitet, die Unterlagen haben wir auch teilweise geshared, wir waren auch bei Präsentationen mit dem BMWA, mit der Sektion dabei.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich verstehe schon: Es ist ein Formular ausgefüllt worden, es ist ein Formular unterschrieben worden. Sie haben eine Präsentation gemacht. – Bei wem haben Sie die Präsentation gemacht?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Bei verschiedenen Mitarbeitern, die im Laufe der Zeit dabei waren, bei Herrn Machinek (*Abg. Dr. Fekter: Ja, ja, der kommt eh morgen!*); also in der Zwischenzeit sind es fünf verschiedene Mitarbeiter.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Eine Präsentation ist ja oft etwas sehr Schönes und auch etwas Beeindruckendes, nur: sie ist kein Beweis!

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, aber wir sind immer dazu aufgefordert worden ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Eine Präsentation, da sagt man: So stellen wir uns das vor, so schaut das aus in Zeichnung und Bild (*Abg. Dr. Fekter: Eine Zeitleiste und Vertragsinhalte beispielsweise!*), so schaut der ganze Flieger aus!, und dann zeigt man auf einen Punkt und sagt: Dieses sehr, sehr große Stück kommt aus Österreich. – Das ist eine Präsentation. Ein Beweis ist etwas anderes!

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Ein Beweis ist zum Beispiel ein Vertrag. Aber ich gehe davon aus, nachdem ja Airbus auch einen Vertrag hat, dass alles das, was gefordert ist vom Wirtschaftsministerium – aber da waren wir nicht immer dabei ...

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Aber Sie haben selbst keinen der Beweise gesehen, die die Bieterseite in diesem Zusammenhang dem Wirtschaftsministerium vorlegen musste? (*Abg. Dr. Fekter: Welchen Beweis hätte er sehen sollen?*)

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Also das weiß ich jetzt nicht. Ich persönlich, wenn ich das Ministerium wäre, würde von der EADS eine Kopie des Vertrages sozusagen wollen – oder?

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Ich kann das nicht beurteilen. Es gibt ja verschiedene Kriterien für die Stichhaltigkeit eines Gegengeschäftes.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Wir haben mit dem Wirtschaftsministerium sehr intensive Diskussionen über die Volumina geführt, denn die wurden ja teilweise veröffentlicht, in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit: Wenn die ganze Welt anbietet und von Österreich wird sozusagen veröffentlicht, wie hoch unser Auftragswert ist, dann freut sich die Korean Airlines; um wieder nur einen von mehreren zu nennen. – Wir waren daher eigentlich in der Diskussion immer sehr stark daran interessiert, Geldwerte nicht zu nennen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Dann hat das Wirtschaftsministerium Ihnen gegenüber gesagt: Wissen Sie was, Herr Stephan, wissen Sie was, Herr Androsch, alles können wir nicht anrechnen, denn bestimmte Teile, das wissen wir ganz genau, hättet ihr sowieso gemacht!?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Nein, das ist *nie* passiert.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Es ist alles angerechnet worden?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Es ist nicht alles angerechnet worden, aber wir haben auch verschiedene Sachen nicht eingereicht. Wir haben Diskussionen geführt, wir haben das eindeutig so gesehen, dass das Gegengeschäft ein gutes Geschäft ist. Dass natürlich unter Umständen ein Lieferant einen anderen Wunsch hat, als sozusagen die Regeln sind, ja, wir haben aber keine Geschäfte angerechnet, die im Endeffekt nicht anrechenbar waren. Uns hat man vom Wirtschaftsministerium – Frau Fekter hat es zitiert – auf diesen Passus hingewiesen, und wir haben nur das eingereicht, das sozusagen zeitlich genau in diesen Passus hineinpasst.

Wir haben das auch mit dem Wirtschaftsministerium sehr intensiv diskutiert, denn es sind ja natürlich viele Leute vertreten, es gibt sehr viele Vermittler, die hätten auch Interesse, aber wir sind auf diese Sachen nicht eingegangen. Ich muss sogar so sagen: Ich habe zeitweise die Frechheit gehabt, den Geschäftsführer anzurufen und zu sagen: Ihr wollt doch nicht irgendwo versuchen?!

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Weil nicht unerheblich ist, wer die Bieterseite ist: Es gibt ja Leute, die behaupten, nur Eurofighter sei die Bieterseite. (*Dipl.-Ing. Stephan: Nein!*) Da wäre es nicht unerheblich, denn wenn das stimmt (*Abg. Dr. Fekter: Die Lieferantenseite ist Eurofighter, und bei Gegengeschäften ist es EADS!*), dann könnte nur das angerechnet werden, was die Vertreter von Eurofighter mit Ihnen vereinbart haben. – Also was ist Ihres Wissens die Bieterseite?

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Unseres Wissens besteht das Konsortium aus verschiedenen Unternehmen. Ich sage jetzt einmal zum einen aus der Flugzeugzelle, wo im Endeffekt neben Eurofighter die Schwesterfirmen Airbus Deutschland, Frankreich, Spanien hineingehen. Aber es gibt natürlich auch das Unternehmen **Finmeccanica**, das einen Teil des Eurofighters baut, und auch die Triebwerkshersteller.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Wer ist – weil das ist der Ausdruck auch im Vertrag – Ihrer Wahrnehmung nach die **Bieterseite**? (*Abg. Dr. Fekter: Das ist im Eurofighter-Vertrag!*) Frau Kollegin Fekter, Sie werden jetzt wirklich bald Winklerl stehen; das haben Sie sich heute wirklich ordentlich verdient. (*Abg. Dr. Fekter: Und für ihn ist der Gegengeschäfts-Vertrag relevant, und dort gibt es die Bieterseite nicht!*)

Ich würde Sie ersuchen, Herr Dipl.-Ing. Stephan, auf dieses Tongeben der Kollegin da drüben nicht zu reagieren; wir führen unser Gespräch weiter.

**Dipl.-Ing. Walter Stephan:** Für mich ist die Bieterseite, muss ich sagen, die Eurofighter GmbH mit ihren angehängten Unternehmen.

**Obmann Dr. Peter Pilz:** Sie haben jetzt die Stichworte von Frau Kollegin Fekter brav aufgenommen. Wir haben jetzt von Ihnen **zwei unterschiedliche** Darstellungen bei Protokoll. (*Abg. Dr. Fekter: Das stimmt ja nicht!*)

Ich mache Sie jetzt einmal auf eines aufmerksam (*Abg. Dr. Fekter: Wenn Sie ihm Fangfragen stellen, ist das auch unzulässig, Herr Vorsitzender!*): Sie haben bis jetzt unbeeinflusst die Fragen beantwortet. Frau Abgeordnete Fekter hat genau gemerkt, dass wir an einen heiklen Punkt kommen. (*Abg. Dr. Fekter: Das war ganz genau die gleiche Antwort, und Sie haben eine Fangfrage zu stellen versucht!*) Wir haben das bei Protokoll, und bei dieser Qualität der Fragebeantwortung werde ich keine weiteren Fragen mehr stellen. (*Abg. Dr. Fekter: Das war die richtige Antwort!*) Wenn sich jemand von Abgeordneten soufflieren lässt, dann hat das keinen Sinn. (*Abg. Dr. Fekter: Nicht in die Falle getappt, Herr Vorsitzender!*) Frau Kollegin Fekter, Sie tragen die Verantwortung dafür, das Sie Auskunftspersonen, die bis jetzt versucht haben, uns wirklich nach bestem Wissen und Gewissen Auskunft zu geben, in eine derartige Situation bringen! (*Abg. Dr. Fekter: Aber es sind auch keine Fangfragen gestellt worden! Und die Auskunftsperson ist nicht in Ihre Falle getappt, und daher sind Sie unzufrieden!*)

Für Ihre ständigen Unterbrechungen erteile ich Ihnen, Frau Abgeordnete Fekter, einen **Ordnungsruf**.

Gibt es noch Abgeordnete, die sich im Rahmen parlamentarischen Benehmens zu Wort melden? – Nein. Danke, dann ist die Befragung somit abgeschlossen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Kommen und für Ihre Auskunftsbereitschaft! Sie haben uns sicherlich sehr geholfen! – Danke schön.

*(Die **Auskunftsperson Dipl.-Ing. Walter Stephan** verlässt den Sitzungssaal.)*

18.49

**Obmann Dr. Peter Pilz** leitet sodann zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung über.

\*\*\*\*\*

*(Fortsetzung: 18.50 Uhr bis 18.51 Uhr – und damit Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. Auszugsweise Darstellung, „nichtöffentlicher Teil“.**)*

\*\*\*\*\*